

VERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: Teil II der Verfassung
– **Zweiter Bericht der Gruppe der von den Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission benannten Experten**

I. EINLEITUNG

1. Die Mitglieder des Konvents erhalten anbei den zweiten Bericht der Gruppe der von den Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission benannten Experten.
2. Im Anschluss an den ersten Bericht der Expertengruppe vom 13. März 2003 hat das Präsidium beschlossen, ihr ein neues Zusatzmandat zur Umsetzung einiger seiner Vorschläge (Dok. CONV 682/03) zu erteilen.
3. In diesem Mandat wurde ausgeführt, dass das weitere Vorgehen in Bezug auf die Vorschläge unter den Nummern 29 "Bezeichnung der Gesetzgebungsakte" sowie 30, 31 und 32 "Unterscheidung zwischen Gesetzgebungsakten und Rechtsakten des Rates ohne Gesetzgebungscharakter" gegebenenfalls Gegenstand eines neuen Zusatzmandats sein wird, sobald das Präsidium die damit verbundenen Fragen geprüft haben wird. Die Expertengruppe wurde am 29. April mit diesem zweiten Zusatzmandat betraut.
4. Einige der in diesem Bericht enthaltenen Änderungen an Teil III der Verfassung gehen über den rein technischen Rahmen hinaus. Sie gehen auf Vorschläge zurück, die das Präsidium dem Konvent insbesondere im Hinblick auf die Beschlussfassungsverfahren unterbreitet (siehe Abschnitt II). Diese Vorschläge spiegeln die Auffassung der Mehrheit der Mitglieder des Präsidiums wider.

5. Die Rechtsgrundlagen, die Gegenstand von vom Präsidium ausgearbeiteten Entwürfen von Artikeln oder von laufenden speziellen Beratungen im Rahmen des Europäischen Konvents und der Arbeitskreise sind, fallen nicht unter das Zusatzmandat der Expertengruppe. Es handelt sich um die Bestimmungen über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, um die Bestimmungen über den Gerichtshof und das Gericht erster Instanz, um die allgemeinen und die Schlussbestimmungen sowie um die Bestimmungen über das außenpolitische Handeln, die Finanzen und die Organe der Union, die Zugehörigkeit zur Union, das demokratische Leben der Union und die Wirtschafts- und Währungsunion.

II. BESCHLUSSFASSUNGSVERFAHREN

Folgende Vorschläge des Präsidiums an den Konvent sind von der Expertengruppe bereits in den Texten umgesetzt worden:

1. In dem Entwurf von Artikel 17 Absatz 3 (Dok. CONV 691/03) wurde der Grundsatz festgeschrieben, dass, "soweit in der Verfassung nichts anderes bestimmt ist", der Rat "mit qualifizierter Mehrheit" beschließt. Die Einführung dieser Bestimmung führt dazu, dass der Verweis auf die qualifizierte Mehrheit in den Rechtsgrundlagen gestrichen wird und dass hingegen die einfache Mehrheit in den Fällen genannt wird, in denen sie Anwendung findet.
2. In dem Entwurf von Artikel 18 Absatz 2 wurde der Grundsatz festgeschrieben, dass, "soweit in der Verfassung nichts anderes bestimmt ist," ein "Rechtsakt der Union nur auf Vorschlag der Kommission angenommen werden" kann. Die Einführung dieser Bestimmung hat bedeutende Auswirkungen auf die Art und Weise, wie die Verfahrenskomponenten in den Rechtsgrundlagen zum Ausdruck kommen. Im Bericht der Expertengruppe werden diese Auswirkungen ausdrücklich aufgeführt und es werden einige Vorschläge gemacht, wie sich die Tragweite der allgemeinen Regel möglicherweise besser präzisieren lässt.
3. Es wird unterschieden zwischen den Gesetzgebungsakten (Entwurf des Artikels 25 ¹) und den unmittelbar auf der Grundlage der Verfassung angenommenen Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter (Entwurf des Artikels 26 ¹) und - innerhalb der Kategorie der Gesetzgebungsakte - zwischen denjenigen, für die das gewöhnliche Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidung) gilt, und denjenigen, die vom Europäischen Parlament oder vom Rat unter

¹ Dok. CONV 571/03.

Mitwirkung des jeweils anderen Teils des Gesetzgebungsorgans gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren angenommen werden. Ausgehend von dieser doppelten Unterscheidung war die Expertengruppe in der Lage, den oder die Typen von Rechtsakten anzugeben, die je nach den unterschiedlichen Rechtsgrundlagen angenommen werden können, - Gesetz, Rahmengesetz, Verordnung oder Beschluss - und die Komponenten zur Beschreibung dieser Verfahren zu vereinfachen.

Im Rahmen dieser Unterscheidung hat das Präsidium zum einen die Rechtsgrundlagen ausgewählt, bezüglich deren es dem Konvent vorschlägt, das normale Gesetzgebungsverfahren auf sie auszuweiten, und zum anderen die Rechtsgrundlagen, bezüglich deren es vorschlägt, weiterhin ein besonderes Gesetzgebungsverfahren anzuwenden.

- a) Zunächst einmal schlägt das Präsidium vor, das normale Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidung) auf die Rechtsgrundlagen auszudehnen, die in den Schlussfolgerungen der Gruppe "Vereinfachung" unmittelbar genannt werden:
- Binnenmarkt (Maßnahmen betreffend die soziale Sicherheit gemeinschaftlicher Wanderarbeitnehmer). Artikel 42. (Derzeit beschließt der Rat einstimmig) ²
 - Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten. Koordinierung der bestehenden gesetzlichen Grundsätze der Berufsordnung hinsichtlich der Ausbildung und der Bedingungen für den Zugang natürlicher Personen zum Beruf. Artikel 47. (Derzeit beschließt der Rat einstimmig)
 - Kultur. Artikel 151 (außer den Empfehlungen). (Derzeit beschließt der Rat einstimmig)
 - Strukturfonds und Kohäsionsfonds (ab 2007). Artikel 161. (Derzeit: qualifizierte Mehrheit im Jahre 2007 und Zustimmung)
- b) Das Präsidium schlägt vor, das normale Gesetzgebungsverfahren auch auf folgende Rechtsgrundlagen auszudehnen:
- i) ***Derzeitiges Verfahren: Qualifizierte Mehrheit im Rat und einfache Stellungnahme des Parlaments***
- Rechtsvorschriften im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik (betroffen sind nur die Aspekte, die sich auf die Gesetzgebung beziehen). Artikel 37 Absatz 2.
 - Liberalisierung von Dienstleistungen. Artikel 52 Absatz 1.

² Das Präsidium schlägt die Verfahrensänderung, die einen Übergang von der einstimmigen Beschlussfassung zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit mit sich bringt, in der Überzeugung vor, dass dieser Artikel keine Maßnahmen zur Folge haben wird, die zu einer Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten führen.

- Vorschriften über die Grundsätze der Verkehrsordnung, deren Anwendung die Lebenshaltung und die Beschäftigungslage beeinträchtigen könnte. Artikel 71 Absatz 2.
- Sozialpolitik: Buchstaben d, f und g des Absatzes 1 und Absatz 2 Unterabsatz 2 von Artikel 137. (*Nach dem derzeitigen Vertrag kann bei den hier genannten Aspekten durch einen einstimmigen Beschluss des Rates das Mitentscheidungsverfahren angewendet werden*)
- Modalitäten für die Kontrolle von Durchführungsbefugnissen. Artikel 202. (*Entwurf von Artikel 28*)
- Annahme der Haushaltsordnung (ab 2007). Artikel 279 Absatz 1.
- Festlegung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften. Artikel 283.

ii) *Derzeitiges Verfahren: Qualifizierte Mehrheit im Rat*

- Ausschluss bestimmter Tätigkeiten vom Anwendungsbereich der Bestimmungen über das Niederlassungsrecht in einem Mitgliedstaat. Artikel 45 Absatz 2.
- Anwendung der Vorschriften über die Erbringung von Dienstleistungen auch auf in der Gemeinschaft ansässige Drittstaatsangehörige. Artikel 49 Absatz 2.
- Annahme weiterer Maßnahmen betreffend den Kapitalverkehr mit dritten Ländern. Artikel 57 Absatz 2 erster Teil.
- Annahme von Richtlinien zur Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen im Gemeinsamen Markt. Artikel 96 Absatz 2.

iii) *Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat und einfache Stellungnahme des Parlaments*

- Änderung einiger Artikel des Protokolls über die Satzung der EIB. Artikel 266

c) Das Präsidium hat zum anderen die Gesetzgebungsakte zusammengestellt, die vom Europäischen Parlament oder vom Rat unter Beteiligung des jeweils anderen Teil des Gesetzgebungsorgans nach einem besonderen Gesetzgebungsverfahren anzunehmen wären:

i) *Vom Europäischen Parlament anzunehmende Rechtsakte*

- Statut des Bürgerbeauftragten. Artikel 195 Absatz 4. (*Derzeitiges Verfahren: Annahme durch das Parlament nach Zustimmung des Rates und Stellungnahme der Kommission*)

- Statut der Mitglieder des Parlaments. Artikel 190 Absatz 5. (*Derzeitiges Verfahren: Annahme durch das Parlament nach Zustimmung des Rates und Stellungnahme der Kommission*)
 - Einzelheiten der Ausübung des Untersuchungsrechts. Artikel 193 (*Derzeitiges Verfahren: gegenseitiges Einvernehmen von Parlament, Rat und Kommission. Das Präsidium schlägt Folgendes vor: Annahme durch das Parlament nach Zustimmung des Rates und Stellungnahme der Kommission* ³)
- ii) Rechtsakte, für die eine einzelstaatliche Ratifizierung erforderlich ist**
- Ausweitung der mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte Artikel 22 (*Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat und einfache Stellungnahme des Parlaments. Das Präsidium schlägt vor, die einfache Stellungnahme durch eine Zustimmung des Parlaments zu ersetzen*)
 - Einheitliches Wahlverfahren. Artikel 190 Absatz 4 (*Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat auf Vorschlag und nach Zustimmung des EP*)
- iii) Rechtsakte mit Auswirkungen auf die Verfassungen der Mitgliedstaaten**
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung. Artikel 13 Absatz 1 ⁴ (*Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat und einfache Stellungnahme des Parlaments*)
 - Unionsbürgerschaft: aktives und passives Wahlrecht. Artikel 19 ⁴. (*Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat und einfache Stellungnahme des Parlaments*)
- iv) Politisch besonders sensible Rechtsakte.** ⁵ **Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat und einfache Stellungnahme des Parlaments**
- Annahme von Maßnahmen betreffend den Kapitalverkehr mit dritten Ländern, die einen Rückschritt in dem im Gemeinschaftsrecht vorgesehenen Liberalisierungsprozess darstellen. Artikel 57 Absatz 2 am Ende. ⁶

³ Dieses Verfahren könnte die Zustimmung der Kommission umfassen, damit das derzeitige interinstitutionelle Gleichgewicht besser gewahrt werden kann.

⁴ In diesen beiden Rechtsgrundlagen ist zwar keine einzelstaatliche Ratifizierung vorgesehen, doch haben sie unmittelbare Auswirkungen auf verfassungsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten.

⁵ Die Gruppe IX "Vereinfachung" hat in ihren Ausführungen über eine Verallgemeinerung des Gesetzgebungsverfahrens darauf hingewiesen, dass Ausnahmen von dieser Regel in Bereichen bestehen bleiben werden, in denen der ganz besondere Charakter der Union autonome Beschlussfassungsverfahren erforderlich macht (Erfordernis einer Ratifizierung) bzw. in für die Mitgliedstaaten "politisch sehr heiklen" Bereichen.

⁶ Diese drei Bestimmungen sind jeweils Ausnahmen von den allgemeinen Regeln, die das Gesetzgebungsverfahren vorsehen: das Ende von Artikel 57 Absatz 2 stellt eine Ausnahme von der allgemeinen Regelung des Artikels 57 Absatz 2 erster Teil dar, Artikel 94 - falls das Präsidium dem Vorschlag der Expertengruppe folgen würde - von Artikel 95 und Artikel 175 Absatz 2 von Artikel 175 Absatz 1.

(Das derzeitige Verfahren sieht keine Stellungnahme des Parlaments vor)

- Harmonisierung der Rechtsvorschriften. Artikel 94 ⁵.
- Sozialpolitik: soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer. Artikel 137 Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 2 Unterabsatz 2
- Vorschriften steuerlicher Art, Maßnahmen im Bereich der Raumordnung und der Bodennutzung, Maßnahmen, welche die Energieversorgung und die Diversifizierung der Energieträger berühren. Artikel 175 Absatz 2 ⁵.

III. TECHNISCHE ANPASSUNGEN

Die Expertengruppe hat folgende technische Anpassungen vorgenommen:

- Fusion von Bestimmungen (Fusion von zwei Absätzen des Artikels 19 EGV und von zwei Unterabsätzen von Artikel 80 Absatz 2 EGV) (Nummer 3 Buchstaben a und e der Anlage A des Mandats - CONV 682/03);
- Aufnahme des Kapitels über die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete als neues Kapitel "A a" in Band I, d.h. zwischen dem Kapitel A "Interne Politikbereiche und Maßnahmen" und dem Kapitel B "Externe Politikbereiche" (Nummer 3 Buchstabe d der Anlage A des Mandats - CONV 682/03);
- Änderung der das Europäische Parlament betreffenden Terminologie (Ersetzung des Begriffs "*avis conforme*" durch "*approbation*" [betrifft nicht die deutsche Fassung, in der es weiter "Zustimmung" heißt]; Streichung des Adjektivs "*absolute*" zur Bezeichnung der einfachen Mehrheit des Parlaments, d.h. der Mehrheit der abgegebenen Stimmen (Nummer 3 Buchstabe c Ziffern ii und iv der Anlage A des Mandats - CONV 682/03);
- Ersetzung der Abkürzungen "EZB" und "ESZB" durch die offiziellen Bezeichnungen (Nummer 3 Buchstabe b der Anlage A des Mandats - CONV 682/03);
- Ersetzung der Worte "gemeinsame Werte" in Artikel 16 EGV durch die im Mandat angegebene Formulierung (Nummer 3 Buchstabe g der Anlage A des Mandats - CONV 682/03).

IV. VORSCHLÄGE

Ferner hat die Gruppe Vorschläge in Bezug auf Folgendes vorgelegt:

- a) Nennung der Fischerei in der Überschrift des Kapitels "Landwirtschaft". Um dem Beschluss des Präsidiums (Anlage B Nummer 3 des Mandats in Dok. CONV 682/03) nachzukommen, wonach die Fischerei in der Überschrift des Kapitels "Landwirtschaft" zu berücksichtigen ist, schlägt die Expertengruppe vor, einen neuen Artikel 31 a einzufügen:

"Die Union legt eine gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik fest und führt sie durch. Unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Erzeugnisse des Bodens, der Viehzucht und der Fischerei sowie die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe zu verstehen. Die Bezugnahmen auf die gemeinsame Agrarpolitik oder auf die Landwirtschaft und die Verwendung des Wortes 'landwirtschaftlich' sind in dem Sinne zu verstehen, dass damit auch die Fischerei gemeint ist."

Die Gruppe schlägt ferner vor, Artikel 32 Absatz 1 leicht zu ändern; diese Bestimmung würde dann folgendermaßen lauten:

"Der Binnenmarkt umfasst auch die Landwirtschaft und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen".

- b) Streichung des Instruments "Übereinkunft". Das Präsidium hatte beschlossen, den Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe IX zu entsprechen und die Übereinkünfte (Anlage A Nummer 3 Buchstabe f des Mandats in Dok. CONV 682/03) zu streichen. Die Gruppe unterbreitet Formulierungsvorschläge für die Artikel 20, 186 und 293 EGV, und zwar einschließlich der Art des Rechtsakts und des Annahmeverfahrens, die vorgesehen werden sollen.

V. AUFBAU DES BERICHTS

Wie der Bericht vom 13. März 2003 gliedert sich dieser Bericht in zwei Teile. Band I enthält zum Ersten eine bestimmte Anzahl von Anregungen und Bemerkungen der Expertengruppe, die für die weitere Arbeit nützlich sein werden, und sodann die einschlägigen Bestimmungen des EG- und des EU-Vertrags, die entsprechend der Struktur des Teils II der Verfassung (Dok. CONV 369/02) angeordnet sind. In Band II sind zur Verdeutlichung die Änderungen aufgeführt, die an den derzeitigen Bestimmungen des EG- und des EU-Vertrags vorgenommen wurden, bevor diese Verträge umstrukturiert wurden.

BERICHT

vom 7. Mai 2003

**der Gruppe der von den Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments,
des Rates und der Kommission benannten Experten
an das Präsidium des Europäischen Konvents**

(gemäß den Zusatzmandaten vom 2. und 29. April 2003)

ALLGEMEINE ERWÄGUNGEN UND VORSCHLÄGE

A. Einleitung

1. Das Präsidium des Europäischen Konvents hat beschlossen, der Gruppe der von den Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission benannten Experten zwei Zusatzmandate zu erteilen (Zusatzmandat vom 2. April 2003 (CONV 682/03) und Zusatzmandat vom 29. April 2003).

Diese Mandate, die als Anlage beigelegt sind, beruhen auf dem Ergebnis der vom Präsidium vorgenommenen Prüfung des Berichts der Expertengruppe der Juristischen Dienste vom 13. März 2003 (CONV 618/03).¹

2. Die Expertengruppe kommt in dem vorliegenden Bericht den Zusatzmandaten in allen Punkten nach. Wie schon der Bericht vom 13. März 2003 ist auch der vorliegende Bericht in zwei Bände unterteilt:
 - einen Band I, in dem außer diesen allgemeinen Erwägungen die einschlägigen Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) wiedergegeben sind, und zwar in einer Anordnung *beruhend auf der Struktur des zweiten Teils der künftigen Verfassung entsprechend dem Dokument CONV 369/02* vom 28. Oktober 2002;
 - einen Band II, der die einschlägigen Bestimmungen des EUV und des EGV gemäß der gegenwärtigen Struktur und Nummerierung der geltenden Verträge wiedergibt.

Im Einklang mit der Nummer 6 des Mandats vom 29. April 2003 sind die Bestimmungen betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, das außenpolitische Handeln, die Zugehörigkeit zur Union, das demokratische Leben der Union, die Finanzen der Union, die Organe (einschließlich des Gerichtshofes), sowie die Schlussbestimmungen, die das Präsidium und der Konvent formulieren werden, in diesen Bänden nicht enthalten.²

3. Die in der Anlage I zu Band I des Berichts vom 13. März 2003 dargelegten terminologischen und typografischen Vereinbarungen, wonach insbesondere Hinzufügungen durch Fettdruck gekennzeichnet sind und Streichungen durchgestrichen erscheinen, sind weiterhin gültig. Die kursiv gesetzten Artikel sind Artikel, bei denen eine spätere inhaltliche Änderung durch den Konvent zu erwarten ist und die hier nicht behandelt werden.

Die neuen Fußnoten sind unterstrichen.

¹ Das Addendum vom 18. März 2003 über die Wirtschafts- und Währungspolitik (618/03 ADD 1) ist vom Präsidium noch nicht geprüft worden und dürfte somit Gegenstand eines gesonderten Mandats werden.

² Die 23 Rechtsgrundlagen des Kapitels über die Organe bzw. der Schlussbestimmungen, auf die in Listen in der Anlage zu dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 verwiesen wird, sind somit nicht angepasst worden. Es handelt sich dabei um die folgenden Artikel: 190(4), 190(5), 191, 193, 195(4), 202, 209, 210, 215, 2^{ème} al., 247(3), 247(8), 258, 4^{ème} al., 255(2), 259, 263, 3^{ème} al., 266, 279(1), 280(4), 283, 285(1), 286(2), 290 et 296(2).

B. Die Beschlussfassungsverfahren (qualifizierte Mehrheit im Rat und auf Vorschlag der Kommission angenommene Rechtsakte) und die Aufgliederung der Rechtsgrundlagen nach Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter

4. Der gewichtigste Teil der Arbeit der Expertengruppe betraf die Umsetzung der Beschlüsse des Präsidiums zur Einführung der allgemeinen Regel der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat und der Regel für die Annahme von Rechtsakten auf Vorschlag der Kommission sowie die Umsetzung der Beschlüsse hinsichtlich der Aufgliederung der Rechtsgrundlagen nach Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter.

Abstimmung im Rat

5. Die Einführung einer Bestimmung, wonach der Regelfall für die Abstimmung im Rat hinfort die qualifizierte Mehrheit (Entwurf zu Artikel 17 Absatz 3, CONV 691/03) und nicht die einfache Mehrheit sein soll, hat zur Folge, dass in den Rechtsgrundlagen die Verweise auf die qualifizierte Mehrheit zu streichen und die Fälle der Anwendung der einfachen Mehrheit ausdrücklich anzugeben sind.

Dies bedeutet ferner, dass in die Verfassung eine Definition des Begriffs "einfache Mehrheit" im Rat aufzunehmen ist, die wie folgt lauten könnte:

"Im Falle von Beratungen, die die einfache Mehrheit erfordern, beschließt der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder."

Die Gruppe hat ferner festgestellt, dass beim derzeitigen Stand der Arbeiten die nach Artikel 205 Absatz 2 Unterabsatz 2 zweiter Gedankenstrich EGV vorgesehene besondere qualifizierte Mehrheit (62 Stimmen und 10 Mitgliedstaaten) für Fälle, in denen der Rat nicht auf Vorschlag der Kommission handelt, anscheinend entfallen ist und es somit nicht erforderlich ist, in den Rechtsgrundlagen ausdrücklich die Fälle anzugeben, in denen es dieser besonderen qualifizierten Mehrheit bedarf.³

Auf Vorschlag der Kommission angenommene Rechtsakte

6. Die Einführung einer Bestimmung, die dem Initiativrecht der Kommission allgemeine Geltung verleiht und wie folgt lautet: "Soweit in der Verfassung nichts anderes bestimmt ist, kann ein Rechtsakt der Union nur auf Vorschlag der Kommission angenommen werden" (Entwurf zu Artikel 18 Absatz 2, CONV 691/03), hat zur Folge, dass in den Rechtsgrundlagen die Formel "auf Vorschlag der Kommission" zu streichen und in den Fällen, in denen ein Rechtsakt der Union von einem Organ oder einer Einrichtung eigenständig angenommen werden soll, eine Formel einzufügen ist, wonach dieses Organ oder diese Einrichtung von sich aus tätig werden kann, ohne dass es dazu eines vorherigen Vorschlags der Kommission bedarf.

³ Hierunter fällt z.B. Artikel 128 Absatz 4 EGV. Diese besondere Mehrheit ist zur Zeit außerdem vorgesehen in den folgenden Artikeln des EGV: 99(2)(1^{er} al. et 3^{ème} al.), 99(4)(1^{er} al.), 104(6), 107(6)(b), 119(2), 119(3)(2^{ème} al.), 120(3), 207(2)(1^{er} al.), 210, 215(2^{ème} al.), 223(6^{ème} al.), 224(5^{ème} al.), 225A(5^{ème} al.), 247(3)(1^{er} al.), 247(8), 248(4)(5^{ème} al.), 258(4^{ème} al.), 259(1), 263(4^{ème} al.) et 276(1) du TCE. Sie ist ferner vorgesehen für die Bereiche GASP (Artikel 23 Absatz 2 Unterabsatz 3 EUV) und JI (Artikel 34 Absatz 3 EUV). Diese Bestimmungen werden im vorliegenden Bericht nicht behandelt (vgl. Nummer 6 des Zusatzmandats vom 29. April 2003).

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 soll jedoch die Formel "*auf Vorschlag der Kommission*" in den Rechtsgrundlagen, die die Annahme von Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter vorsehen, beibehalten werden. Die Gruppe ist der Auffassung, dass diese Anweisung zu verschiedenen Auslegungsschwierigkeiten führen könnte, was die Tragweite der im Entwurf zu Artikel 18 Absatz 2 vorgesehenen allgemeinen Regel der Annahme von Rechtsakten auf Vorschlag der Kommission betrifft.

7. Die Formulierung des vom Präsidium vorgeschlagenen Entwurfs zu Artikel 18 Absatz 2 ist sehr weit gefasst, insoweit sie ohne weitere Spezifizierung hinsichtlich der Urheber oder der jeweiligen Art der betreffenden Rechtsakte auf jeden "Rechtsakt der Union" abstellt. Aus dieser Formulierung ergeben sich Probleme der Anwendung und der Rechtssicherheit.

Damit diese Probleme vermieden und nicht auch Fälle jenseits des angestrebten Ziels erfasst werden, müsste diese allgemeine Regel präzisiert werden.

Es wird daher vorgeschlagen, ihren Anwendungsbereich auf die Gesetzgebungsakte des Europäischen Parlaments und/oder des Rates und auf die Rechtsakte des Rates ohne Gesetzgebungscharakter einzuschränken und derart zu vermeiden, dass auch Rechtsakte anderer Organe oder Einrichtungen (Gerichtshof, Europäische Zentralbank, Rechnungshof, Europäische Investitionsbank, Wirtschafts- und Sozialausschuss, Ausschuss der Regionen, Amt des Bürgerbeauftragten, Ämter und Agenturen usw.) erfasst werden.

Ferner wird vorgeschlagen, die Arten von Rechtsakten, für die diese Regel gilt, ausdrücklich anzugeben (Gesetze, Rahmengesetze, Verordnungen, Beschlüsse und Empfehlungen, unter Ausschluss von Maßnahmen, die die interne Organisation oder die Geschäftsordnung betreffen, von Verfahrensbeschlüssen usw.). Für die internen Maßnahmen und Verfahrensbeschlüsse sollte ein gesonderter Artikel vorgesehen werden.

8. Die vorgeschlagenen Bestimmungen könnten wie folgt lauten:

"Jedes europäische Gesetz oder Rahmengesetz sowie die europäischen Verordnungen, Beschlüsse oder Empfehlungen des Rates werden auf Vorschlag der Kommission angenommen, soweit in der Verfassung nicht etwas anderes bestimmt ist."

"Jedes Organ erlässt von sich aus die seine Organisation und seine Geschäftsordnung betreffenden Maßnahmen sowie seine Verfahrensbeschlüsse."

Dies hat zur Folge, dass alle Fälle, in denen die Rechtsgrundlagen vorsehen, dass die betreffenden Rechtsakte aufgrund einer Initiative, einer Empfehlung oder eines Ersuchens eines Mitgliedstaats, eines Organs oder einer Einrichtung angenommen werden, Fälle darstellen, für die "in der Verfassung etwas anderes bestimmt ist", was bedeutet, dass der betreffende Rechtsakt nicht auf Vorschlag der Kommission angenommen werden muss.

Dasselbe gilt für die Fälle, in denen die Rechtsgrundlagen vorsehen, dass ein Organ befasst wird, um seine Zustimmung zum Entwurf eines Rechtsakts einzuholen. Eine derartige Befassung stellt einen Fall dar, in dem "in der Verfassung etwas anderes bestimmt ist", da die Zustimmung nicht auf Vorschlag der Kommission zu ergehen braucht.

Dank ihrer größeren Genauigkeit würde die vorgeschlagene Bestimmung der allgemeinen Regel der Annahme von Rechtsakten auf Vorschlag der Kommission eine umfassendere Tragweite verleihen, indem sie es ermöglicht, in den Rechtsgrundlagen, die die Annahme von Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter vorsehen, die Formel "auf Vorschlag der Kommission" zu streichen, womit die unter Punkt 6 genannten Auslegungsschwierigkeiten entfallen würden.

9. Für den Wortlaut der in die Rechtsgrundlagen aufzunehmenden Standardformel, die besagt, dass das betreffende Organ für sich alleine handeln kann, schlägt die Gruppe vor, die Formel "von sich aus" zu verwenden.

Für die (wenigen) Fälle jedoch, in denen das Organ verpflichtet ist, tätig zu werden, sollte nach Ansicht der Experten des Juristischen Dienstes des Rates die Formel "*ohne Vorschlag der Kommission*" gewählt werden, damit nicht der Eindruck entsteht, dass das Organ in eigener Initiative sich entscheiden kann, ob es tätig werden will oder nicht. Es handelt sich dabei (vorbehaltlich einer Prüfung der Bestimmungen der nicht unter diesen Bericht fallenden Kapitel) insbesondere um Fälle, für die vorgesehen ist, dass ein Organ eine Persönlichkeit zur Ausübung eines Amtes der Union ernennt (Bürgerbeauftragter oder Hoher Vertreter für die GASP) oder um den Fall der Annahme einer Regelung für die Assoziierung überseeischer Länder und Gebiete (Artikel 187 EGV).⁴

Aufgliederung der Rechtsgrundlagen nach Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter

10. Der Wortlaut der meisten Rechtsgrundlagen ist geändert worden infolge einerseits der Einführung der allgemeinen Regel der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat sowie der Regel der Annahme von Rechtsakten auf Vorschlag der Kommission und andererseits infolge der vom Präsidium vorgenommenen Aufgliederung in Bezug darauf, ob sie die Annahme von Gesetzgebungsakten (mit oder ohne Mitentscheidung) oder die Annahme von Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter vorsehen.
11. Die Gruppe hat somit den Wortlaut der verschiedenen Rechtsgrundlagen gemäß den Anweisungen der Nummer 14 des Mandats vom 29. April angepasst, wonach *bei den Rechtsgrundlagen, die Gesetzgebungsakte vorsehen, unter Einschränkung auf die Begriffe Gesetz und Rahmengesetz alle Verfahrenshinweise gestrichen und bei allen Rechtsgrundlagen, die keine Gesetzgebungsakte vorsehen, die Angabe "auf Vorschlag der Kommission" beibehalten werden sollte.*⁵ Die Gruppe hat ferner für jede Rechtsgrundlage angegeben, welche Arten von Rechtsakten angenommen werden können.
12. Die Gruppe ist übereingekommen, folgende Standardformeln vorzuschlagen, die je nach Fall in die verschiedenen Rechtsgrundlagen aufzunehmen wären:
- Für die Fälle der Mitentscheidung die Formel: ***"Durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze [werden die Maßnahmen festgelegt .../geregelt ... /erleichtert ... usw.]"***
 - für die Fälle, in denen das Europäische Parlament oder der Rat alleine ein Gesetz oder ein Rahmengesetz erlassen, die Formel: ***"Ein Europäisches Gesetz bzw. ein Europäisches Rahmengesetz [des Europäischen Parlaments / des Rates] bestimmt .../regelt ... usw."***
 - für die Fälle von Rechtsakten des Rates ohne Gesetzgebungscharakter unverändert die klassische Formel: ***"Der Rat erlässt auf Vorschlag der Kommission [die europäischen Verordnungen oder Beschlüsse, die bestimmen ... / die einführen .../ die festlegen ...]"***.

⁴ Durch die hiermit vorgeschlagenen Formeln werden die Rechtsunsicherheiten verringert, jedoch kann nach Ansicht der Experten des Juristischen Dienstes des Rates nicht garantiert werden, dass jegliche Unsicherheit behoben ist.

⁵ Zu dieser Anweisung siehe die obigen Bemerkungen in den Schlussabsätzen der Nummern 6 und 8.

13. In manchen Fällen müssen einige Verfahrenshinweise bestehen bleiben, wie z.B. die Hinweise auf obligatorische Anhörungen anderer Organe oder Einrichtungen.
14. In einigen Fällen hat trotz der Tatsache, dass die Rechtsgrundlage die Wahl der Art des Rechtsakts anscheinend freigestellt ließ, die Gruppe in Anbetracht des sehr genau bestimmten Kontexts für den betreffenden Rechtsakt, der in Wirklichkeit nur die Annahme einer einzigen Art von Rechtsakt zulässt, vorgeschlagen, nur eine Art von Rechtsakt vorzusehen. Dies ist bei den Artikeln 72, 161 Absatz 2 und 166 Absatz 1 EGV der Fall.
15. Infolge dieser Aufgliederung und der in jeder Rechtsgrundlage enthaltenen Bestimmung der Art des jeweils anzunehmenden Rechtsakts wurde die Verwendung des Wortes "Maßnahmen", die in der Regel in den Verträgen auf eine freie Wahl der Art des Rechtsakts hinweist, auf die Fälle allgemeiner Bezugnahmen auf die in einem bestimmten Bereich erlassenen Rechtsakte oder Bestimmungen (wie z.B. in Artikel 14 Absatz 1 oder Artikel 18 Absatz 3 EGV) beschränkt.
16. In einigen Fällen schlägt die Gruppe die Anpassung einer Rechtsgrundlage vor, obgleich diese nicht in einer der Listen in der Anlage zu dem Mandat vom 29. April enthalten ist (s. die Artikel 59 und 175 Absatz 2 EGV).
17. Artikel 37 Absatz 2 Unterabsatz 3 EGV schließlich, der die Rechtsgrundlage für den Agrarbereich vorsieht, wurde nicht angepasst, da gemäß dem Mandat vom 29. April das Präsidium die Aufgliederung in Bezug auf die Aspekte, welche die Gesetzgebung betreffen, und die Aspekte, welche nicht Gesetzgebung betreffen, noch vornehmen muss.
18. Die Gruppe stellt darüber hinaus fest, dass die Artikel 93 EGV (Rechtsgrundlage für Fragen der indirekten Steuern) und Artikel 187 EGV (Rechtsgrundlage für Fragen der Assoziierung überseeischer Länder und Gebiete) in den Aufgliederungslisten des Mandats vom 29. April 2003 nicht enthalten waren.

Auswirkungen der neuen Bestimmungen über die allgemeine Anwendung hinsichtlich des abgeleiteten Rechts

19. Die Expertengruppe weist das Präsidium und den Konvent darauf hin, dass in der Verfassung zwei Fragen geregelt werden müssen, die sich aus den Auswirkungen der allgemeinen Regel der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat und aus der Regel der Annahme der Rechtsakte auf Vorschlag der Kommission ergeben.
20. Die erste Frage betrifft das Verhältnis zwischen der Regel der Annahme der Rechtsakte auf Vorschlag der Kommission und dem Entwurf zu Artikel 28 Absatz 2 (CONV 571/03) betreffend die Durchführungsrechtsakte, wonach dem Rat in bestimmten Fällen Durchführungsbefugnisse übertragen werden können.

Beim Fehlen einer Präzisierung im Entwurf zu Artikel 28 Absatz 2 oder anderweitig in der Verfassung würde die allgemeine Regel sich dahin gehend auswirken, dass in diesen Fällen für ein Tätigwerden des Rates ein Vorschlag der Kommission erforderlich ist. Sollte der Konvent dem Gesetzgeber die Möglichkeit einräumen wollen, dem Rat zu gestatten, Durchführungsrechtsakte ohne Vorschlag der Kommission zu erlassen, so müsste dies spezifiziert werden, z.B. durch eine Formel folgender Art: *"In den Rechtsakten, die eine Rechtsgrundlage für den Erlass von Durchführungsmaßnahmen durch den Rat enthalten, wird das jeweils geltende Beschlussfassungsverfahren von Fall zu Fall festgelegt."*

21. Die zweite Frage betrifft die Auswirkungen dieser allgemeinen Regeln auf das geltende Recht.

Obschon diese Frage auch für andere neue Regeln gilt, die in die Verfassung aufgenommen werden, stellt sie sich hier doch mit besonderer Schärfe, die noch bedeutsamer wäre, wenn die derzeitige Fassung des Entwurfs zu Artikel 18 Absatz 2, die auf jeden "*Rechtsakt der Union*" abstellt, nicht präzisiert würde.

Es wäre somit erforderlich, dass der Konvent - z.B. in einem Kapitel über die Auswirkungen des Inkrafttretens der Verfassung auf die derzeitige Rechtsordnung der Union - eine Übergangsbestimmung vorsieht, mit der die Auswirkungen dieser neuen allgemeinen Regeln auf das bestehende abgeleitete Recht geregelt werden.

Ohne eine solche Bestimmung würden die zwei neuen Regeln automatisch für alle bestehenden Rechtsakte gelten.

Für eine entsprechende Übergangsbestimmung sind mehrere Optionen denkbar, wie z.B.

- eine allgemeine Klausel, die es gestattet, das geltende Recht in seiner Gesamtheit an alle neuen Regeln der Verfassung anzupassen, wie es z.B. in den Beitrittsakten für die neuen Mitgliedstaaten vorgesehen ist;
 - eine Regelung, wonach diese neuen Regeln auf die in der Vergangenheit angenommenen Rechtsakte nicht anzuwenden wären und für diese Rechtsakte weiterhin die früheren Bestimmungen gelten würden, wobei die Organe, von denen diese Rechtsakte stammen, dann im Einzelfall in Analogie zu dem früheren Verfahren nach Artikel 4 des Komitologie-Beschlusses von 1987 beschließen, den Rechtsakt an die neuen Regeln anzupassen oder aber die bisherigen Verfahren aufrechtzuerhalten, indem sie jeweils eine Formel einfügen, die das Abweichen von den neuen Regeln gestattet.
22. Die Gruppe ist bereit, Rechtstexte zur Lösung dieses Problems vorzuschlagen, falls das Präsidium dies wünscht.

C. Abschaffung des Instruments der Übereinkünfte zwischen Mitgliedstaaten - Formulierungsvorschläge für die Artikel 20, 186 und 293 EGV

23. Im Zusatzmandat vom 2. April 2003 ist auch vorgesehen, das *Instrument "Übereinkunft"*, d.h. zwischen den Mitgliedstaaten geschlossene Abkommen, *abzuschaffen* und durch Rechtsakte der Union zu ersetzen (Artikel 20, 186 und 293 EGV).
24. Der derzeitige Artikel 20 EGV, die Rechtsgrundlage für den diplomatischen und konsularischen Schutz der Unionsbürger, könnte wie folgt lauten (wobei der erste Satz aus dem Entwurf zu dem Artikel "Unionsbürgerschaft" des ersten Teils übernommen ist⁶):

Jeder Unionsbürger genießt im Hoheitsgebiet eines dritten Landes, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates. Die Mitgliedstaaten vereinbaren die notwendigen Regeln treffen die notwendigen Vorkehrungen und leiten die erforderlichen internationalen Verhandlungen ein, um den diplomatischen und konsularischen Schutz der Unionsbürger in Drittstaaten nach [Artikel (...)]⁷ zu gewährleisten.

Die zur Erleichterung dieses Schutzes notwendigen Maßnahmen können durch europäische Gesetze/ein europäisches Gesetz oder durch europäische Rahmengesetze/ein europäisches Rahmengesetz festgelegt werden [... der Konvent wird bestimmen, ob der betreffende Rechtsakt im Wege des Mitentscheidungsverfahrens oder vom Rat allein und nach welcher Abstimmungsregel angenommen werden soll ...].

25. Der derzeitige Artikel 186 EGV, die Rechtsgrundlage für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen den Mitgliedstaaten und den überseeischen Ländern und Gebieten, könnte folgende Fassung erhalten:

Option A - Übergang zur Regelung nach Artikel 187 EGV

*Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und Ordnung ~~wird~~ **gelten für** die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den Ländern und Hoheitsgebieten in den Mitgliedstaaten und der Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten in den Ländern und Hoheitsgebieten durch später zu schließende Abkommen geregelt; diese bedürfen der einstimmigen Billigung aller Mitgliedstaaten Maßnahmen, die nach Artikel 187 angenommen werden.*

⁶ Vgl. Artikel 7 Absatz 2 dritter Gedankenstrich, CONV 528/03.

⁷ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 dritter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

Option B - Angleichung der Behandlung der Arbeitnehmer an die in Artikel 183 Absatz 5 EGV für Selbständige vorgesehene Behandlung

Soweit aufgrund des [Artikels 187] nicht besondere Maßnahmen angenommen werden und vorbehaltlich der Bestimmungen über die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und Ordnung ~~wird~~ gelten für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den Ländern und Hoheitsgebieten in den Mitgliedstaaten und der Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten in den Ländern und Hoheitsgebieten durch später zu schließende Abkommen geregelt; diese bedürfen der einstimmigen Billigung aller Mitgliedstaaten die Bestimmungen und Verfahrensregeln des [Kapitels] über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, unter Ausschluss jeder Diskriminierung.

26. Was den derzeitigen Artikel 293 EGV anbelangt, der Übereinkünfte zwischen den Mitgliedstaaten in vier Bereichen vorsieht, so

- ist der erste Gedankenstrich ("*den Schutz der Personen sowie den Genuss und den Schutz der Rechte zu den Bedingungen, die jeder Staat seinen eigenen Angehörigen einräumt*") überholt, da ja diese verschiedenen Aspekte entweder durch die verschiedenen Rechtsgrundlagen des EGV in seiner derzeitigen Fassung erfasst sind oder nicht in den Anwendungsbereich des Vertrags fallen. Er könnte somit gestrichen werden;
- ist der zweite Gedankenstrich ("*die Beseitigung der Doppelbesteuerung innerhalb der Gemeinschaft*") anscheinend durch die Maßnahmen zur Angleichung der Rechtsvorschriften, die gegenwärtig auf der Grundlage von Artikel 94 EGV erlassen werden können, abgedeckt und könnte somit gestrichen werden.

Sollte der Konvent die Schaffung einer spezifischen Rechtsgrundlage für erforderlich erachten, so könnte diese wie folgt lauten:

Maßnahmen zur Beseitigung der Doppelbesteuerung von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten innerhalb der Union werden durch (ein) europäische(s) Gesetz(e) oder Rahmengesetz(e) [... der Konvent wird bestimmen, auf welchem Wege, im Wege der Mitentscheidung oder vom Rat alleine, und nach welchem Abstimmungsmodus der Rechtsakt erlassen werden sollte ...] festgelegt.

- ist der dritte Gedankenstrich ("*die gegenseitige Anerkennung der Gesellschaften im Sinne des Artikel 48 Absatz 2, die Beibehaltung der Rechtspersönlichkeit bei Verlegung des Sitzes von einem Staat in einen anderen und die Möglichkeit der Verschmelzung von Gesellschaften, die den Rechtsvorschriften verschiedener Mitgliedstaaten unterstehen*") vorbehaltlich einer genaueren technischen Prüfung anscheinend durch die Maßnahmen zur Angleichung der Rechtsvorschriften, die gegenwärtig auf der Grundlage von Artikel 95 EGV erlassen werden können, abgedeckt und könnte somit gestrichen werden;
- ist der vierte Gedankenstrich ("*die Vereinfachung der Förmlichkeiten für die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung richterlicher Entscheidungen und Schiedssprüche*") überholt, da er durch die Maßnahmen der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen abgedeckt wird, die gegenwärtig auf der Grundlage von Artikel 65 EGV erlassen werden können. Er könnte somit gestrichen werden.

D. Einfügung eines Hinweises auf die Fischerei im Titel des Kapitels "Landwirtschaft" - Formulierungsvorschläge (Artikel 32 EGV)

27. Um der Erwähnung der Fischerei im Titel des Kapitels "Landwirtschaft" (das bereits für die Fischerei gilt, was jedoch aus der derzeitigen Fassung nicht sehr deutlich hervorgeht) Rechnung zu tragen, wird vorgeschlagen, einen neuen Artikel 31a einzufügen, dessen letzter Satz noch einer technischen Überprüfung bedürfte, sowie Artikel 32 Absatz 1 geringfügig zu ändern:

DIE LANDWIRTSCHAFT UND DIE FISCHEREI

Artikel 31a

Die Union legt eine gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik fest und führt sie durch.

Unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Erzeugnisse des Bodens, der Viehzucht und der Fischerei sowie die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe zu verstehen. Die Bezugnahmen auf die gemeinsame Agrarpolitik oder auf die Landwirtschaft und die Verwendung des Wortes "landwirtschaftlich" sind in dem Sinne zu verstehen, dass damit auch die Fischerei gemeint ist.

Artikel 32

(1) ~~Der Gemeinsame Markt~~ **Binnenmarkt** umfasst auch die Landwirtschaft und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. ~~Unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Erzeugnisse des Bodens, der Viehzucht und der Fischerei sowie die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe zu verstehen.~~

(2) (...)

E. Sonstige technische Anpassungen

28. Gemäß dem Mandat vom 2. April 2003 hat die Expertengruppe außerdem die verschiedenen ihr aufgetragenen technischen Anpassungen vorgenommen, wie insbesondere
- die Fusion einiger Bestimmungen (Fusion der Absätze 1 und 2 des Artikels 19 EGV sowie der Unterabsätze 1 und 2 von Absatz 2 des Artikels 80 EGV);
 - die Einfügung des Kapitels über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete als neues Kapitel Aa in die Struktur des Bands I, d.h. zwischen dem Kapitel A über die internen Politikbereiche und Maßnahmen und dem Kapitel B über die externen Politikbereiche;
 - die terminologischen Anpassungen in Bezug auf das Europäische Parlament (Ersetzung des Ausdrucks "*avis conforme*" durch "*approbation*" [betrifft nicht die deutsche Fassung, in der es weiter "Zustimmung" heißt]; die Streichung des Adjektivs "absolute" zur Bezeichnung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, d.h. der einfachen Mehrheit im Parlament; die Verwendung des Ausdrucks "*période de session extraordinaire*" [betrifft nicht die deutsche Fassung]);
 - die Ersetzung der Abkürzungen "EZB" und "ESZB" durch die amtlichen Bezeichnungen;
 - die Ersetzung des in Artikel 16 EGV verwendeten Ausdrucks "gemeinsame Werte" durch die im Mandat vorgegebene Formulierung.

Christian PENNERA

Thérèse BLANCHET

Alain VAN SOLINGE

Kieran BRADLEY

Emer FINNEGAN

Paolo STANCANELLI

Zusatzmandat vom 2. April 2003

EUROPÄISCHER KONVENT
DER GENERALESEKRETÄR

Brüssel, den 2. April 2003

**Zusatzmandat für die Gruppe
der von den Juristischen Diensten der drei Organe
benannten Experten**

1. Das Präsidium hat in seiner Sitzung vom 2. April 2003 die von der Expertengruppe in ihrem Bericht vom 13. März 2003 (vgl. Dok. CONV 618/03, S. 175 bis 187) unterbreiteten Vorschläge geprüft, mit Ausnahme der Vorschläge unter den Nummern 29, 30, 31 und 32.
2. Das Präsidium ist sodann übereingekommen, der Gruppe ein Zusatzmandat zur Umsetzung einiger der vom Präsidium gebilligten Vorschläge zu erteilen. Was das weitere Vorgehen in Bezug auf die - vom Präsidium noch nicht geprüften - Vorschläge unter den Nummern 29, 30, 31 und 32 anbelangt, so wird deren Umsetzung gegebenenfalls Gegenstand eines neuen Zusatzmandats des Präsidiums sein.
3. Bei den Vorschlägen, die von der Gruppe umgesetzt werden sollen, handelt es sich um folgende:
 - a) **Fusion der Artikel 70 und 80 EGV**

Das Präsidium hat beschlossen, diesen Vorschlag - und zwar Option a (S. 179) - anzunehmen.
 - b) **Verwendung der Abkürzungen**

Das Präsidium hat beschlossen, der Anregung der Gruppe zu folgen (S. 176); die Abkürzungen in Teil II der Verfassung sind durch die offiziellen Bezeichnungen zu ersetzen.
 - c) **Beschlussfassungsverfahren**

Das Präsidium hat beschlossen, den nachstehenden Anregungen zu folgen (S. 184 und 185):

 - i) Ersetzung des derzeitigen Beschlussfassungsmodus, der vorsieht, dass "der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt" (Artikel 205 Absatz 1 EGV) durch die Formulierung "der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit". Die Gruppe wird gebeten, die erforderlichen technischen Anpassungen in den Rechtsgrundlagen zur Berücksichtigung dieses neuen Modus vorzunehmen;

- ii) hinsichtlich des Europäischen Parlaments: Ersetzung des Ausdrucks "avis conforme" durch "approbation" (englische Fassung: "consent") [betrifft nicht die deutsche Fassung, in der es weiter "Zustimmung" heißt];
- iii) das Präsidium hat beschlossen, in einem die Kommission betreffenden Artikel der Verfassung eine wie folgt lautende Formulierung vorzusehen: "Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, kann ein Rechtsakt der Union nur auf Vorschlag der Kommission angenommen werden"; die Gruppe wird daher gebeten, die erforderlichen technischen Anpassungen in den verschiedenen Rechtsgrundlagen vorzunehmen, denen zufolge der Rat auf Vorschlag der Kommission befindet;
- iv) hinsichtlich des Europäischen Parlaments: Ersetzung des Ausdrucks "absolute Mehrheit" durch die Formulierung "Mehrheit der abgegebenen Stimmen" sowie des Ausdrucks "Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments" durch die Formulierung "Mehrheit seiner Mitglieder".

d) Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete

Das Präsidium hat beschlossen, den Vierten Teil des EG-Vertrags als eigenständigen Teil des Teils II der Verfassung zu übernehmen.

e) Fusion einiger Bestimmungen

Das Präsidium hat beschlossen, der Empfehlung, eine Fusion der Absätze 1 und 2 des Artikels 19 EGV vorzunehmen, zu folgen, und hat zugleich darauf hingewiesen, dass bei der Abfassung der aus dieser Fusion entstehenden neuen Bestimmung darauf geachtet werden sollte, dass die Besonderheiten der betreffenden beiden Bereiche berücksichtigt werden.

f) Streichung einiger Bestimmungen

Das Präsidium hat beschlossen, sich die Schlussfolgerungen der Gruppe IX zu Eigen zu machen, wonach das Instrument "Übereinkunft" (vgl. Artikel 20 EUV sowie Artikel 186 und 293 EGV) abgeschafft und durch Verordnungen oder Beschlüsse des Rates ersetzt werden soll. Das Präsidium hat sich somit für die Streichung von Artikel 293 EGV entschieden. Die Gruppe wird daher gebeten, diese Empfehlungen umzusetzen und zu prüfen, ob gegebenenfalls eine spezifische Rechtsgrundlage für die Bereiche geschaffen werden muss, die bisher unter diesen Artikel fallen, jedoch nicht durch andere spezifische Bestimmungen der Verfassung abgedeckt wären. Diese etwaige neue Rechtsgrundlage müsste als Instrument eine Verordnung des Rates vorsehen.

g) Ersetzung des in Artikel 16 EGV verwendeten Ausdrucks "gemeinsame Werte"

Das Präsidium hat beschlossen, der Anregung der Gruppe zu folgen und den in Artikel 16 EGV verwendeten Ausdruck "innerhalb der gemeinsamen Werte" durch die Formulierung "als Dienste, denen alle in der Union Bedeutung beimessen", zu ersetzen.

4. Das Präsidium hat darüber hinaus die Vorschläge der Expertengruppe gebilligt, die von ihr bereits umgesetzt worden sind (siehe Anlage).

**VORSCHLÄGE, DIE VON DER EXPERTENGRUPPE
BEREITS UMGESETZT WORDEN SIND**

1. Aufbau des Teils II der Verfassung

Die Expertengruppe weist (auf S. 177) darauf hin, dass gewisse Bestimmungen keinen Platz in der Struktur vom 28. Oktober 2002 erhalten, wie beispielsweise allgemein anwendbare Bestimmungen (Artikel 3 Absatz 2 sowie die Artikel 6, 16, 295 und 296 des EG-Vertrags), die Bestimmungen über die Nichtdiskriminierung und die Unionsbürgerschaft (Artikel 12, 13 und 18 bis 22), die steuerlichen Vorschriften (Artikel 90 bis 93), die Zusammenarbeit im Zollwesen (Artikel 135) oder die wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern (Artikel 181a). Die Gruppe hat Vorschläge gemacht, wie diese Bestimmungen in Teil II untergebracht werden könnten.

2. Streichung überholter Bestimmungen

Die Gruppe empfiehlt (auf S. 178) die Streichung einiger überholter Bestimmungen des EG-Vertrags, in denen auf Daten oder Ereignisse verwiesen wird, die inzwischen überholt sind (Artikel 14 und Artikel 93 EGV, in denen der 31. Dezember 1992 als Datum für die Vollendung des Binnenmarktes genannt wird, sowie Artikel 37 Absatz 1 EGV, in dem auf eine Konferenz Bezug genommen wird, die 1958 in Stresa stattgefunden hat und deren Ergebnisse nunmehr zum Besitzstand der Gemeinschaft zählen).

3. Umstellung einzelner Artikel

Die Gruppe schlägt (auf S. 182/3) vor, einige wenige Artikel umzustellen:

- a) Artikel 4 EGV könnte an den Anfang des Titels "*Die Wirtschafts- und Währungspolitik*" gestellt werden.
- b) Die Artikel 14 und 15 EGV sollten an den Anfang eines neuen Titels bzw. Kapitels zum Binnenmarkt gestellt werden, in den bzw. das ferner die Artikel 94 bis 97 EGV aufgenommen werden könnten.
- c) Titel II "*Die Landwirtschaft*" des EG-Vertrags könnte durch die Worte "*und die Fischerei*" ergänzt werden, damit der Anwendungsbereich des Artikels 32 Absatz 1 EGV auch in der Überschrift zum Ausdruck kommt; gleichzeitig sollte der Text dieses Artikels entsprechend angepasst werden.

4. Jährliche Sitzungsperioden des Europäischen Parlaments

Die Gruppe empfiehlt (auf S. 187), statt der Formulierung in Artikel 196 Absatz 2 EGV, wo es heißt: "*Le Parlement européen peut se réunir en session extraordinaire ...*" ("Das Europäische Parlament kann... zu einer außerordentlichen Sitzungsperiode zusammentreten."), die bei den Bürgern leicht zu Verwechslungen führen könnte, entsprechend der in der Geschäftsordnung des Parlaments seit 1958 enthaltenen Formulierung ("*periode de session*") folgenden Wortlaut vorzusehen: "*Le Parlement européen peut se réunir en période de session extraordinaire...*" [Änderung betrifft nicht die deutsche Fassung].

Zusatzmandat vom 29. April 2003

EUROPÄISCHER KONVENT
DER GENERALSEKRETÄR

Brüssel, den 29. April 2003

**Zweites Zusatzmandat für die Gruppe
der von den Juristischen Diensten der drei Organe
benannten Experten**

Rechtsakte und Verfahren

1. Das Präsidium hat in seiner Sitzung vom 2. April 2003 die von der Expertengruppe in ihrem Bericht vom 13. März 2003 unterbreiteten Vorschläge geprüft. Im Anschluss an diese Prüfung wurde vereinbart, der Gruppe ein Zusatzmandat zur Umsetzung einiger der vom Präsidium gebilligten Vorschläge zu erteilen. In diesem Mandat war angegeben, dass das weitere Vorgehen in Bezug auf die - vom Vorsitz noch nicht geprüften - Vorschläge unter den Nummern 29, 30, 31 und 32 gegebenenfalls Gegenstand eines neuen Zusatzmandats des Präsidiums sein würde.
2. Das Präsidium hat in seiner Sitzung vom 10. April 2003 die Fragen geprüft, die die Nummern 29 (Bezeichnung der Gesetzgebungsakte) und 30, 31 und 32 (Unterscheidung zwischen Gesetzgebungsakten und Rechtsakten des Rates ohne Gesetzgebungscharakter) betreffen.
3. In dieser Sitzung hat das Präsidium beschlossen, zwischen Gesetzgebungsakten (Artikel 25) und Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter, die unmittelbar auf der Grundlage der Verfassung angenommen werden (Artikel 26), und bei der erstgenannten Kategorie zwischen den Rechtsgrundlagen, auf die künftig das normale Gesetzgebungsverfahren anzuwenden wäre, und den Rechtsgrundlagen, die vom Parlament oder vom Rat unter Beteiligung des jeweils anderen Teils der Rechtsetzungsbehörde anzunehmen wären, zu unterscheiden. Die Listen in der **Anlage** spiegeln die Schlussfolgerungen des Präsidiums wider.
4. Für Gesetzgebungsakte bedeutet das im Entwurf des Artikels 25 beschriebene System, dass diese stets vom Gesetzgeber erlassen werden. In der Regel werden sie von den beiden Teilen des Gesetzgebungsorgans gemeinsam und gleichberechtigt nach dem normalen Gesetzgebungsverfahren gemäß dem Entwurf des Artikels 25 erlassen. In einigen Sonderfällen werden sie jedoch nach besonderen Gesetzgebungsverfahren vom Parlament unter einer gewissen Beteiligung des Rates oder vom Rat (in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber, d.h. nach den Regeln der Transparenz und der Subsidiarität) unter einer gewissen Beteiligung des Parlaments erlassen.

5. Im Lichte der Änderungsvorschläge und der Aussprache im Plenum sowie des Berichts der Expertengruppe vom 13. März 2003 ist das Präsidium zu der Schlussfolgerung gelangt, dass die Bezeichnung "Gesetzgebungsverfahren" für das Verfahren, das die allgemeine Regel darstellt, missverständlich sein könnte, da sie das ausschlaggebende Kriterium und nicht die Folge des "Gesetzgebungscharakters" des Rechtsakts sein dürfte. Das Präsidium hat beschlossen, dessen Tragweite als allgemeines Gesetzgebungsverfahren zu präzisieren und es als "normales Gesetzgebungsverfahren" zu bezeichnen um den Gesetzgebungscharakter der Rechtsakte nicht auszuschließen, die in begrenzter Anzahl (sofern der Konvent dies beschließt) vom Parlament oder vom Rat erlassen würden, wobei der jeweils andere Teil der Rechtsetzungsbehörde aufgrund der - jedoch besonderen - Gesetzgebungsverfahren in unterschiedlichem Maße beteiligt wäre.
6. Die Rechtsgrundlagen, die Gegenstand von Artikelentwürfen und der laufenden Aussprachen im Konvent und in den Arbeitskreisen sind, wurden im vorliegenden Dokument nicht berücksichtigt. Die Frage, ob die Rechtsgrundlagen Gesetzgebungscharakter haben oder nicht, und folglich das für sie geltende Verfahren sind im Rahmen der Beratungen und der besonderen Arbeiten über die einzelnen Themen zu regeln. Dies betrifft die Bestimmungen über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, die Bestimmungen über den Gerichtshof und das Gericht erster Instanz, die Schlussbestimmungen und die Bestimmungen über das außenpolitische Handeln, die Finanzen, die Organe, die Zugehörigkeit zur Union und das demokratische Leben. Die Beschlussfassungsverfahren der Wirtschafts- und Währungsunion müssen gesondert einer Gesamtprüfung unterzogen werden, um deren Kohärenz zu gewährleisten.
7. Abschnitt I der Anlage umfasst die Rechtsgrundlagen, für die bereits heute das normale Gesetzgebungsverfahren gilt und deren Gesetzgebungscharakter daher nicht zur Diskussion steht. Dieser Abschnitt umfasst auch die Rechtsgrundlagen, auf die die Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe IX "Vereinfachung" direkt abstellen.
8. Abschnitt II enthält die Rechtsgrundlagen, auf die das normale Gesetzgebungsverfahren ausgeweitet werden könnte. Nach Ansicht des Präsidiums handelt es sich angesichts der von der Arbeitsgruppe "Vereinfachung" ermittelten Kriterien um Rechtsakte mit Gesetzgebungscharakter.
9. Abschnitt III umfasst die Rechtsgrundlagen für Rechtsakte, die zwar Gesetzgebungscharakter haben, jedoch vom Parlament oder vom Rat erlassen werden, wobei der jeweils andere Teil der Rechtsetzungsbehörde im unterschiedlichen Maße beteiligt ist.
10. Abschnitt IV enthält die Liste der Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter. Es handelt sich um Rechtsgrundlagen, die den von der Arbeitsgruppe IX festgelegten Kriterien entsprechen.
11. Die Expertengruppe wird ersucht, den Beschlüssen des Präsidiums in Bezug auf folgende Aspekte nachzukommen:
 - a) Die Expertengruppe wird ersucht, für jede Rechtsgrundlage des Teils III der Verfassung die heranzuziehenden Instrumente anzugeben. Es handelt sich um das Gesetz und das Rahmengesetz für die Rechtsgrundlagen in den vorgenannten Abschnitten I, II und III. Das Gesetz tritt an die Stelle der Verordnung und das Rahmengesetz an die Stelle der Richtlinie. Was Abschnitt IV anbelangt, so ersetzt die Verordnung die Verordnung und die Richtlinie; der Beschluss bleibt Beschluss.
 - b) Wenn im derzeitigen Vertrag kein konkretes Instrument angegeben wird, sondern lediglich auf "Maßnahmen" Bezug genommen wird, so ist die Wahl zwischen "Gesetz oder Rahmengesetz" bei den Rechtsgrundlagen in den Abschnitten I, II und III und zwischen "Verordnung und Beschluss" bei den Rechtsgrundlagen des Abschnitts IV zu lassen.

- c) Der Begriff "Maßnahmen", den die Expertengruppe jedes Mal gebraucht, wenn das Instrument nicht im Vertrag angegeben ist, umfasst auch Empfehlungen. Sie werden durch eine horizontale Bestimmung in Titel V der Verfassung (in ihrer neuen Fassung) abgedeckt, die Folgendes festlegt: "Ist in der Verfassung der Erlass rechtsverbindlicher Akte vorgesehen, so können die Organe auch Empfehlungen annehmen."
- d) Im Entwurf des Artikels 25 sind die Komponenten des normalen Gesetzgebungsverfahrens angegeben: gemeinsamer Beschluss des Parlaments und des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschließt und auf den Artikel (ex 251) verweist. Folglich wäre es nicht erforderlich, all diese Komponenten bei jeder Rechtsgrundlage zu erwähnen, wenn das normale Gesetzgebungsverfahren Anwendung findet. Die Expertengruppe wird ersucht, zu prüfen, ob die Abfassung der Rechtsgrundlagen vereinfacht werden kann, die den Erlass von Gesetzgebungsakten nach dem normalen Gesetzgebungsverfahren vorsehen, indem die Einzelheiten des Verfahrens durch eine bloße Erwähnung des Gesetzes oder Rahmengesetzes ersetzt werden.
- e) Die Listen der Rechtsgrundlagen implizieren auch bestimmte Verfahrensänderungen. Die Expertengruppe wird gebeten, auch diesen Änderungen Rechnung zu tragen.

Arbeitsunterlage vom 16. April 2003: Initiativrecht der Kommission

- 12. Die Expertengruppe hat dem Präsidium eine Arbeitsunterlage vorgelegt, mit dem allen Punkten des Zusatzmandats vom 2. April 2003 Rechnung getragen wird, mit Ausnahme des Buchstabens c Ziffer iii über die Aufnahme einer allgemeinen Regel, die Folgendes vorsieht: "Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, können Rechtsakte der Union nur auf Vorschlag der Kommission erlassen werden."
- 13. Das Präsidium hat dem Konvent inzwischen einen Entwurf für einen Titel IV über die Organe unterbreitet. In diesem Entwurf ist folgende Regel festgelegt: "Soweit in der Verfassung nichts Anderes bestimmt ist, kann ein Rechtsakt der Union nur auf Vorschlag der Kommission angenommen werden" ¹.
- 14. Angesichts dieser allgemeinen Bestimmung einerseits und der von den Rechtsexperten vorgebrachten Argumente andererseits wird die Gruppe ersucht,
 - bei allen Rechtsgrundlagen, die keinen Gesetzgebungsakt vorsehen, den Passus "auf Vorschlag der Kommission" beizubehalten
 - bei den Rechtsgrundlagen, die Gesetzgebungsakte vorsehen, alle Verfahrenshinweise zu streichen und sich auf den Hinweis Gesetz und Rahmengesetz zu beschränken.

¹ Entwurf des Artikels 18 Absatz 2 (CONV 691/03)

Laufzeit des zweiten Zusatzmandats

15. Angesichts der Intensivierung der Beratungen des Konvents wird die Expertengruppe ersucht, diesem zweiten Zusatzmandat zu entsprechen und dem Präsidium über das Konventssekretariat ihre Schlussfolgerungen am 8. Mai 2003 vorzulegen.

I. GESETZGEBUNGSAKTE - NORMALES GESETZGEBUNGSVERFAHREN

- Regeln für das Verbot jeglicher Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit. Artikel 12
- Fördermaßnahmen im Hinblick auf Nicht-Diskriminierung. Artikel 13 Absatz 2
- Bestimmungen, durch die die Ausübung des Rechts jedes Unionsbürgers, sich im Gebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und dort seinen Aufenthalt frei zu nehmen, erleichtert werden soll. Artikel 18 Absatz 2
- Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Artikel 40
- Niederlassungsrecht. Artikel 44
- Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die eine Sonderregelung für die Angehörigen anderer Mitgliedstaaten hinsichtlich der Ausübung des Niederlassungsrechts vorsehen. Artikel 46 Absatz 2
- Niederlassungsrecht für Selbstständige. Artikel 47, Ende des Absatzes 2
- Dienstleistungen. Artikel 55
- Gemeinsame Regeln für den internationalen Verkehr aus oder nach dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats oder für den Durchgangsverkehr durch das Hoheitsgebiet eines oder mehrerer Mitgliedstaaten; Bedingungen für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Verkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem sie nicht ansässig sind; Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. Artikel 71 Absatz 1
- Anwendung der in Artikel 71 Absatz 1 vorgesehenen Verfahrensvorschriften auf die Seeschifffahrt und die Luftfahrt. Artikel 80 Absatz 2
- Harmonisierungsmaßnahmen für den Binnenmarkt. Artikel 95 Absatz 1
- Beschäftigungsfördernde Maßnahmen. Artikel 129
- Zusammenarbeit im Zollwesen. Artikel 135
- Sozialpolitik: Artikel 137 Absatz 1 Buchstaben a, b, e, h, i, j und k und Absatz 2 Unterabsatz 2 (***Derzeit gilt für den hier genannten Teil des Artikels bereits das Gesetzgebungsverfahren; auch auf den übrigen Teil kann das Gesetzgebungsverfahren nach einem einstimmig gefassten Beschluss des Rates Anwendung finden***)
- Sozialpolitik (Chancengleichheit, Gleichbehandlung und Gleichheit des Arbeitsentgelts). Artikel 141
- Durchführung der den Europäischen Sozialfond betreffenden Beschlüsse. Artikel 148
- Bildungswesen. Artikel 149 Absatz 4 (mit Ausnahme der Empfehlungen)
- Berufliche Bildung (Maßnahmen, die zur Verwirklichung der Ziele des Artikels 150 beitragen). Artikel 150 Absatz 4
- Gesundheit der Bevölkerung (Mindestanforderungen für die Qualität und Sicherheit von Organen, Maßnahmen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz, die unmittelbar den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zum Ziel haben). Artikel 152 Absatz 4
- Verbraucherschutz. Artikel 153 Absatz 4
- Transeuropäische Netze, Leitlinien. Artikel 156 Absatz 1
- Sonstige, die transeuropäischen Netze betreffende Maßnahmen. Artikel 156
- Industrie. Artikel 157 Absatz 3
- Maßnahmen im Bereich des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Artikel 159
- Den EFRE betreffende Durchführungsbeschlüsse. Artikel 162
- Forschungsrahmenprogramm. Artikel 166
- Annahme der in den Artikeln 167, 168 und 169 vorgesehenen Maßnahmen - Forschung. Artikel 172
- Umwelt (Gemeinsame Maßnahmen zur Erreichung der in Artikel 174 genannten Ziele). Artikel 175 Absatz 1

- Aktionsprogramm in anderen Umweltbereichen. Artikel 175 Absatz 3
- Entwicklungszusammenarbeit. Artikel 179
- Status und Finanzierungsvorschriften für die politischen Parteien auf europäischer Ebene. Artikel 191
- Allgemeine Transparenzgrundsätze. Artikel 255 Absatz 2
- Bekämpfung von Betrügereien, die sich gegen die finanziellen Interessen der Gemeinschaft richten. Artikel 280 Absatz 4
- Statistiken. Artikel 285 Absatz 1
- Errichtung einer unabhängigen Kontrollinstanz für den Datenschutz. Artikel 286 Absatz 2.

Rechtsgrundlagen, die unmittelbar in den Schlussfolgerungen der Gruppe "Vereinfachung" genannt werden und für die das normale Gesetzgebungsverfahren gelten müsste

- Binnenmarkt (Maßnahmen der sozialen Sicherheit für Wanderarbeitnehmer der Gemeinschaft. Artikel 42 *(Derzeit beschließt der Rat einstimmig)*¹
- Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten. Koordinierung der gesetzlichen Grundsätze der Berufsordnung hinsichtlich der Ausbildung und der Bedingungen für den Zugang natürlicher Personen zum Beruf. Artikel 47 *(Derzeit beschließt der Rat einstimmig)*
- Kultur. Artikel 151 (mit Ausnahme der Empfehlungen). *(Derzeit beschließt der Rat einstimmig)*
- Strukturfonds und Kohäsionsfonds (ab 2007). Artikel 161 *(Derzeit: qualifizierte Mehrheit ab 2007 und Zustimmung)*

¹ Das Präsidium schlägt die Änderung des Verfahrens vor, also anstelle der Einstimmigkeit die qualifizierte Mehrheit, da dieser Artikel seiner Überzeugung nach keine Maßnahmen zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten voraussetzt.

II. BESTIMMUNGEN, DIE GEGENSTAND DES NORMALEN GESETZGEBUNGSVERFAHRENS SEIN KÖNNTEN

Derzeitiges Verfahren: Qualifizierte Mehrheit im Rat und Stellungnahme des Parlaments

- Gesetzgebung im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik. Artikel 37 Absatz 2²
- Liberalisierung der Dienstleistungen. Artikel 52 Absatz 1
- Vorschriften betreffend die Grundsätze der Verkehrsordnung, deren Anwendung die Lebenshaltung und die Beschäftigungslage beeinträchtigen könnte. Artikel 71 Absatz 2
- Sozialpolitik: Artikel 137 Absatz 1 Buchstaben d, f und g und Absatz 2 Unterabsatz 2 (*Nach dem derzeit geltenden Vertrag können die hier angeführten Aspekte nach einem einstimmig gefassten Beschluss des Rates dem Mitentscheidungsverfahren unterliegen*)
- Modalitäten zur Kontrolle der Durchführungsbefugnisse. Artikel 202 (**Entwurf eines Artikels 28**)
- Annahme der Haushaltsverordnungen (ab 2007). Artikel 279 Absatz 1
- Annahme des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaft und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft. Artikel 283

Derzeitiges Verfahren: Qualifizierte Mehrheit im Rat

- Ausnahme bestimmter Tätigkeiten in einem Mitgliedstaat aus dem Anwendungsbereich der Vorschriften über das Niederlassungsrecht. Artikel 45 Absatz 2
- Ausdehnung der Vorschriften über die Erbringung von Dienstleistungen auf Drittstaatsangehörige, die in der Gemeinschaft ansässig sind. Artikel 49 Absatz 2
- Annahme sonstiger Maßnahmen betreffend den Kapitalverkehr mit dritten Ländern. Artikel 57 Absatz 2 erster Teil
- Annahme von Richtlinien zur Beseitigung von Verzerrungen innerhalb des gemeinsamen Marktes. Artikel 96 Absatz 2.

Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat und Stellungnahme des Parlaments

- Änderung bestimmter Artikel des Protokolls über die Satzung der EIB. Artikel 266

² Zu einem späteren Zeitpunkt muss festgelegt werden, welche Aspekte der Agrarpolitik als die Gesetzgebung betreffende Aspekte und welche Aspekte als nicht die Gesetzgebung betreffende Aspekte gelten sollen.

III. GESETZGEBUNGSAKTE, DIE GEMÄSS EINEM BESONDEREN GESETZGEBUNGSVERFAHREN ANGENOMMEN WERDEN

Vom europäischen Parlament angenommene Akte

- Statut des Bürgerbeauftragten. Artikel 195 Absatz 4 (*Derzeitiges Verfahren: Annahme durch das Parlament nach Billigung des Rates und Stellungnahme der Kommission*)
- Statut der Mitglieder des Parlaments. Artikel 190 Absatz 5 (*Derzeitiges Verfahren: Annahme durch das Parlament nach Billigung des Rates und Stellungnahme der Kommission*)
- Modalitäten der Ausübung des Untersuchungsrechts. Artikel 193 (*Derzeitiges Verfahren: gegenseitiges Einvernehmen des Parlaments, des Rates und der Kommission. Das Präsidium schlägt vor: Annahme durch das Parlament nach Billigung des Rates und Stellungnahme der Kommission*)

Akte, die der einzelstaatlichen Ratifizierung bedürfen

- Ausweitung der mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte. Artikel 22 (*Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat und Stellungnahme des Parlaments. Das Präsidium schlägt vor, die Stellungnahme durch die Zustimmung des Parlaments zu ersetzen*)
- Einheitliches Wahlverfahren. Artikel 190 Absatz 4 (*Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat auf Vorschlag und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments*)

Akte mit verfassungsrechtlichen Auswirkungen in den Mitgliedstaaten

Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung. Artikel 13 Absatz 1 ³ (*Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat mit Anhörung des Parlaments*)

Staatsbürgerschaft: aktives und passives Wahlrecht. Artikel 19 ³ (*Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat mit Anhörung des Parlaments*)

Politisch besonders heikle Akte ⁴. Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat mit Anhörung des Parlaments

- Annahme von Maßnahmen für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern, die für den durch das Gemeinschaftsrecht vorgesehenen Liberalisierungsprozess einen Rückschritt darstellen. Artikel 57 Absatz 2 in fine ⁵. (*Das derzeitige Verfahren sieht keine Anhörung des Parlaments vor*)
- Harmonisierung der Rechtsvorschriften: Artikel 94 ⁵

³ Diese beiden Rechtsgrundlagen haben unmittelbare Auswirkungen auf verfassungsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten, auch wenn sie nicht die Ratifikation durch die Mitgliedstaaten erfordern.

⁴ Als die Gruppe IX "Vereinfachung" sich damit befasste, dass das Gesetzgebungsverfahren zur allgemeinen Regel werden soll, wies sie darauf hin, dass Ausnahmen von dieser Regel den Bereichen vorbehalten bleiben sollten, in denen aufgrund der besonderen Beschaffenheit der Union ein autonomes Beschlussfassungsverfahren erforderlich sei, oder aber den für die Mitgliedstaaten besonders heiklen politischen Fragen.

⁵ Diese drei Bestimmungen stellen Ausnahmen von ihren jeweiligen allgemeinen Regeln dar, die das Gesetzgebungsverfahren vorsehen: Artikel 57 Absatz 2 in fine ist die Ausnahme von der allgemeinen Regel des Artikel 57 Absatz 2 erster Teil, Artikel 94 ist die Ausnahme im Verhältnis zu Artikel 95, wenn das Präsidium dem Vorschlag der Expertengruppe folgt; Artikel 175 Absatz 2 ist die Ausnahme im Verhältnis zu Artikel 175 Absatz 1.

- Sozialpolitik: Soziale Sicherheit und soziale Sicherung der Arbeitnehmer. Artikel 137 Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 2 Unterabsatz
- Steuerliche Bestimmungen, Maßnahmen im Bereich der Raumordnung und der Bodennutzung, welche die Energieversorgung und die Diversifizierung der Energieträger berühren. Artikel 175 Absatz 2.⁵

IV. RECHTSAKTE OHNE GESETZGEBUNGSCHARAKTER

Derzeitiges Verfahren: Qualifizierte Mehrheit im Rat und Stellungnahme des Parlaments

- Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter im Bereich der Agrarpolitik. Artikel 37 Absatz 2⁶
- Rechtsakte im Bereich Wettbewerb. Artikel 83
- Rechtsakte im Bereich staatliche Beihilfen. Artikel 89
- Festlegung - anhand der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates - von Leitlinien, welche die Mitgliedstaaten in ihrer Beschäftigungspolitik berücksichtigen. Artikel 128 Absatz 2
- Spezifische Programme im Bereich Forschung. Artikel 166 Absatz 4
- Forschung, Gründung gemeinsamer Unternehmen. Artikel 172 Absatz 1
- Ernennung der Mitglieder des Rechnungshofs. Artikel 247 Absatz 3

Derzeitiges Verfahren: Qualifizierte Mehrheit im Rat.

- Leitlinien, die erforderlich sind, um in allen vom Binnenmarkt betroffenen Sektoren einen ausgewogenen Fortschritt zu gewährleisten. Artikel 14 Absatz 3
- Festlegung der Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs. Artikel 26
- Beseitigung der Diskriminierungen im Verkehrsbereich. Artikel 75 Absatz 3
- Entlastungen und Rückvergütungen bei der Ausfuhr und Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr zwischen Mitgliedstaaten. Artikel 92
- Empfehlungen im Bereich Beschäftigung. Artikel 128 Absatz 4
- Durchführung der sonstigen Vereinbarungen zwischen Sozialpartnern. Artikel 139 Absatz 2
- Empfehlungen im Bereich Bildung. Artikel 149 Absatz 4 zweiter Gedankenstrich
- Empfehlungen im Bereich Kultur. Artikel 151 Absatz 5 zweiter Gedankenstrich
(Derzeit: Einstimmigkeit im Rat. Das Präsidium schlägt vor, zur qualifizierten Mehrheit überzugehen, damit die Kohärenz mit den Vorschlägen zur Gesetzgebung in Teil I gewahrt werden kann)
- Empfehlungen im Bereich Gesundheitswesen. Artikel 152 Absatz 4 am Ende
- Festsetzung der Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter für die Mitglieder der Kommission und des Gerichtshofs. Artikel 210
- Entscheidung, für ein durch Rücktritt oder Amtsenthebung ausscheidendes Mitglied der Kommission keinen Nachfolger zu ernennen. Artikel 215 Absatz 2
- Festsetzung der Beschäftigungsbedingungen, der Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter der Mitglieder des Rechnungshofs. Artikel 247 Absatz 8
- Ernennung der Mitglieder des WSA und Festsetzung ihrer Vergütungen. Artikel 259
- Festsetzung der Vergütungen der Mitglieder des des WSA. Artikel 258 letzter Absatz
- Ernennung der Mitglieder des AdR und ihrer Stellvertreter. Artikel 263 Absatz 3.

⁶ Siehe Fußnoten auf den Seiten 2 bis 7.

Derzeitiges Verfahren: Einstimmigkeit im Rat

- Entscheidungen, dass eine von einem Staat gewährte Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt wettbewerbsrechtlich nicht vereinbar ist. Artikel 88 Absatz 2
- Durchführung der zwischen den Sozialpartnern geschlossenen Vereinbarungen in den durch Artikel 137 Absatz 3 erfassten Bereichen. Artikel 139 Absatz 2
- Festlegung der Sprachenregelung für die Organe der Gemeinschaft. Artikel 290.
- Änderungen der Liste der Waren, auf welche die Bestimmungen, die die Erzeugung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder den Handel damit betreffen, Anwendung finden. Absatz 296 Absatz 2.

Derzeitiges Verfahren: Einfache Mehrheit im Rat

- Beschäftigungsausschuss. Artikel 130
 - Ausschuss für Sozialschutz. Artikel 144
 - Rechtliche Stellung der im Vertrag vorgesehenen Ausschüsse. Artikel 209.
-

• BAND I

VORENTWURF DES VERFASSUNGSVERTRAGS

Zweiter Teil

Die Politikbereiche und die Durchführung der Maßnahmen der Union

* * *

*Text der Bestimmungen des EG- und des EU-Vertrags
entsprechend der Struktur des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags vom 28. Oktober 2002
(CONV 369/02)*

INHALTSÜBERSICHT

ZWEITER TEIL:

DIE POLITIKBEREICHE UND DIE DURCHFÜHRUNG DER MASSNAHMEN DER UNION

	Seite
<u>[GEMEINSAME BESTIMMUNGEN]</u> <i>(neue Überschrift)</i>	36
<u>[VERBOT VON DISKRIMINIERUNGEN UND UNIONSBÜRGERSCHAFT]</u> <i>(neue Überschrift)</i>	37
A. INTERNE POLITIKBEREICHE UND MASSNAHMEN	42
A1. BINNENMARKT	42
I. Freizügigkeit und freier Dienstleistungsverkehr	43
1. Arbeitnehmer	43
2. Das Niederlassungsrecht	45
3. Freier Dienstleistungsverkehr	48
4. Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken in Verbindung mit dem freien Personenverkehr <i>(in A4 "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" aufgenommen)</i>	
II. Freier Warenverkehr	51
1. Die Zollunion	51
<u>[1a. Zusammenarbeit im Zollwesen]</u> <i>(neue Überschrift)</i>	52
2. Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen	52
III. Der Kapital- und Zahlungsverkehr	53
<u>[III a. Steuerliche Vorschriften]</u> <i>(neue Überschrift)</i>	55
IV. Angleichung der Rechtsvorschriften	56

A2. WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK <i>(nicht wiedergegeben)</i>	59
A3. DIE POLITIK IN ANDEREN EINZELBEREICHEN	59
I. Wettbewerbsregeln	59
II. Sozialvorschriften	65
III. Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt	71
IV. Landwirtschaft und Fischerei	73
V. Umwelt	77
VI. Verbraucherschutz	80
VII. Verkehr	80
VIII. Transeuropäische Netze	84
IX. Forschung und technologische Entwicklung	86
A4. INNERE SICHERHEIT <u>RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS</u> <i>(nicht wiedergegeben)</i>	90
A.5. BEREICHE, IN DENEN DIE UNION BESCHLIESSEN KANN, EINE UNTERSTÜTZENDE MASSNAHME DURCHZUFÜHREN	91
I. Beschäftigung	91
II. Gesundheitswesen	93
III. Industrie	95
IV. Kultur	96
V. Allgemeine Bildung, berufliche Bildung, Jugend	97

AA. DIE ASSOZIIERUNG DER ÜBERSEEISCHEN LÄNDER UND HOHEITSGEBIETE	99
B. EXTERNE POLITIKBEREICHE <i>(nicht wiedergegeben)</i>	102
C. VERTEIDIGUNG <i>(nicht wiedergegeben)</i>	102
D. ARBEITSWEISE DER UNION <i>(nicht wiedergegeben)</i>	102

o
o o

ZWEITER TEIL:
DIE POLITIKBEREICHE UND DIE DURCHFÜHRUNG
DER MASSNAHMEN DER UNION

[GEMEINSAME BESTIMMUNGEN] ¹

Klausel 1 (ex-Artikel 3)

(1) [...] ²

(2) Bei allen in diesem ~~Artikel~~ **Teil** genannten Tätigkeiten wirkt die ~~Gemeinschaft~~ **Union** darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern. ³

Klausel 2 (ex-Artikel 6) ⁴

Die Erfordernisse des Umweltschutzes müssen bei der Festlegung und Durchführung der in ~~Artikel 3~~ **diesem Teil** genannten ~~Gemeinschafts~~**Unions**politiken und -maßnahmen insbesondere zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden.

¹ Da im Vorentwurf des Verfassungsvertrags vom 28. Oktober 2002 (CONV 369/02) die Platzierung einiger Bestimmungen nicht präzisiert worden ist, wurden diese in Erwartung genauerer Vorgaben des Konvents an verschiedenen Stellen des Texts unter einer vorläufigen Überschrift eingefügt. Ferner sind generell die Überschriften der (vorgeschlagenen oder bestehenden) Zwischentitel und -abschnitte in eckige Klammern gesetzt, bis eine verfeinerte Struktur vorliegt.

² Dieser Absatz ist im Addendum zu diesem Dokument enthalten.

³ Dieser auf alle Politikbereiche horizontal anwendbare Absatz könnte mit Artikel 6 (Umwelt) und sogar mit den anderen Bestimmungen dieser Art, die in den verschiedenen Kapiteln verstreut sind, in einem einzigen Artikel z.B. unter der Überschrift "gemeinsame Bestimmungen" zusammengefasst werden. Es ist außerdem festzustellen, dass durch die Formulierung "dieser Teil" - soweit darunter Bereiche fallen, die derzeit zur zweiten und zur dritten Säule zählen - der Geltungsbereich dieses "horizontalen" Absatzes (bzw. dieser "horizontalen" Absätze) ausgeweitet würde.

⁴ Dieser auf alle Politikbereiche horizontal anwendbare Artikel könnte mit anderen Artikeln dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2). Die Bemerkung in der genannten Fußnote zu der Formulierung "dieser Teil" gilt auch hier.

Klausel 3 (ex-Artikel 16)

Unbeschadet der [Artikel 73, 86 und 87] und in Anbetracht des Stellenwerts, den Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ~~innerhalb der gemeinsamen Werte der Union als Dienste, denen alle in der Union Bedeutung beimessen,~~⁵ einnehmen, sowie ihrer Bedeutung bei der Förderung ~~des ihres~~ sozialen und territorialen Zusammenhalts tragen die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse im Anwendungsbereich ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** dafür Sorge, dass die Grundsätze und Bedingungen für das Funktionieren dieser Dienste so gestaltet sind, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können.

Klausel 4 (ex-Artikel 295)

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 nicht wiedergegebener Text

Klausel 5 (ex-Artikel 296)⁶

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 nicht wiedergegebener Text

[VERBOT VON DISKRIMINIERUNGEN UND UNIONSBÜRGERSCHAFT]⁷

Klausel 6 (ex-Artikel 12)

~~Unbeschadet besonderer Bestimmungen dieses Vertrags ist in seinem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten.~~

~~Der Rat kann nach dem Verfahren des Artikels 251 Regelungen~~ Das Verbot solcher von Diskriminierungen ~~treffen~~ **aufgrund der Staatsangehörigkeit im Einklang mit [Artikel (...)]**⁸ **wird durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze geregelt.**

⁵ Formulierung gemäß dem Zusatzmandat vom 2. April 2003.

⁶ Der Konvent könnte diesen Artikel im Rahmen der Fragen bezüglich der gemeinsamen Verteidigung prüfen.

⁷ Vorschlag für eine neue Überschrift, die in der Struktur des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags vom 28. Oktober 2002 (CONV 369/02) nicht enthalten war.

⁸ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über das "Verbot von Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit" in Teil I (Artikel 6 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

Klausel 7 (ex-Artikel 13)

(1) Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** kann der ~~Rat und~~ im Rahmen der durch ~~den Vertrag~~ **die Verfassung** auf die ~~Gemeinschaft~~ **Union** übertragenen Zuständigkeiten ~~auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig geeignete Vorkehrungen treffen, um können die für die Bekämpfung von~~ Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung erforderlichen Maßnahmen **durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt werden. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

(2) Abweichend von Absatz 1 ~~beschließt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251, wenn er gemeinschaftliche~~ **werden die** Fördermaßnahmen **der Union, zur Unterstützung der mit denen die** Maßnahmen ~~annimmt~~ **unterstützt werden**, die die Mitgliedstaaten treffen, um zur Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Ziele beizutragen, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, **durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt.**

Klausel 8 (ex-Artikel 18)

(1) ~~Jeder Unionsbürger hat das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in diesem Vertrag und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und aufzuhalten.~~⁹

(2) Erscheint zur Erreichung ~~dieses~~ **des in [Artikel (...)]¹⁰ genannten Ziels des Rechts jedes Unionsbürgers, sich frei zu bewegen und seinen Aufenthalt frei zu nehmen**, ein Tätigwerden der ~~Gemeinschaft~~ **Union** erforderlich und sieht ~~dieser Vertrag die Verfassung~~ hierfür keine Befugnisse vor, so ~~kann der Rat Vorschriften erlassen kann~~ die Ausübung der ~~Rechte nach Absatz 1 dieses Rechts~~ **durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze erleichtert werden. Er beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251.**

(3) [Absatz 2] gilt nicht für ~~Vorschriften~~ **Maßnahmen** betreffend Pässe, Personalausweise, Aufenthaltstitel oder diesen gleichgestellte Dokumente und auch nicht für Vorschriften betreffend die soziale Sicherheit oder den sozialen Schutz.¹¹

⁹ Artikel 18 Absatz 1 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 erster Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt.

¹⁰ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

¹¹ Es sollte geklärt werden, ob dieser Absatz darauf abzielt, in den aufgeführten Bereichen jegliche Zuständigkeit nach Maßgabe dieses Artikels auszuschließen, oder ob es darum ging, das Mitentscheidungsverfahren oder lediglich die Beschlussfassung des Rates mit qualifizierter Mehrheit auszuschließen. Im zweiten Falle müsste der Konvent prüfen, ob für die Maßnahmen nach Absatz 3 eine spezifische Rechtsgrundlage eingeführt werden sollte.

(1) ~~——— Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats. ¹³ Dieses Recht wird vorbehaltlich der Einzelheiten ausgeübt, die vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments festgelegt werden; in diesen Einzelheiten können Ausnahmeregelungen vorgesehen werden, wenn dies aufgrund besonderer Probleme eines Mitgliedstaats gerechtfertigt ist.~~

(2) ~~——— Unbeschadet des [Artikels 190 Absatz 4] und der Bestimmungen zu dessen Durchführung besitzt jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats. Dieses Recht wird vorbehaltlich der Einzelheiten ausgeübt, die vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments festgelegt werden; Die Einzelheiten der Ausübung des in [Artikel (...)] ¹⁴ genannten aktiven und passiven Wahlrechts jedes Unionsbürgers bei den Kommunalwahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in dem Mitgliedstaat, in dem dieser seinen Wohnsitz hat, werden in einem europäischen Gesetz oder Rahmengesetz festgelegt. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments. In diesen Einzelheiten können Ausnahmeregelungen vorgesehen werden, wenn dies aufgrund besonderer Probleme eines Mitgliedstaats gerechtfertigt ist.~~

Das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wird unbeschadet des [Artikels 190 Absatz 4] und der Maßnahmen zu dessen Durchführung ausgeübt.

¹² Mit diesem Text werden die Absätze 1 und 2 unter Beibehaltung einer Bezugnahme auf Artikel 190 Absatz 4 betreffend das einheitliche Wahlverfahren für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, das durch Teil I abgedeckt wird, zusammengefasst. Diese Bestimmung betrifft das aktive/passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, keineswegs aber das Verfahren für die Annahme der Bestimmungen über die Ausübung dieses Rechts (das hier vorgesehen ist). Im Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03), in dem dieses Recht enthalten ist, wird nicht mehr auf Artikel 190 Bezug genommen. Wie hier vorgeschlagen, sollte also die Bezugnahme auf Artikel 190 in einem gesonderten Satz enthalten sein, in dem angegeben wird, dass sie nur für das aktive und passive Wahlrecht gilt.

¹³ Der erste Satz der Absätze 1 und 2 von Artikel 19 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt.

¹⁴ Hier ist auf den Artikel über das "aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und bei den Kommunalwahlen" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

Klausel 10 (ex-Artikel 20) ¹⁵

~~Jeder Unionsbürger genießt im Hoheitsgebiet eines dritten Landes, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates. Die Mitgliedstaaten vereinbaren die notwendigen Regeln treffen die notwendigen Vorkehrungen und leiten die erforderlichen internationalen Verhandlungen ein, um den diplomatischen und konsularischen Schutz der Unionsbürger in Drittstaaten nach [Artikel (...)] ¹⁶ zu gewährleisten.~~

Die zur Erleichterung dieses Schutzes notwendigen Maßnahmen können durch europäische Gesetze/ein europäisches Gesetz oder durch europäische Rahmengesetze/ein europäisches Rahmengesetz festgelegt werden [;... der Konvent wird bestimmen, ob der betreffende Rechtsakt im Wege des Mitentscheidungsverfahrens oder vom Rat allein und nach welcher Abstimmungsregel angenommen werden soll ...].

Klausel 11 (ex-Artikel 21) ¹⁷

~~Jeder Unionsbürger besitzt das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament nach Artikel 194.~~

~~Jeder Unionsbürger kann sich an den nach Artikel 195 eingesetzten Bürgerbeauftragten wenden.~~

Die Sprachen, in denen sich jeder Unionsbürger schriftlich in einer der in Artikel 314 genannten Sprachen an jedes die Organe oder an jede Einrichtungen gemäß [Artikel (...)] ¹⁸ wenden und eine Antwort in derselben Sprache erhalten kann, sind in Artikel 314 aufgeführt die in dem vorliegenden Artikel oder in Artikel 7 genannt sind, und eine Antwort in derselben Sprache erhalten. Die Organe und Einrichtungen im Sinne dieses Artikels sind jene, die in [Artikel ...] genannt werden, sowie der Bürgerbeauftragte. ¹⁹

Klausel 12 (ex-Artikel 22)

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss alle drei Jahre über die Anwendung des [Artikels (...)] ²⁰ und [dieses Teiles] Bericht. In dem Bericht wird der Fortentwicklung der Union Rechnung getragen.

¹⁵ Der erste Satz von Artikel 20 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 dritter Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt. Dieser Textvorschlag wurde im Anschluss an das Zusatzmandat vom 2. April 2003 unterbreitet (Abschaffung des Instruments des Übereinkommens zwischen Mitgliedstaaten).

¹⁶ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 dritter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

¹⁷ Die ersten beiden Absätze, in denen keine Anwendungsmodalitäten festgelegt werden und nur auf die Artikel 194 und 195 Bezug genommen wird, müssen gestrichen werden, da das darin festgeschriebene Recht in dem Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 letzter Gedankenstrich in CONV 528/03) behandelt wird.

¹⁸ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 letzter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

¹⁹ Hier ist auf den Entwurf des Artikels in Teil I Bezug zu nehmen, in dem die Organe und die zwei beratenden Einrichtungen (Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen) aufgeführt werden.

²⁰ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

Auf dieser Grundlage ~~kann der Rat~~ **und** unbeschadet der anderen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~
der Verfassung zur Ergänzung der werden die in diesem Teil [Artikel (...)]²¹ vorgesehenen
Rechte **durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze des Rates ergänzt** einstimmig auf
~~Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments Bestimmungen erlas-~~
~~sen~~, die der Rat den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften
empfiehlt. **Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung Zustimmung des Europäischen**
Parlaments.²²

²¹ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

²² Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird der Ausdruck "Anhörung des Europäischen Parlaments" durch "Zustimmung des Europäischen Parlaments" ersetzt.

DRITTER TEIL

DIE POLITIKEN DER GEMEINSCHAFT UNION

A. INTERNE POLITIKBEREICHE UND MASSNAHMEN ²³

A1. BINNENMARKT

Klausel 13 (ex-Artikel 14) ²⁴

- (1) Die ~~Gemeinschaft trifft~~ **Union nimmt** die erforderlichen Maßnahmen **an**, um ~~bis zum 31. Dezember 1992~~ gemäß dem vorliegenden Artikel, den [Artikeln 15 und 26], [Artikel 47 Absatz 2] und den [Artikeln 49, 80, 93 und 95] unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** den Binnenmarkt ~~schrittweise~~ zu verwirklichen.
- (2) Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** gewährleistet ist.
- (3) Der Rat ~~legt mit qualifizierter Mehrheit~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission die **europäische Verordnungen oder Beschlüsse** ²⁵ **an, mit denen** die Leitlinien und Bedingungen festgelegt werden, die erforderlich sind, um in allen betroffenen Sektoren einen ausgewogenen Fortschritt zu gewährleisten. ²⁶

²³ Es sei darauf hingewiesen, dass in der Struktur des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags (CONV 369/02) keine besondere Platzierung für die Bestimmungen zu einigen Bereichen wie Energie, Raumfahrt, humanitäre Hilfe, Katastrophenschutz und Sport vorgesehen war, die inzwischen in die Entwürfe von Artikeln über die Zuständigkeiten der Union (CONV 528/03) Eingang gefunden haben. Der Konvent müsste demnach angeben, ob und wo er diese Bestimmungen ansiedeln möchte. Es wird vorgeschlagen, die Artikel 14 und 15 in das Kapitel "Binnenmarkt" aufzunehmen.

²⁵ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 handelt es sich hierbei um Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter. In Anbetracht des Geltungsbereiches dieses Absatzes wird empfohlen zu prüfen, ob hier nicht vielmehr Gesetzgebungsakte vorgesehen werden sollten.

²⁶ Dieser Absatz wurde anscheinend nie angewandt. Soll er gestrichen werden?

Klausel 14 (ex-Artikel 15) ²⁷

Bei der Formulierung ihrer Vorschläge zur Verwirklichung der Ziele des [Artikels 14] berücksichtigt die Kommission den Umfang der Anstrengungen, die einigen Volkswirtschaften mit unterschiedlichem Entwicklungsstand ~~im Zuge der~~ **für die** Errichtung des Binnenmarktes abverlangt werden, und kann geeignete ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen** vorschlagen.

Erhalten diese ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen** die Form von Ausnahmeregelungen, so müssen sie vorübergehender Art sein und dürfen das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarkts** so wenig wie möglich stören.

Klausel 15 (ex-Artikel 297)

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 nicht wiedergegebener Text

Klausel 16 (ex-Artikel 298)

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 nicht wiedergegebener Text

I. FREIZÜGIGKEIT UND FREIER DIENSTLEISTUNGSVERKEHR

1. ARBEITNEHMER

Klausel 17 (ex-Artikel 39)

(1) **Die Arbeitnehmer haben das Recht, sich** innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **ist die Frei-** ~~zügigkeit der Arbeitnehmer gewährleistet~~ **Union frei zu bewegen.** ²⁸

(2) ~~Sie umfasst die Abschaffung~~ Jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen **ist verboten.** ²⁹

(3) ~~Sie gibt~~ **Die Arbeitnehmer haben** ³⁰ - vorbehaltlich der aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigten Beschränkungen - ~~den Arbeitnehmern~~ das Recht,

a) sich um tatsächlich angebotene Stellen zu bewerben;

²⁷ Die Bezugnahme auf den Verlauf der Errichtung des Binnenmarktes wurde gestrichen. Eine Streichung dieser Bezugnahme könnte jedoch hier dazu führen, dass die in Artikel 15 vorgesehenen Möglichkeiten für Ausnahmeregelungen, die nur im Laufe des betreffenden Zeitraums angewandt werden konnten, endgültig festgeschrieben werden.

²⁸ Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

²⁹ Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

³⁰ Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

- b) sich zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen;
 - c) sich in einem Mitgliedstaat aufzuhalten, um dort nach den für die Arbeitnehmer dieses Staates geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Beschäftigung auszuüben;
 - d) nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats unter Bedingungen zu verbleiben, welche die Kommission in ~~Durchführungs-~~ **europäischen** Verordnungen festlegt **annimmt**.
- (4) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung.

Klausel 18 (ex-Artikel 40)

~~Der Rat trifft gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses durch Richtlinien oder Verordnungen alle erforderlichen Maßnahmen; Die erforderlichen Maßnahmen zur Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer im Sinne des [Artikels 39] werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.~~

Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze haben insbesondere Folgendes zum Ziel:

- a) ~~durch die~~ Sicherstellung einer engen Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Arbeitsverwaltungen;
- b) ~~durch die die~~ Beseitigung der Verwaltungsverfahren und -praktiken sowie der für den Zugang zu verfügbaren Arbeitsplätzen vorgeschriebenen Fristen, die sich aus innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften ergeben und deren Beibehaltung die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer hindert;
- c) ~~durch die die~~ Beseitigung aller Fristen und sonstigen Beschränkungen, die in innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften vorgesehen sind und die den Arbeitnehmern der anderen Mitgliedstaaten für die freie Wahl des Arbeitsplatzes andere Bedingungen als den inländischen Arbeitnehmern auferlegen;
- d) ~~durch die die~~ Schaffung geeigneter Verfahren für die Zusammenführung und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu Bedingungen, die eine ernstliche Gefährdung der Lebenshaltung und des Beschäftigungsstands in einzelnen Gebieten und Industrien ausschließen.

Klausel 19 (ex-Artikel 41)

Die Mitgliedstaaten fördern den Austausch junger Arbeitskräfte im Rahmen eines gemeinsamen Programms.³¹

Klausel 20 (ex-Artikel 42)

~~Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251~~ Die auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit für die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer notwendigen Maßnahmen **werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt**³²; zu diesem Zweck ~~führten sie er~~ **wird darin** insbesondere ein System **eingeführt**, welches aus- und einwandernden Arbeitnehmern und deren anspruchsberechtigten Angehörigen Folgendes sichert:

- a) die Zusammenrechnung aller nach den verschiedenen innerstaatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigten Zeiten für den Erwerb und die Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs sowie für die Berechnung der Leistungen;
- b) die Zahlung der Leistungen an Personen, die in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten wohnen.

~~Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 einstimmig.~~³³

2. DAS NIEDERLASSUNGSRECHT

Klausel 21 (ex-Artikel 43)

Die Beschränkungen der freien Niederlassung von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats sind nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen~~ **[dieses Kapitels]** verboten. Das Gleiche gilt für Beschränkungen der Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften durch Angehörige eines Mitgliedstaats, die im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ansässig sind.

³¹ Es wird vorgeschlagen zu prüfen, ob diese Bestimmung "modernisiert" und dabei eine noch festzulegende Zuständigkeit der Union vorgesehen werden sollte.

³² Diese Rechtsgrundlage gestattet nur die Annahme von Maßnahmen für "Arbeitnehmer", also für abhängig Erwerbstätige. Die Ausweitung der Verordnung über die "soziale Sicherheit" auf Selbstständige erfolgte auf der Grundlage von Artikel 308 EGV. Sollte der Konvent eine Beschränkung der Fälle, in denen auf Artikel 308 zurückgegriffen wird, anstreben, so könnte er prüfen, ob im Kapitel "Niederlassung", das auf Selbstständige Anwendung findet, eine spezielle Rechtsgrundlage für diesen Bereich vorgesehen werden sollte.

³³ Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates (vgl. Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14 und Zusatzmandat vom 29. April 2003).

Vorbehaltlich des [Kapitels] über den Kapitalverkehr ~~umfasst die Niederlassungsfreiheit~~ **haben die Angehörigen eines Mitgliedstaats das Recht, im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Erwerbstätigkeiten aufzunehmen und auszuüben sowie die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften im Sinne des [Artikels 48 Absatz 2], nach den Bestimmungen des Aufnahmemitgliedstaats für seine eigenen Angehörigen zu gründen und zu leiten.**³⁴

Klausel 22 (ex-Artikel 44)

- (1) ~~Der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses Richtlinien~~ **Die Maßnahmen** zur Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit für eine bestimmte Tätigkeit **werden durch europäische Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**
- (2) **Das Europäische Parlament,** der Rat und die Kommission erfüllen die Aufgaben, die ihnen aufgrund ~~der obigen Bestimmungen von Absatz 1~~ übertragen sind, indem sie insbesondere
- a) im Allgemeinen diejenigen Tätigkeiten mit Vorrang behandeln, bei denen die Niederlassungsfreiheit die Entwicklung der Produktion und des Handels in besonderer Weise fördert;
 - b) eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Verwaltungen der Mitgliedstaaten sicherstellen, um sich über die besondere Lage auf den verschiedenen Tätigkeitsgebieten innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu unterrichten;
 - c) die aus innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften abgeleiteten Verwaltungsverfahren und -praktiken ausschalten, deren Beibehaltung der Niederlassungsfreiheit entgegensteht;
 - d) dafür Sorge tragen, dass Arbeitnehmer eines Mitgliedstaats, die im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats beschäftigt sind, dort verbleiben und eine selbstständige Tätigkeit unter denselben Voraussetzungen ausüben können, die sie erfüllen müssten, wenn sie in diesen Staat erst zu dem Zeitpunkt einreisen würden, zu dem sie diese Tätigkeit aufzunehmen beabsichtigen;
 - e) den Erwerb und die Nutzung von Grundbesitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats durch Angehörige eines anderen Mitgliedstaats ermöglichen, soweit hierdurch die Grundsätze des [Artikels 33 Absatz 2] nicht beeinträchtigt werden;

³⁴ Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt (vgl. auch Artikel 39 über die Arbeitnehmer).

- f) veranlassen, dass bei jedem in Betracht kommenden Wirtschaftszweig die Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit in Bezug auf die Voraussetzungen für die Errichtung von Agenturen, Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats sowie für den Eintritt des Personals der Hauptniederlassung in ihre Leitungs- oder Überwachungsorgane schrittweise aufgehoben werden;
- g) soweit erforderlich die Schutzbestimmungen koordinieren, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des [Artikels 48 Absatz 2] im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten;
- h) sicherstellen, dass die Bedingungen für die Niederlassung nicht durch Beihilfen der Mitgliedstaaten verfälscht werden.

Klausel 23 (ex-Artikel 45)

Auf Tätigkeiten, die in einem Mitgliedstaat dauernd oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind, findet dieses Kapitel in dem betreffenden Mitgliedstaat keine Anwendung.³⁵

~~Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschließen~~ **In europäischen Gesetzen oder Rahmengesetzen³⁶ kann vorgesehen werden, dass dieses Kapitel auf bestimmte Tätigkeiten keine von der Anwendung findet dieses Kapitels ausgenommen werden.**

Klausel 24 (ex-Artikel 46)

(1) [Dieses Kapitel] und die aufgrund desselben ~~getroffenen~~ **angenommenen** Maßnahmen beeinträchtigen nicht die Anwendbarkeit der Rechts- und Verwaltungsvorschriften **der Mitgliedstaaten**, die eine Sonderregelung für Ausländer vorsehen und aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind.

(2) ~~Der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien für die Koordinierung der~~ **Die in Absatz 1 genannten nationalen Vorschriften werden durch europäische Rahmengesetze koordiniert.**

Klausel 25 (ex-Artikel 47)³⁷

(1) ~~Um die~~ **Die Aufnahme und die Ausübung selbstständiger Tätigkeiten werden durch zu erleichtern, erlässt der Rat nach dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien europäische Rahmengesetze erleichtert, die Folgendes zum Ziel haben: für**

³⁵ Betrifft nicht die deutsche Fassung.

³⁶ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 Übergang zum Mitentscheidungsverfahren.

³⁷ Es wird vorgeschlagen, die Absätze 1 und 2, in denen ein und dasselbe Verfahren vorgesehen ist, zusammenzufassen (nach der Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates gemäß dem Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14).

- a) die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise;
- b) die Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten.

~~(2) ——— Zu dem gleichen Zweck erlässt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten. Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 einstimmig über Richtlinien, deren Durchführung in mindestens einem Mitgliedstaat eine Änderung bestehender gesetzlicher Grundsätze der Berufsordnung hinsichtlich der Ausbildung und der Bedingungen für den Zugang natürlicher Personen zum Beruf umfasst. Im Übrigen beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit.³⁸~~

(3) Die schrittweise Aufhebung der Beschränkungen für die ärztlichen, arztähnlichen und pharmazeutischen Berufe setzt die Koordinierung der Bedingungen für die Ausübung dieser Berufe in den einzelnen Mitgliedstaaten voraus.

Klausel 26 (ex-Artikel 48)

Für die Anwendung [dieses Kapitels] stehen die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats gegründeten Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der **Gemeinschaft Union** haben, den natürlichen Personen gleich, die Angehörige der Mitgliedstaaten sind.

Als Gesellschaften gelten die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen.

Klausel 27 (ex-Artikel 294)

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 nicht wiedergegebener Text

3. FREIER DIENSTLEISTUNGSVERKEHR

Klausel 28 (ex-Artikel 49)

Die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der **Gemeinschaft Union** für Angehörige der Mitgliedstaaten, die in einem anderen **Mitgliedstaat** der **Gemeinschaft Union** als demjenigen des Leistungsempfängers ansässig sind, sind nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen~~ **[dieses Kapitels]** verboten.

³⁸ Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates (vgl. Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14 und Zusatzmandat vom 29. April 2003).

~~Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschließen, dass mit qualifizierter Mehrheit~~ **Durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze** ³⁹ **kann vorgesehen werden, dass** dieses Kapitel auch auf Erbringer von Dienstleistungen Anwendung findet, welche die Staatsangehörigkeit eines dritten Landes besitzen und innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** ansässig sind.

Klausel 29 (ex-Artikel 50)

Dienstleistungen im Sinne ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** sind Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Vorschriften über den freien Waren- und Kapitalverkehr und über die Freizügigkeit der Personen unterliegen.

Als Dienstleistungen gelten insbesondere:

- a) gewerbliche Tätigkeiten,
- b) kaufmännische Tätigkeiten,
- c) handwerkliche Tätigkeiten,
- d) freiberufliche Tätigkeiten.

Unbeschadet des [Kapitels] über die Niederlassungsfreiheit kann der Leistende zwecks Erbringung seiner Leistungen seine Tätigkeit vorübergehend in dem ~~Staat~~ **Mitgliedstaat** ausüben, in dem die Leistung erbracht wird, und zwar unter den Voraussetzungen, welche dieser Staat für seine eigenen Angehörigen vorschreibt.

Klausel 30 (ex-Artikel 51)

(1) Für den freien Dienstleistungsverkehr auf dem Gebiet des Verkehrs ~~gelten die Bestimmungen des~~ **gilt der** [Titel] über den Verkehr.

(2) Die Liberalisierung der mit dem Kapitalverkehr verbundenen Dienstleistungen der Banken und Versicherungen wird im Einklang mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs durchgeführt.

³⁹ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 Übergang zum Mitentscheidungsverfahren.

Klausel 31 (ex-Artikel 52)

(1) ~~Der Rat erlässt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Parlaments Richtlinien~~ **Die Maßnahmen** zur Liberalisierung einer bestimmten Dienstleistung **werden durch europäische Rahmengesetze**⁴⁰ festgelegt. ~~Diese werden nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.~~

(2) Bei den in Absatz 1 genannten ~~Richtlinien~~ **europäischen Rahmengesetzen** sind im Allgemeinen mit Vorrang diejenigen Dienstleistungen zu berücksichtigen, welche die Produktionskosten unmittelbar beeinflussen oder deren Liberalisierung zur Förderung des Warenverkehrs beiträgt.

Klausel 32 (ex-Artikel 53)⁴¹

Die Mitgliedstaaten sind bereit, über das Ausmaß der Liberalisierung der Dienstleistungen, zu dem sie aufgrund der gemäß [Artikel 52 Absatz 1] **angenommenen Richtlinien europäischen Rahmengesetze** verpflichtet sind, hinauszugehen, falls ihre wirtschaftliche Gesamtlage und die Lage des betreffenden Wirtschaftszweigs dies zulassen.

Die Kommission richtet entsprechende Empfehlungen an die betreffenden Staaten.

Klausel 33 (ex-Artikel 54)⁴²

Solange die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs nicht aufgehoben sind, wendet sie jeder Mitgliedstaat ohne Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsort auf alle in [Artikel 49 Absatz 1] bezeichneten Erbringer von Dienstleistungen an.

Klausel 34 (ex-Artikel 55)

Die ~~Bestimmungen der~~ [Artikel 45 bis 48] finden auf das in [diesem Kapitel] geregelte Sachgebiet Anwendung.

~~[4. VISA, ASYL, EINWANDERUNG UND ANDERE POLITIKEN IN VERBINDUNG MIT DEM FREIEN PERSONENVERKEHR]~~⁴³

⁴⁰ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird das Konsultationsverfahren durch das Mitentscheidungsverfahren ersetzt.

⁴¹ Es stellt sich die Frage, ob die Beibehaltung einer derartigen Bestimmung sinnvoll ist.

⁴² Aus Gründen der Kohärenz könnte hier untersucht werden, ob eine derartige Bestimmung nicht als horizontale Bestimmung für die vier Freiheiten vorgesehen werden sollte.

⁴³ Dieser Titel wird in Kapitel A 4 aufgenommen, um dem vom Präsidium derzeit geprüften letzten Entwurf betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts Rechnung zu tragen.

II. FREIER WARENVERKEHR

1. DIE ZOLLUNION

Klausel 35 (ex-Artikel 23)

(1) ~~Grundlage der Gemeinschaft ist~~ **Die Union umfasst** eine Zollunion, die sich auf den gesamten Warenaustausch erstreckt und das Verbot umfasst, zwischen den Mitgliedstaaten Ein- und Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung zu erheben, sowie die Einführung eines Gemeinsamen Zolltarifs gegenüber dritten Ländern.

(2) [Artikel 25] und [Kapitel 2] [dieses Titels] gelten für die aus den Mitgliedstaaten stammenden Waren sowie für diejenigen Waren aus dritten Ländern, die sich in den Mitgliedstaaten im freien Verkehr befinden.

Klausel 36 (ex-Artikel 24)

Als im freien Verkehr eines Mitgliedstaats befindlich gelten diejenigen Waren aus dritten Ländern, für die in dem betreffenden Mitgliedstaat die Einfuhr-Förmlichkeiten erfüllt sowie die vorgeschriebenen Zölle und Abgaben gleicher Wirkung erhoben und nicht ganz oder teilweise rückvergütet worden sind.

Klausel 37 (ex-Artikel 25)

Ein- und Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten. Dieses Verbot gilt auch für Finanzzölle.

Klausel 38 (ex-Artikel 26)

~~Der Rat legt die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission fest.~~ **Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission die europäischen Verordnungen oder europäischen Beschlüsse zur Festsetzung der Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs an.**⁴⁴

Klausel 39 (ex-Artikel 27)

Bei der Ausübung der ihr aufgrund [dieses Kapitels] übertragenen Aufgaben geht die Kommission von folgenden Gesichtspunkten aus:

⁴⁴ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 handelt es sich hierbei um Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter.

- a) der Notwendigkeit, den Handelsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern zu fördern;
- b) der Entwicklung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb der **Gemeinschaft Union**, soweit diese Entwicklung zu einer Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen führt;
- c) dem Versorgungsbedarf der **Gemeinschaft Union** an Rohstoffen und Halbfertigwaren; hierbei achtet die Kommission darauf, zwischen den Mitgliedstaaten die Wettbewerbsbedingungen für Fertigwaren nicht zu verfälschen;
- d) der Notwendigkeit, ernsthafte Störungen im Wirtschaftsleben der Mitgliedstaaten zu vermeiden und eine rationelle Entwicklung der Erzeugung sowie eine Ausweitung des Verbrauchs innerhalb der **Gemeinschaft Union** zu gewährleisten.

[1A. ZUSAMMENARBEIT IM ZOLLWESEN] ⁴⁵

Klausel 40 (ex-Artikel 135)

~~Der Rat trifft~~ Im Rahmen des Geltungsbereichs ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung gemäß dem Verfahren des Artikels 251** werden **durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze** Maßnahmen zum Ausbau der Zusammenarbeit im Zollwesen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission **festgelegt**. Die Anwendung des Strafrechts der Mitgliedstaaten und ihre Strafrechtspflege bleiben von diesen Maßnahmen unberührt.

2. VERBOT VON MENGENMÄSSIGEN BESCHRÄNKUNGEN

Klausel 41 (ex-Artikel 28) ⁴⁶

Mengenmäßige Einfuhr- **und Ausfuhr**beschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.

~~Artikel 29~~

~~Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.~~

⁴⁵ Vorschlag für eine Überschrift, die in der Struktur vom 28. Oktober 2002 noch nicht enthalten war.
⁴⁶ Es wird vorgeschlagen, diesen Artikel mit Artikel 29 zusammenzufassen.

Klausel 42 (ex-Artikel 30)

~~Die Bestimmungen der [Artikel 28] und 29 stehen~~ steht Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutze der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellen.

Klausel 43 (ex-Artikel 31)

(1) Die Mitgliedstaaten formen ihre staatlichen Handelsmonopole derart um, dass jede Diskriminierung in den Versorgungs- und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist.

Dieser Artikel gilt für alle Einrichtungen, durch die ein Mitgliedstaat unmittelbar oder mittelbar die Einfuhr oder die Ausfuhr zwischen den Mitgliedstaaten rechtlich oder tatsächlich kontrolliert, lenkt oder merklich beeinflusst. Er gilt auch für die von einem Staat auf andere Rechtsträger übertragenen Monopole.

(2) Die Mitgliedstaaten unterlassen jede neue Maßnahme, die den in [Absatz 1] genannten Grundsätzen widerspricht oder die Tragweite der Artikel über das Verbot von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten einengt.

(3) Ist mit einem staatlichen Handelsmonopol eine Regelung zur Erleichterung des Absatzes oder der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbunden, so sollen bei der Anwendung dieses Artikels gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger gewährleistet werden.

III. DER KAPITAL- UND ZAHLUNGSVERKEHR

Klausel 44 (ex-Artikel 56) ⁴⁷

(1) Im Rahmen ~~der Bestimmungen~~ dieses Kapitels sind ~~alle~~ Beschränkungen des Kapital- **und des Zahlungsverkehrs** zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.

~~(2) Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.~~

⁴⁷ Es wird empfohlen, die Absätze 1 und 2 zusammenzufassen.

Klausel 45 (ex-Artikel 57)

(1) [Artikel 56] berührt nicht die Anwendung derjenigen Beschränkungen auf dritte Länder, die am 31. Dezember 1993 aufgrund einzelstaatlicher ~~oder gemeinschaftlicher~~ Rechtsvorschriften **oder von Rechtsvorschriften der Union** für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern im Zusammenhang mit Direktinvestitionen einschließlich Anlagen in Immobilien, mit der Niederlassung, der Erbringung von Finanzdienstleistungen oder der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten bestehen.

(2) Die Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Kapitalverkehr mit dritten Ländern im Zusammenhang mit Direktinvestitionen einschließlich Anlagen in Immobilien, mit der Niederlassung, der Erbringung von Finanzdienstleistungen oder der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten werden durch **europäische Gesetze oder Rahmengesetze** ⁴⁸ festgelegt.

Unbeschadet der anderen [Kapitel] ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung bemühen sich der Rat und das Europäische Parlament** ~~sowie seiner Bemühungen~~ um eine möglichst weit gehende Verwirklichung des Zieles eines freien Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern. ~~kann der Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern im Zusammenhang mit Direktinvestitionen einschließlich Anlagen in Immobilien, mit der Niederlassung, der Erbringung von Finanzdienstleistungen oder der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten beschließen.~~ ⁴⁹

(3) **In Abweichung von Absatz 2** ~~bedürfen können~~ Maßnahmen, die im Rahmen des ~~Gemeinschafts-Unionsrechts~~ für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit dritten Ländern einen Rückschritt darstellen, ~~der Einstimmigkeit~~ **nur durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze des Rates festgelegt werden. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.** ⁵⁰

Klausel 46 (ex-Artikel 58)

(1) [Artikel 56] berührt nicht das Recht der Mitgliedstaaten,

- a) die einschlägigen Vorschriften ihres Steuerrechts anzuwenden, die Steuerpflichtige mit unterschiedlichem Wohnort oder Kapitalanlageort unterschiedlich behandeln,
- b) die unerlässlichen **Vorkehrungen zu treffen**, um Zuwiderhandlungen gegen innerstaatliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere auf dem Gebiet des Steuerrechts und der Aufsicht über Finanzinstitute, zu verhindern, sowie Meldeverfahren für den Kapitalverkehr zwecks administrativer oder statistischer Information vorzusehen oder Maßnahmen zu ergreifen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit gerechtfertigt sind.

⁴⁸ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 Übergang zum Mitentscheidungsverfahren.

⁴⁹ Aus redaktionellen Gründen sollten diese Unterabsätze besser in umgekehrter Reihenfolge angeordnet werden.

⁵⁰ Aus dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 scheint hervorzugehen, dass in diesem Absatz die Anhörung des Europäischen Parlaments vorgesehen werden sollte.

(2) Dieses [Kapitel] berührt nicht die Anwendbarkeit von Beschränkungen des Niederlassungsrechts, die mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Maßnahmen und Verfahren dürfen weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des freien Kapital- und Zahlungsverkehrs im Sinne des [Artikels 56] darstellen.

Klausel 47 (ex-Artikel 59)

Falls Kapitalbewegungen nach oder aus dritten Ländern unter außergewöhnlichen Umständen das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion schwerwiegend stören oder zu stören drohen, kann der Rat auf Vorschlag der Kommission **[europäische Verordnungen oder europäische Beschlüsse zur Einführung von]** ~~mit qualifizierter Mehrheit und nach Anhörung der EZB~~⁵¹ Schutzmaßnahmen gegenüber dritten Ländern mit einer Geltungsdauer von höchstens sechs Monaten ~~treffen annehmen~~, wenn diese unbedingt erforderlich sind. **Er beschließt nach Anhörung der Europäischen Zentralbank.**

[III. A. STEUERLICHE VORSCHRIFTEN]⁵²

Klausel 48 (ex-Artikel 90)

Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten weder unmittelbar noch mittelbar höhere inländische Abgaben gleich welcher Art, als gleichartige inländische Waren unmittelbar oder mittelbar zu tragen haben.

Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten keine inländischen Abgaben, die geeignet sind, andere Produktionen mittelbar zu schützen.

Klausel 49 (ex-Artikel 91)

Werden Waren **aus einem Mitgliedstaat** in das Hoheitsgebiet eines **anderen** Mitgliedstaats ausgeführt⁵³, so darf die Rückvergütung für inländische Abgaben nicht höher sein als die auf die ausgeführten Waren mittelbar oder unmittelbar erhobenen inländischen Abgaben.

⁵¹ Dieser Artikel wird im Zusatzmandat vom 29. April 2003 nicht erwähnt. Eine Schutzmaßnahme von begrenzter Dauer gehört auf den ersten Blick nicht zur Kategorie der Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter. Daher wird empfohlen, hier einen Hinweis auf die beiden Arten von Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter einzufügen, die vom Rat angenommen werden können.

⁵² Vorschlag für eine Überschrift, die in der Struktur vom 28. Oktober 2002 noch nicht enthalten war.

⁵³ Die Verwendung des Wortes "ausgeführt" in Bezug auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten müsste nochmals geprüft werden.

Klausel 50 (ex-Artikel 92)

Für Abgaben außer Umsatzsteuern, Verbrauchsabgaben und sonstigen indirekten Steuern sind Entlastungen und Rückvergütungen bei der Ausfuhr nach anderen Mitgliedstaaten sowie Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr aus den Mitgliedstaaten nur zulässig, soweit der Rat ~~sie~~ **die betreffenden Bestimmungen** vorher **durch einen mit qualifizierter Mehrheit** auf Vorschlag der Kommission **angenommenen europäischen Beschluss** ⁵⁴ für eine begrenzte Frist genehmigt hat.

Klausel 51 (ex-Artikel 93)

Der Rat ~~erlässt~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ einstimmig die ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen** ⁵⁵ zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Umsatzsteuern, die Verbrauchsabgaben und sonstige indirekte Steuern **an**, soweit diese Harmonisierung für die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarkts ~~innerhalb der in Artikel 14 gesetzten Frist~~ ⁵⁶ notwendig ist. **Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

IV. ANGLEICHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN

Klausel 52 (ex-Artikel 94) ⁵⁷

~~Der Rat erlässt einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses Richtlinien für~~ Die Angleichung derjenigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, die sich unmittelbar auf die Errichtung oder das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarkts** auswirken, **erfolgt durch ein europäisches Rahmengesetz des Rates. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

⁵⁴ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 handelt es sich hierbei um einen Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter.

⁵⁵ Im Zusatzmandat vom 29. April 2003 werden die in diesem Absatz zu verwendenden Rechtsakte nicht festgelegt.

⁵⁶ Es wurde vorgeschlagen, diese Frist (bis zum 31.12.1992) zu streichen (siehe Fußnote zu Artikel 14).

⁵⁷ Derzeit gestatten die Artikel 94 und 95 lediglich die Annahme von Maßnahmen "zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten". Dies führt dazu, dass Artikel 308 in einer Reihe von Fällen angewendet wird, die den Binnenmarkt betreffen, ohne dass dies eine Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften darstellt. Dies ist unter anderem dort der Fall, wo es darum geht, einen Gemeinschaftstitel für geistiges Eigentum zu schaffen, der den einzelstaatlichen Titeln übergeordnet ist. Sollte der Konvent eine Einschränkung des Rückgriffs auf Artikel 308 anstreben, so könnte er prüfen, ob entweder spezielle Rechtsgrundlagen geschaffen werden sollen oder ob die Bezugnahme auf die "Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten" in den Artikeln 94 und 95 geändert werden soll, damit die betreffenden Schritte ermöglicht werden. Darüber hinaus könnte der Konvent das Verhältnis zwischen den Artikeln 94 und 95 prüfen (siehe Erläuterungen in Anlage II des Berichts vom 13. März 2003).

(1) Soweit in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** nichts anderes bestimmt ist, gilt abweichend von [Artikel 94] für die Verwirklichung der Ziele des [Artikels 14] ~~die nachstehende Regelung dieses Artikels. Der Rat erlässt nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses die Maßnahmen zur~~ **Die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, welche die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarkts zum Gegenstand haben, erfolgt durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze. Sie beschließen Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Bestimmungen über die Steuern, die Bestimmungen über die Freizügigkeit und die Bestimmungen über die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer.

(3) Die Kommission geht in ihren ~~nach~~ **gemäß** Absatz 1 in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umweltschutz und Verbraucherschutz **vorgelegten** Vorschlägen von einem hohen Schutzniveau aus und berücksichtigt dabei insbesondere alle auf wissenschaftliche Ergebnisse gestützten neuen Entwicklungen. Im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse streben das Europäische Parlament und der Rat dieses Ziel ebenfalls an.

(4) Hält es ein Mitgliedstaat, wenn ~~der Rat oder die Kommission~~ eine Harmonisierungsmaßnahme **durch ein europäisches Gesetz oder Rahmengesetz oder eine Verordnung der Kommission** angenommen ~~hat wurde~~, für erforderlich, einzelstaatliche Bestimmungen beizubehalten, die durch wichtige Erfordernisse im Sinne des [Artikels 30] oder in Bezug auf den Schutz der Arbeitsumwelt oder den Umweltschutz gerechtfertigt sind, so teilt er diese Bestimmungen sowie die Gründe für ihre Beibehaltung der Kommission mit.

(5) Unbeschadet des Absatzes 4 teilt ein Mitgliedstaat, der es nach der Annahme einer Harmonisierungsmaßnahme **durch ein europäisches Gesetz oder Rahmengesetz oder eine Verordnung der Kommission** ~~durch den Rat oder die Kommission~~ für erforderlich hält, auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse gestützte einzelstaatliche Bestimmungen zum Schutz der Umwelt oder der Arbeitsumwelt aufgrund eines spezifischen Problems für diesen Mitgliedstaat, das sich nach dem Erlass der Harmonisierungsmaßnahme ergibt, einzuführen, der Kommission die in Aussicht genommenen Bestimmungen sowie die ~~Gründe für ihre Einführung~~ **entsprechende Begründung** mit.

(6) Die Kommission ~~beschließt~~ **nimmt** binnen sechs Monaten nach den Mitteilungen ~~nach gemäß~~ den Absätzen 4 und 5 **einen europäischen Beschluss an, in dem** die betreffenden einzelstaatlichen Bestimmungen ~~zu billigen oder abzulehnen~~ **gebilligt oder abgelehnt werden**, nachdem sie geprüft hat, ob sie ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung und eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellen und ob sie das Funktionieren des Binnenmarkts behindern.

~~Trifft~~ **Nimmt** die Kommission innerhalb dieses Zeitraums ~~keine Entscheidung~~ **keinen Beschluss an**, so gelten die in den Absätzen 4 und 5 genannten einzelstaatlichen Bestimmungen als gebilligt.

⁵⁸ Siehe Vorschlag in der vorhergehenden Fußnote.

Die Kommission kann, sofern dies aufgrund des schwierigen Sachverhalts gerechtfertigt ist und keine Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht, dem betreffenden Mitgliedstaat mitteilen, dass der in diesem Absatz genannte Zeitraum gegebenenfalls um einen weiteren Zeitraum von bis zu sechs Monaten verlängert wird.

(7) Wird es einem Mitgliedstaat nach [Absatz 6] gestattet, von der Harmonisierungsmaßnahme abweichende einzelstaatliche Bestimmungen beizubehalten oder einzuführen, so prüft die Kommission unverzüglich, ob sie eine Anpassung dieser Maßnahme vorschlägt.

(8) Wirft ein Mitgliedstaat in einem Bereich, der zuvor bereits Gegenstand von Harmonisierungsmaßnahmen war, ein spezielles Gesundheitsproblem auf, so teilt er dies der Kommission mit, die dann umgehend prüft, ob sie ~~dem Rat~~ entsprechende Maßnahmen vorschlägt.

(9) In Abweichung von dem Verfahren der [Artikel 226 und 227] kann die Kommission oder ein Mitgliedstaat den Gerichtshof unmittelbar anrufen, wenn die Kommission oder der Staat der Auffassung ist, dass ein anderer Mitgliedstaat die in diesem Artikel vorgesehenen Befugnisse missbraucht.

(10) Die ~~vorgenannten in diesem Artikel genannten~~ Harmonisierungsmaßnahmen sind in geeigneten Fällen mit einer Schutzklausel verbunden, welche die Mitgliedstaaten ermächtigt, aus einem oder mehreren der in [Artikel 30] genannten nichtwirtschaftlichen Gründe vorläufige ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen zu erlassen**, die einem ~~gemeinschaftlichen~~ Kontrollverfahren **der Union** unterliegen.

Klausel 54 (ex-Artikel 96)

Stellt die Kommission fest, dass ~~vorhandene~~ Unterschiede in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten die Wettbewerbsbedingungen auf dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** verfälschen und ~~dadurch~~ eine Verzerrung hervorrufen, die zu beseitigen ist, so ~~tritt~~ **berät** sie **sich** mit den betreffenden Mitgliedstaaten ~~in Beratungen ein~~.

Führen diese Beratungen nicht zur ~~Beseitigung dieser Verzerrung~~, so ~~erlässt der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Richtlinien zu einem Ergebnis~~, **so wird die betreffende Verzerrung durch ein europäisches Rahmengesetz⁵⁹ beseitigt**. Die ~~Kommission und der Rat können~~ Alle sonstigen, in diesem ~~Vertrag~~ **Verfassung** vorgesehenen zweckdienlichen Maßnahmen ~~treffen können~~ **angenommen werden**.

Klausel 55 (ex-Artikel 97)

(1) Ist zu befürchten, dass der ~~Erlaß~~ **die Annahme** oder die Änderung einer **einzelstaatlichen** Rechts- oder Verwaltungsvorschrift eine Verzerrung im Sinne des [Artikels 96] verursacht, so setzt sich der Mitgliedstaat, der diese Maßnahme beabsichtigt, mit der Kommission ins Benehmen. Diese ~~empfiehlt~~ **richtet** nach Beratung mit den Mitgliedstaaten ~~den an die~~ beteiligten Staaten **eine Empfehlung betreffend** die zur Vermeidung dieser Verzerrung geeigneten Maßnahmen.

⁵⁹ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 Übergang zum Mitentscheidungsverfahren.

(2) Kommt der ~~Staat~~ **Mitgliedstaat**, der innerstaatliche Vorschriften erlassen oder ändern will, der an ihn gerichteten Empfehlung der Kommission nicht nach, so kann nicht gemäß [Artikel 96] verlangt werden, dass die anderen Mitgliedstaaten ihre innerstaatlichen Vorschriften ändern, um die Verzerrung zu beseitigen. Verursacht ein Mitgliedstaat, der die Empfehlung der Kommission außer Acht lässt, eine Verzerrung lediglich zu seinem eigenen Nachteil, so findet [Artikel 96] keine Anwendung.

A2. WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

TITEL VII

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

**Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Titel
nicht wiedergegeben.**

A3. DIE POLITIK IN ANDEREN EINZELBEREICHEN

I. WETTBEWERBSREGELN

[ABSCHNITT 1

VORSCHRIFTEN FÜR UNTERNEHMEN]

Klausel 56 (ex-Artikel 81)

(1) Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar und verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen geeignet sind und eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** bezwecken oder bewirken, insbesondere

- a) die unmittelbare oder mittelbare Festsetzung der An- oder Verkaufspreise oder sonstiger Geschäftsbedingungen;

- b) die Einschränkung oder Kontrolle der Erzeugung, des Absatzes, der technischen Entwicklung oder der Investitionen;
- c) die Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen;
- d) die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- e) die an den Abschluss von Verträgen geknüpfte Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

(2) Die nach diesem Artikel verbotenen Vereinbarungen oder Beschlüsse sind nichtig.

(3) ~~Die Bestimmungen des Absatzes 1 können~~ **Absatz 1 kann** für nicht anwendbar erklärt werden auf

- a) Vereinbarungen oder Gruppen von Vereinbarungen zwischen Unternehmen,
- b) Beschlüsse oder Gruppen von Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen,
- c) aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen oder Gruppen von solchen,

die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne dass den beteiligten Unternehmen

- d) Beschränkungen auferlegt werden, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerlässlich sind, oder
- e) Möglichkeiten eröffnet werden, für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren den Wettbewerb auszuschalten.

Klausel 57 (ex-Artikel 82)

Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar und verboten ist die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem **Binnenmarkt** ~~Gemeinsamen Markt~~ oder auf einem wesentlichen Teil desselben durch ein oder mehrere Unternehmen, soweit dies dazu führen kann, den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen.

Dieser Missbrauch kann insbesondere in Folgendem bestehen:

- a) der unmittelbaren oder mittelbaren Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen;
- b) der Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher;

- c) der Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- d) der an den Abschluss von Verträgen geknüpften Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

Klausel 58 (ex-Artikel 83)

(1) **Die Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission die zweckdienlichen europäischen** Verordnungen⁶⁰ ~~oder Richtlinien~~ zur Verwirklichung der in den Artikeln [81 und 82] niedergelegten Grundsätze ~~werden vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und an. Er beschließt~~ nach Anhörung des Europäischen Parlaments ~~beschlossen~~.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen ~~Vorschriften~~ **europäischen** Verordnungen bezwecken insbesondere:

- a) die Beachtung der in [Artikel 81 Absatz 1] und [Artikel 82] genannten Verbote durch die Einführung von Geldbußen und Zwangsgeldern zu gewährleisten;
- b) die Einzelheiten der Anwendung des [Artikels 81 Absatz 3] festzulegen; dabei ist dem Erfordernis einer wirksamen Überwachung bei möglichst einfacher Verwaltungskontrolle Rechnung zu tragen;
- c) gegebenenfalls den Anwendungsbereich der [Artikel 81 und 82] für die einzelnen Wirtschaftszweige näher zu bestimmen;
- d) die Aufgaben der Kommission und des Gerichtshofes bei der Anwendung der in diesem Absatz vorgesehenen Vorschriften gegeneinander abzugrenzen;
- e) das Verhältnis zwischen den innerstaatlichen Rechtsvorschriften einerseits und ~~den in diesem Abschnitt enthaltenen~~ oder den aufgrund dieses Artikels ~~getroffenen Bestimmungen ange-~~ **nommenen Maßnahmen europäischen Verordnungen** andererseits festzulegen.

Klausel 59 (ex-Artikel 84)

Bis zum ~~Inkrafttreten~~ **Zeitpunkt des Inkrafttretens** der gemäß [Artikel 83] ~~erlassenen Vorschriften~~ **angenommenen europäischen Verordnungen** entscheiden die Behörden der Mitgliedstaaten im Einklang ~~mit ihren eigenen Rechtsvorschriften~~ **mit ihrem innerstaatlichen Recht** und den ~~Bestimmungen der Artikel~~ **[Artikeln 81, insbesondere Absatz 3, und 82]** über die Zulässigkeit von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen sowie über die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt**.

⁶⁰ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 handelt es sich hierbei um Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter.

Klausel 60 (ex-Artikel 85)

- (1) Unbeschadet des [Artikels 84] achtet die Kommission auf die Verwirklichung der in den Artikeln [81 und 82] niedergelegten Grundsätze. Sie untersucht auf Antrag eines Mitgliedstaats oder von Amts wegen in Verbindung mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, die ihr Amtshilfe zu leisten haben, die Fälle, in denen Zuwiderhandlungen gegen diese Grundsätze vermutet werden. Stellt sie eine Zuwiderhandlung fest, so schlägt sie geeignete Mittel vor, um diese abzustellen.
- (2) Wird die Zuwiderhandlung nicht abgestellt, so ~~trifft~~ **nimmt** die Kommission ~~in einer mit einem~~ mit Gründen versehenen ~~Entscheidung die Feststellung europäischen Beschluss an, in dem festgestellt wird~~, dass eine ~~derartige~~ Zuwiderhandlung **gegen die Grundsätze** vorliegt. Sie kann ~~die Entscheidung ihren Beschluss~~ veröffentlichen und die Mitgliedstaaten ermächtigen, die erforderlichen ~~Abhilfemaßnahmen~~ **Bestimmungen zur Ergreifung von Abhilfemaßnahmen zu erlassen**, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Klausel 61 (ex-Artikel 86)

- (1) Die Mitgliedstaaten werden in Bezug auf öffentliche Unternehmen und auf Unternehmen, denen sie besondere oder ausschließliche Rechte gewähren, keine ~~diesem Vertrag den Bestimmungen der Verfassung~~ und insbesondere ~~dessen deren~~ [Artikeln 12 und 81 bis 89] widersprechende Maßnahmen treffen oder beibehalten.
- (2) Für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind oder den Charakter eines Finanzmonopols haben, gelten die ~~Vorschriften dieses Vertrags~~ **Bestimmungen der Verfassung**, insbesondere die Wettbewerbsregeln, soweit die Anwendung dieser ~~Vorschriften Bestimmungen~~ nicht die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindert. Die Entwicklung des Handelsverkehrs darf nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt werden, das dem Interesse der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zuwiderläuft.
- (3) Die Kommission achtet auf die Anwendung dieses Artikels und ~~richtet~~ **nimmt** erforderlichenfalls geeignete ~~Richtlinien europäischen Verordnungen oder Entscheidungen europäische Beschlüsse an die Mitgliedstaaten~~.

[ABSCHNITT 2

STAATLICHE BEIHILFEN DER MITGLIEDSTAATEN]

Klausel 62 (ex-Artikel 87)

- (1) Soweit in ~~diesem Vertrag der Verfassung~~ nicht etwas anderes bestimmt ist, sind ~~staatliche Beihilfen der Mitgliedstaaten~~ oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.
- (2) Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** vereinbar sind:

- a) Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher, wenn sie ohne Diskriminierung nach der Herkunft der Waren gewährt werden;
 - b) Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind;
 - [c) Beihilfen für die Wirtschaft bestimmter, durch die Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie zum Ausgleich der durch die Teilung verursachten wirtschaftlichen Nachteile erforderlich sind.] ⁶¹
- (3) Als mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** vereinbar können angesehen werden:
- a) Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht;
 - b) Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse oder zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats;
 - c) Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsggebiete, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft;
 - d) Beihilfen zur Förderung der Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes, soweit sie die Handels- und Wettbewerbsbedingungen in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** nicht in einem Maß beeinträchtigen, das dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft;
 - e) sonstige Arten von Beihilfen, die durch ~~eine Entscheidung vom Rat mit qualifizierter Mehrheit~~ auf Vorschlag der Kommission **angenommene europäische Verordnungen oder europäische Beschlüsse** ⁶² bestimmt werden.

Klausel 63 (ex-Artikel 88)

- (1) Die Kommission überprüft fortlaufend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die in diesen bestehenden Beihilferegelungen. Sie schlägt ihnen die zweckdienlichen Maßnahmen vor, welche die fortschreitende Entwicklung und das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarkts** erfordern.

⁶¹ Der Konvent wird es möglicherweise für sinnvoll halten zu prüfen, ob dieser Buchstabe noch relevant ist (siehe auch Artikel 78).

⁶² Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 handelt es sich hierbei um Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter.

(2) Stellt die Kommission fest, nachdem sie den Beteiligten eine Frist zur Äußerung gesetzt hat, dass eine von einem ~~Staat~~ **Mitgliedstaat** oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** nach [Artikel 87] unvereinbar ist oder dass sie missbräuchlich angewandt wird, so ~~entscheidet sie~~ **nimmt sie einen europäischen Beschluss an, der darauf abzielt**, dass der betreffende Staat sie binnen einer von ihr bestimmten Frist ~~aufzuheben aufhebt~~ oder ~~umzugestalten hat~~ **umgestaltet**.

Kommt der betreffende Staat ~~dieser Entscheidung~~ **diesem europäischen Beschluss** innerhalb der festgesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission oder jeder betroffene **Mitgliedstaat** in Abweichung von den [Artikeln 226 und 227] den Gerichtshof unmittelbar anrufen.

Der Rat kann einstimmig auf Antrag eines Mitgliedstaats ~~entscheiden, dass einen europäischen Beschluss annehmen, dem zufolge~~ eine von diesem Staat gewährte oder geplante Beihilfe in Abweichung von [Artikel 87] oder von den ~~nach in~~ [Artikel 89] ~~erlassenen vorgesehenen~~ **europäischen** Verordnungen als mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** vereinbar gilt, wenn außergewöhnliche Umstände ~~eine solche Entscheidung~~ **einen solchen Beschluss** rechtfertigen. Hat die Kommission bezüglich dieser Beihilfe das in Unterabsatz 1 dieses Absatzes vorgesehene Verfahren bereits eingeleitet, so bewirkt der Antrag des betreffenden Staates an den Rat die Aussetzung dieses Verfahrens, bis der Rat sich geäußert hat.

Äußert sich der Rat nicht binnen drei Monaten nach Antragstellung, so entscheidet die Kommission.

(3) Die Kommission wird von ~~jeder~~ **den Mitgliedstaaten über jede** beabsichtigten Einführung oder Umgestaltung von Beihilfen so rechtzeitig unterrichtet, dass sie sich dazu äußern kann. Ist sie der Auffassung, dass ein derartiges Vorhaben nach [Artikel 87] mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar ist, so leitet sie unverzüglich das in Absatz 2 vorgesehene Verfahren ein. Der betreffende Mitgliedstaat darf die beabsichtigte Maßnahme nicht durchführen, bevor die Kommission einen ~~abschließenden Entscheidung~~ **Beschluss** erlassen hat.

Klausel 64 (ex-Artikel 89)

Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments mit qualifizierter Mehrheit alle zweckdienlichen Durchführungsverordnungen zu den Artikeln~~ **europäische Verordnungen** ⁶³ **zur Durchführung der [Artikel 87 und 88] erlassen und insbesondere zur Festlegung der Bedingungen für die Anwendung des [Artikels 88 Absatz 3] sowie zur Festlegung derjenigen Arten von Beihilfen annehmen**, die von diesem Verfahren ausgenommen sind. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

⁶³ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 handelt es sich hierbei um Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter.

II. SOZIALVORSCHRIFTEN

Klausel 65 (ex-Artikel 136)

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten verfolgen eingedenk der sozialen Grundrechte, wie sie in der am 18. Oktober 1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta und in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 festgelegt sind, folgende Ziele: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.

Zu diesem Zweck ~~führen~~ **tragen** die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten ~~Maßnahmen~~ **durch, die bei ihrer Tätigkeit** der Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten, insbesondere in den vertraglichen Beziehungen, sowie der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu erhalten, Rechnung ~~tragen~~.

Sie sind der Auffassung, dass sich eine solche Entwicklung sowohl aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** als auch aus den in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergeben wird.⁶⁴

Klausel 66 (ex-Artikel 137)

(1) Zur Verwirklichung der Ziele des [Artikels 136] unterstützt und ergänzt die ~~Gemeinschaft~~ **Union** die Tätigkeit der Mitgliedstaaten auf folgenden Gebieten:

- a) Verbesserung insbesondere der Arbeitsumwelt zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer,
- b) Arbeitsbedingungen,
- c) soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer,
- d) Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags,
- e) Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer,
- f) Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen, einschließlich der Mitbestimmung, vorbehaltlich des Absatzes 5,
- g) Beschäftigungsbedingungen der Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Gebiet der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aufhalten,

⁶⁴ Dieser Unterabsatz hat offenbar rein deklaratorischen Wert.

- h) berufliche Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen, unbeschadet des [Artikels 150],
- i) Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz,
- j) Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung,
- k) Modernisierung der Systeme des sozialen Schutzes, unbeschadet des Buchstabens c.

(2) Zu diesem Zweck ~~kann der Rat~~ **können:**

- a) Maßnahmen ~~annehmen~~, die dazu bestimmt sind, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten durch Initiativen zu fördern, die die Verbesserung des Wissensstandes, die Entwicklung des Austausches von Informationen und bewährten Verfahren, die Förderung innovativer Ansätze und die Bewertung von Erfahrungen zum Ziel haben, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, **durch europäische Gesetze oder europäische Rahmengesetze festgelegt werden;**
- b) in den in Absatz 1 Buchstaben a bis i genannten Bereichen unter Berücksichtigung der in den einzelnen Mitgliedstaaten bestehenden Bedingungen und technischen Regelungen ~~durch Richtlinien~~ Mindestvorschriften ~~erlassen~~, die schrittweise anzuwenden sind, **durch europäische Rahmengesetze festgelegt werden.** Diese ~~Richtlinien~~ **europäischen Rahmengesetze** sollen keine verwaltungsmäßigen, finanziellen oder rechtlichen Auflagen vorschreiben, die der Gründung und Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen entgegenstehen.

In allen Fällen werden die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen. ⁶⁵

(3) **Abweichend von Absatz 2 werden in den in Absatz 1 Buchstabe c genannten Bereichen die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze vom Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen einstimmig angenommen.**

~~Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen, außer in den in Absatz 1 Buchstaben e, d, f und g genannten Bereichen, in denen er einstimmig auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der genannten Ausschüsse beschließt. Der Rat kann einstimmig auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments beschließen, dass das Verfahren des Artikels 251 auf Absatz 1 Buchstaben d, f und g angewandt wird.~~ ⁶⁶

(3) Ein Mitgliedstaat kann den Sozialpartnern auf deren gemeinsamen Antrag die Durchführung von aufgrund des Absatzes 2 angenommenen ~~Richtlinien~~ **europäischen Rahmengesetzen** übertragen.

⁶⁵ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird das Konsultationsverfahren in den in Artikel 137 Absatz 1 Buchstaben d, f und g genannten Bereichen durch das Mitentscheidungsverfahren ersetzt.

⁶⁶ Der gesamte Unterabsatz ist in den vorausgehenden Text eingeflossen.

In diesem Fall vergewissert sich der Mitgliedstaat, dass die Sozialpartner spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem ~~eine Richtlinie ein europäisches Rahmengesetz nach Artikel 249~~ umgesetzt sein muss, im Wege einer Vereinbarung die erforderlichen Vorkehrungen getroffen haben; dabei hat der Mitgliedstaat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um jederzeit gewährleisten zu können, dass die durch dieses ~~Richtlinie~~ **Rahmengesetz** vorgeschriebenen Ergebnisse erzielt werden.

(4) Die aufgrund dieses Artikels ~~erlassenen Bestimmungen~~ **angenommenen europäischen Gesetze und Rahmengesetze**

- a) berühren nicht die anerkannte Befugnis der Mitgliedstaaten, die Grundprinzipien ihres Systems der sozialen Sicherheit festzulegen, und dürfen das finanzielle Gleichgewicht dieser Systeme nicht erheblich beeinträchtigen;
- b) hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu treffen, die mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind.

(5) Dieser Artikel gilt nicht für das Arbeitsentgelt, das Koalitionsrecht, das Streikrecht sowie das Aussperrungsrecht.

Klausel 67 (ex-Artikel 138)

(1) Die Kommission hat die Aufgabe, die Anhörung der Sozialpartner auf ~~Gemeinschafts~~ **Unionsebene** zu fördern, und ~~erlässt~~ **nimmt** alle zweckdienlichen Maßnahmen **an**, um den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu erleichtern, wobei sie für Ausgewogenheit bei der Unterstützung der Parteien sorgt.

(2) Zu diesem Zweck hört die Kommission vor Unterbreitung von Vorschlägen im Bereich der Sozialpolitik die Sozialpartner zu der Frage, wie eine ~~Gemeinschaftsaktion~~ **Unionsaktion** gegebenenfalls ausgerichtet werden sollte.

(3) Hält die Kommission nach dieser Anhörung eine ~~Gemeinschaftsmaßnahme~~ **Unionsmaßnahme** für zweckmäßig, so hört sie die Sozialpartner zum Inhalt des in Aussicht genommenen Vorschlags. Die Sozialpartner übermitteln der Kommission eine Stellungnahme oder gegebenenfalls eine Empfehlung.

(4) Bei dieser Anhörung können die Sozialpartner der Kommission mitteilen, dass sie den Prozess nach [Artikel 139] in Gang setzen wollen. Die Dauer des Verfahrens darf höchstens neun Monate betragen, sofern die betroffenen Sozialpartner und die Kommission nicht gemeinsam eine Verlängerung beschließen.

Klausel 68 (ex-Artikel 139)

(1) Der Dialog zwischen den Sozialpartnern auf ~~Gemeinschaftsebene~~ **Unionsebene** kann, falls sie es wünschen, zur Herstellung vertraglicher Beziehungen, einschließlich des Abschlusses von Vereinbarungen, führen.

(2) Die Durchführung der auf ~~Gemeinschaftsebene~~ **Unionsebene** geschlossenen Vereinbarungen erfolgt entweder nach den jeweiligen Verfahren und Gepflogenheiten der Sozialpartner und der Mitgliedstaaten oder - in den durch [Artikel 137] erfassten Bereichen - auf gemeinsamen Antrag der Unterzeichnerparteien durch ~~einen Beschluss~~ **eine europäische Verordnung** oder einen europäischen Beschluss ⁶⁷, **die vom Rat** auf Vorschlag der Kommission **angenommen werden**.

~~Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit, sofern nicht Enthält~~ die betreffende Vereinbarung eine oder mehrere Bestimmungen betreffend einen der ~~enthält, für die nach~~ in Artikel 137 Absatz 1 Buchstabe c genannten Bereiche ~~Einstimmigkeit erforderlich ist. In diesem Fall, so~~ beschließt der Rat einstimmig.

Klausel 69 (ex-Artikel 140)

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** fördert die Kommission im Hinblick auf die Erreichung der Ziele des [Artikels 136] die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und erleichtert die Abstimmung ihres Vorgehens in allen unter [dieses Kapitel] fallenden Bereichen der Sozialpolitik, insbesondere auf dem Gebiet

- a) der Beschäftigung,
- b) des Arbeitsrechts und der Arbeitsbedingungen,
- c) der beruflichen Ausbildung und Fortbildung,
- d) der sozialen Sicherheit,
- e) der Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten,
- f) des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit,
- g) des Koalitionsrechts und der Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Zu diesem Zweck wird die Kommission in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten durch Untersuchungen, Stellungnahmen und die Vorbereitung von Beratungen tätig, gleichviel ob es sich um innerstaatliche oder um internationalen Organisationen gestellte Probleme handelt.

Vor Abgabe der in diesem Artikel vorgesehenen Stellungnahmen hört die Kommission den Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Klausel 70 (ex-Artikel 141)

(1) Jeder Mitgliedstaat stellt die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicher.

⁶⁷ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 handelt es sich hierbei um Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter.

(2) Unter "Entgelt" im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt.

Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet,

- a) dass das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird,
- b) dass für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.

(3) ~~der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ **Die Maßnahmen, zur Gewährleistung der die die Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, einschließlich des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit, gewährleisten, werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

(4) Im Hinblick auf die effektive Gewährleistung der vollen Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben hindert der Grundsatz der Gleichbehandlung die Mitgliedstaaten nicht daran, zur Erleichterung der Berufstätigkeit des unterrepräsentierten Geschlechts oder zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Benachteiligungen in der beruflichen Laufbahn spezifische Vergünstigungen beizubehalten oder zu beschließen.

Klausel 71 (ex-Artikel 142)

Die Mitgliedstaaten sind bestrebt, die bestehende Gleichwertigkeit der Ordnungen über die bezahlte Freizeit beizubehalten. ⁶⁸

Klausel 72 (ex-Artikel 143)

Die Kommission erstellt jährlich einen Bericht über den Stand der Verwirklichung der in [Artikel 136] genannten Ziele sowie über die demografische Lage in der ~~Gemeinschaft~~ **Union**. Sie übermittelt diesen Bericht dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss.

~~Das Europäische Parlament kann die Kommission um Berichte zu Einzelproblemen ersuchen, welche die soziale Lage betreffen.~~ ⁶⁹

⁶⁸ Fraglich ist, inwieweit sich diese Bestimmung umsetzen lässt.

⁶⁹ Dieser Unterabsatz ist gleich lautend mit Artikel 145 Absatz 2 und kann daher entfallen.

Klausel 73 (ex-Artikel 144)

Der Rat setzt ⁷⁰ **von sich aus mit einfacher Mehrheit nach Anhörung des Europäischen Parlaments** einen Ausschuss für Sozialschutz mit beratender Aufgabe ein, um die Zusammenarbeit im Bereich des sozialen Schutzes zwischen den Mitgliedstaaten und mit der Kommission zu fördern. **Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

- a) Er verfolgt die soziale Lage und die Entwicklung der Politiken im Bereich des sozialen Schutzes in den Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union**;
- b) er fördert den Austausch von Informationen, Erfahrungen und bewährten Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten und mit der Kommission;
- c) unbeschadet des [Artikels 207] arbeitet er auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus in seinem Zuständigkeitsbereich Berichte aus, gibt Stellungnahmen ab oder wird auf andere Weise tätig.

Bei der Erfüllung seines Auftrags stellt der Ausschuss geeignete Kontakte zu den Sozialpartnern her.

Jeder Mitgliedstaat und die Kommission ernennen zwei Mitglieder des Ausschusses.

Klausel 74 (ex-Artikel 145)

Der Jahresbericht der Kommission an das Europäische Parlament hat stets ein besonderes Kapitel über die Entwicklung der sozialen Lage in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu enthalten.

Das Europäische Parlament kann die Kommission auffordern, Berichte über besondere, die soziale Lage betreffende Fragen auszuarbeiten.

[KAPITEL 2

DER EUROPÄISCHE SOZIALFONDS]

Klausel 75 (ex-Artikel 146)

Um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte im Binnenmarkt zu verbessern und damit zur Hebung der Lebenshaltung beizutragen, wird nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen dieses [Kapitels]~~ ein Europäischer Sozialfonds errichtet, dessen Ziel es ist, innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** die berufliche Verwendbarkeit und die örtliche und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern sowie die Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung zu erleichtern.

⁷⁰ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 handelt es sich hierbei um einen Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter.

Klausel 76 (ex-Artikel 147)

~~Die Verwaltung des~~ **Die Kommission verwaltet den** Fonds ~~obliegt der Kommission.~~

~~Die Kommission~~ Sie wird hierbei von einem Ausschuss unterstützt, der aus Vertretern der ~~Regierungen~~ **Mitgliedstaaten** sowie der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände besteht; den Vorsitz führt ein Mitglied der Kommission

Klausel 77 (ex-Artikel 148)

~~der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **nach dem Gesetzgebungsverfahren** Die den Europäischen Sozialfonds betreffenden ~~Durchführungsbeschlüsse~~ **Durchführungsmaßnahmen werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen.**

III. WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER ZUSAMMENHALT

Klausel 78 (ex-Artikel 158)

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Union als Ganzes zu fördern.

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern.

Klausel 79 (ex-Artikel 159)

Die Mitgliedstaaten führen und koordinieren ihre Wirtschaftspolitik in der Weise, dass auch die in [Artikel 158] genannten Ziele erreicht werden. Die Festlegung und Durchführung der Politiken und Aktionen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** sowie die Errichtung des Binnenmarkts berücksichtigen die Ziele des [Artikels 158] und tragen zu deren Verwirklichung bei.⁷¹ Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** unterstützt auch diese Bemühungen durch die Politik, die sie mit Hilfe der Strukturfonds (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung, Europäischer Sozialfonds, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzierungsinstrumente führt.

⁷¹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen alle drei Jahre Bericht über die Fortschritte bei der Verwirklichung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und über die Art und Weise, in der die in diesem Artikel vorgesehenen Mittel hierzu beigetragen haben. Diesem Bericht werden erforderlichenfalls entsprechende Vorschläge beigelegt.

Unbeschadet der im Rahmen der anderen Politiken der ~~Gemeinschaft~~ **Union** beschlossenen ~~angenommenen~~ Maßnahmen ~~können Falls sich spezifische Aktionen außerhalb der Fonds und spezifische Maßnahmen außerhalb der Fonds durch europäische Gesetze oder europäische Rahmengesetze festgelegt werden, als erforderlich erweisen, so können sie vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251~~ **Diese werden** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses ~~und sowie des Ausschusses der Regionen angenommen~~ **beschlossen werden.**

Klausel 80 (ex-Artikel 160)

Aufgabe des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ist es, durch Beteiligung an der Entwicklung und an der strukturellen Anpassung der rückständigen Gebiete und an der Umstellung der Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** beizutragen.

Klausel 81 (ex-Artikel 161)

Unbeschadet des [Artikels 162] ~~legt der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments sowie nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen einstimmig werden~~ die Aufgaben, die vorrangigen Ziele und die Organisation der Strukturfonds **fest**, was ihre Neuordnung einschließen kann, ~~Nach demselben Verfahren legt der Rat ferner und~~ die für die Fonds geltenden allgemeinen Regeln sowie die Bestimmungen **fest**, die zur Gewährleistung einer wirksamen Arbeitsweise und zur Koordinierung der Fonds sowohl untereinander als auch mit den anderen vorhandenen Finanzierungsinstrumenten erforderlich sind, **durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze** ⁷² **festgelegt.**

Ein durch ein europäisches Gesetz ⁷³ **eingerrichteter** ~~Ein vom Rat nach demselben Verfahren errichteter~~ Kohäsionsfonds **trägt** zu Vorhaben in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Netze auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur finanziell bei.

In allen Fällen werden die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen.

⁷² Gemäß dem Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung" (CONV 424/02, S. 17) und dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird die Zustimmung durch das Mitentscheidungsverfahren ersetzt.

⁷³ Es wird vorgeschlagen, hier einzig und allein auf die europäischen Gesetze Bezug zu nehmen, da die europäischen Rahmengesetze hier insofern, als es sich um die Schaffung eines Finanzierungsinstruments auf Unionsebene handelt, nicht als Rechtsakte in Frage kommen.

~~Der Rat beschließt ab dem 1. Januar 2007 mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen, falls die ab dem 1. Januar 2007 geltende mehrjährige Finanzielle Vorausschau und die dazugehörige Interinstitutionelle Vereinbarung bis zu diesem Zeitpunkt angenommen sind. Ist dies nicht der Fall, so wird das in diesem Absatz vorgesehene Verfahren ab dem Zeitpunkt ihrer Annahme angewandt.~~

Klausel 82 (ex-Artikel 162)

Die den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung betreffenden Durchführungs**beschlüsse-
maßnahmen werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt.** ~~werden vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und Diese werden~~ nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen ~~gefasst~~**angenommen.**

Für den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, und den Europäischen Sozialfonds sind die [Artikel 37 bzw. 148] ~~weiterhin~~ anwendbar.

IV. LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

Klausel 83 (Artikel 31a) ⁷⁴

Die Union führt eine gemeinsame Landwirtschafts- und Fischereipolitik.

Unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Erzeugnisse des Bodens, der Viehzucht und der Fischerei sowie die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe zu verstehen. Die Bezugnahmen auf die gemeinsame Agrarpolitik oder auf die Landwirtschaft und die Verwendung des Wortes "landwirtschaftlich" sind in dem Sinne zu verstehen, dass damit auch die Fischerei gemeint ist.

Klausel 84 (ex-Artikel 32)

(1) ~~Der Gemeinsame Markt~~ **Binnenmarkt** umfasst auch die Landwirtschaft und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. ~~Unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Erzeugnisse des Bodens, der Viehzucht und der Fischerei sowie die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe zu verstehen.~~

(2) Die Vorschriften für die Errichtung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** finden auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Anwendung, soweit in den [Artikeln 33 bis 38] nicht etwas anderes bestimmt ist.

⁷⁴ Dieser Text wird im Anschluss an das Zusatzmandat vom 2. April 2003 vorgeschlagen (Anpassung des Wortlauts nach Einfügung des Bereichs der Fischerei in die Überschrift. Die Frage der Zweckmäßigkeit des letzten Satzes sollte Gegenstand einer zusätzlichen technischen Prüfung sein.

(3) **Für die in [Anhang I] aufgeführten Erzeugnisse, für welche gelten die Artikel 33 bis 38 gelten, sind in der diesem Vertrag als Anhang I beigefügten Liste aufgeführt.**⁷⁵

(4) Mit dem Funktionieren und der Entwicklung des ~~gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** für landwirtschaftliche Erzeugnisse muss die Gestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik Hand in Hand gehen.

Klausel 85 (ex-Artikel 33)

(1) Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist es:

- a) die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern;
- b) auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten;
- c) die Märkte zu stabilisieren;
- d) die Versorgung sicherzustellen;
- e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen.

(2) Bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik und der hierfür anzuwendenden besonderen Methoden ist Folgendes zu berücksichtigen:

- a) die besondere Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die sich aus dem sozialen Aufbau der Landwirtschaft und den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete ergibt;
- b) die Notwendigkeit, die geeigneten Anpassungen stufenweise durchzuführen;
- c) die Tatsache, dass die Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten einen mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochtenen Wirtschaftsbereich darstellt.

Klausel 86 (ex-Artikel 34)

(1) Um die Ziele des [Artikels 33] zu erreichen, wird eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte geschaffen.

Diese besteht je nach Erzeugnis aus einer der folgenden Organisationsformen:

- a) gemeinsame Wettbewerbsregeln;

⁷⁵ Es wird vorgeschlagen, diese überflüssigen Formulierungen zu streichen, da nur auf einen Anhang zur Verfassung Bezug genommen werden kann.

- b) bindende Koordinierung der verschiedenen einzelstaatlichen Marktordnungen;
- c) eine europäische Marktordnung.

(2) Die nach Absatz 1 gestaltete gemeinsame Organisation kann alle zur Durchführung des [Artikels 33] erforderlichen Maßnahmen einschließen, insbesondere Preisregelungen, Beihilfen für die Erzeugung und die Verteilung der verschiedenen Erzeugnisse, Einlagerungs- und Ausgleichsmaßnahmen, gemeinsame Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr.

Die gemeinsame Organisation hat sich auf die Verfolgung der Ziele des [Artikels 33] zu beschränken und jede Diskriminierung zwischen Erzeugern oder Verbrauchern innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** auszuschließen.

Eine etwaige gemeinsame Preispolitik muss auf gemeinsamen Grundsätzen und einheitlichen Berechnungsmethoden beruhen.

(3) Um der in Absatz 1 genannten gemeinsamen Organisation die Erreichung ihrer Ziele zu ermöglichen, können ein oder mehrere Ausrichtungs- oder Garantiefonds für die Landwirtschaft geschaffen werden.

Klausel 87 (ex-Artikel 35)

Um die Ziele des [Artikels 33] zu erreichen, können im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik folgende Maßnahmen vorgesehen werden:

- a) eine wirksame Koordinierung der Bestrebungen auf dem Gebiet der Berufsausbildung, der Forschung und der Verbreitung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse; hierbei können Vorhaben oder Einrichtungen gemeinsam finanziert werden;
- b) gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des Verbrauchs bestimmter Erzeugnisse.

Klausel 88 (ex-Artikel 36) ⁷⁶

Das [Kapitel] über die Wettbewerbsregeln findet auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen nur insoweit Anwendung, als der Rat dies unter Berücksichtigung der Ziele des [Artikels 33] im Rahmen des [Artikels 37 Absätze 2 und 3] und gemäß dem dort vorgesehenen Verfahren bestimmt.

Der Rat kann insbesondere **Maßnahmen annehmen genehmigen, mit denen genehmigt wird**, dass Beihilfen gewährt werden

- a) zum Schutz von Betrieben, die durch strukturelle oder naturgegebene Bedingungen benachteiligt sind, oder

⁷⁶ Dieser Artikel sollte überprüft werden, sobald der Konvent die die Gesetzgebung und die nicht die Gesetzgebung betreffenden Aspekte der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik bestimmt hat.

- b) im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme.

Klausel 89 (ex-Artikel 37)

~~(1) — Zur Erarbeitung der Grundlinien für eine gemeinsame Agrarpolitik beruft die Kommission unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Vertrags eine Konferenz der Mitgliedstaaten ein, um einen Vergleich ihrer Agrarpolitik, insbesondere durch Gegenüberstellung ihrer Produktionsmöglichkeiten und ihres Bedarfs, vorzunehmen.~~

(2) ~~Unter Berücksichtigung der Arbeiten der in Absatz 1 vorgesehenen Konferenz legt Die Kommission~~ **legt** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses ~~binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags~~ zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik Vorschläge vor, welche unter anderem die Ablösung der einzelstaatlichen Marktordnungen durch eine der in [Artikel 34 Absatz 1] vorgesehenen gemeinsamen Organisationsformen sowie die Durchführung der in [diesem Titel] bezeichneten Maßnahmen vorsehen.

Diese Vorschläge ~~müssen~~ **tragen** dem inneren Zusammenhang der in diesem Titel aufgeführten landwirtschaftlichen Fragen Rechnung ~~tragen~~.

~~Der Rat erlässt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments Verordnungen, Richtlinien oder Entscheidungen, unbeschadet seiner etwaigen [Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission europäische Gesetze/europäische Verordnungen⁷⁷, europäische Rahmengesetze, europäische Beschlüsse und Empfehlungen an. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.]~~

(3) ~~Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit⁷⁸ Die einzelstaatlichen Marktordnungen~~ **können** nach Maßgabe des Absatzes 2 durch die in [Artikel 34 Absatz 1] vorgesehene gemeinsame Organisation ~~ersetzen~~ **ersetzt werden**,

- a) wenn sie den Mitgliedstaaten, die sich gegen diese Maßnahme ausgesprochen haben und eine eigene Marktordnung für die in Betracht kommende Erzeugung besitzen, gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger bietet; hierbei sind die im Zeitablauf möglichen Anpassungen und erforderlichen Spezialisierungen zu berücksichtigen, und
- b) wenn die gemeinsame Organisation für den Handelsverkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** Bedingungen sicherstellt, die denen eines Binnenmarkts entsprechen.

⁷⁷ In Anbetracht der im Zusatzmandat vom 29. April 2003 vorgesehenen Ausführungen ("Zu einem späteren Zeitpunkt muss festgelegt werden, welche Aspekte der Agrarpolitik als die Gesetzgebung betreffende Aspekte und welche Aspekte als nicht die Gesetzgebung betreffende Aspekte gelten sollen") wird die Formulierung dieser Rechtsgrundlage gegenüber der des Berichts der Gruppe vom 13. März 2003 unverändert gelassen.

⁷⁸ Diese Formulierung ist überflüssig, da das hierfür geltende Verfahren bereits durch die Bezugnahme auf Artikel 37 Absatz 2 genannt wird.

(4) Wird eine gemeinsame Organisation für bestimmte Rohstoffe geschaffen, bevor eine gemeinsame Organisation für die entsprechenden weiterverarbeiteten Erzeugnisse besteht, so können die betreffenden Rohstoffe aus Ländern außerhalb der **Gemeinschaft Union** eingeführt werden, wenn sie für weiterverarbeitete Erzeugnisse verwendet werden, die zur Ausfuhr nach dritten Ländern bestimmt sind.

Klausel 90 (ex-Artikel 38)

Besteht in einem Mitgliedstaat für ein Erzeugnis eine innerstaatliche Marktordnung oder Regelung gleicher Wirkung und wird dadurch eine gleichartige Erzeugung in einem anderen Mitgliedstaat in ihrer Wettbewerbslage beeinträchtigt, so erheben die Mitgliedstaaten bei der Einfuhr des betreffenden Erzeugnisses aus dem Mitgliedstaat, in dem die genannte Marktordnung oder Regelung besteht, eine Ausgleichsabgabe, es sei denn, dass dieser Mitgliedstaat eine Ausgleichsabgabe bei der Ausfuhr erhebt.

Die Kommission setzt diese Abgaben in der zur Wiederherstellung des Gleichgewichts erforderlichen Höhe fest; sie kann auch andere Maßnahmen genehmigen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

V. UMWELT

Klausel 91 (ex-Artikel 174)

(1) Die Umweltpolitik der **Gemeinschaft Union** trägt zur Verfolgung der nachstehenden Ziele bei:

- a) Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität;
- b) Schutz der menschlichen Gesundheit;
- c) umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen;
- d) Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme.

(2) Die Umweltpolitik der **Gemeinschaft Union** zielt unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Regionen der **Gemeinschaft Union** auf ein hohes Schutzniveau ab. Sie beruht auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung, auf dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen, sowie auf dem Verursacherprinzip.

Im Hinblick hierauf umfassen die den Erfordernissen des Umweltschutzes entsprechenden Harmonisierungsmaßnahmen gegebenenfalls eine Schutzklausel, mit der die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, aus nicht wirtschaftlich bedingten umweltpolitischen Gründen vorläufige **Maßnahmen Vorkehrungen zu treffen**, die einem **gemeinschaftlichen** Kontrollverfahren **der Union** unterliegen.

- (3) Bei der Erarbeitung ihrer Umweltpolitik berücksichtigt die **Gemeinschaft Union**
- a) die verfügbaren wissenschaftlichen und technischen Daten;
 - b) die Umweltbedingungen in den einzelnen Regionen der **Gemeinschaft Union**;
 - c) die Vorteile und die Belastung aufgrund des Tätigwerdens bzw. eines Nichttätigwerdens;
 - d) die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der **Gemeinschaft Union** insgesamt sowie die ausgewogene Entwicklung ihrer Regionen.

(4) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse mit dritten Ländern und den zuständigen internationalen Organisationen zusammen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit der **Gemeinschaft Union** können Gegenstand von Abkommen zwischen dieser und den betreffenden dritten Parteien sein, die nach [Artikel 300] ausgehandelt und geschlossen werden.

Unterabsatz 1 berührt nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, in internationalen Gremien zu verhandeln und internationale Abkommen zu schließen.

Klausel 92 (ex-Artikel 175)

(1) ~~der Rat beschließt nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **Die Maßnahmen über das Tätigwerden der Gemeinschaft zur Erreichung der in [Artikel 174] genannten Ziele werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen angenommen.**

(2) Abweichend von ~~dem Beschlussverfahren des Absatzes Absatz 1~~ und unbeschadet des [Artikels 95] ~~erlässt nimmt der Rat auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen einstimmig~~ **europäische Gesetze oder Rahmengesetze an, die Folgendes betreffen:**

- a) ~~Vorschriften~~ **Maßnahmen** überwiegend steuerlicher Art;
- b) Maßnahmen, die
 - i) die Raumordnung berühren;
 - ii) die mengenmäßige Bewirtschaftung der Wasserressourcen berühren oder die Verfügbarkeit dieser Ressourcen mittelbar oder unmittelbar betreffen;
 - iii) die Bodennutzung mit Ausnahme der Abfallbewirtschaftung berühren;

- c) Maßnahmen, welche die Wahl eines Mitgliedstaats zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung erheblich berühren.

In einem europäischen Gesetz⁷⁹ des Rates kann nach dem Verfahren des Unterabsatzes 1 kann einstimmig festgelegt werden, in welchen der in diesem Absatz genannten Bereichen der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschlossen wird beschließt.

In allen Fällen beschließt der Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.

(3) In anderen Bereichen⁸⁰ ~~der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen in anderen Bereichen werden~~ allgemeine Aktionsprogramme, in denen die vorrangigen Ziele festgelegt werden, **durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen.**

~~Der Rat legt nach Absatz 1 bzw. Absatz 2~~ Die zur Durchführung dieser Programme erforderlichen Maßnahmen **werden, je nach Fall, nach dem in Absatz 1 bzw. Absatz 2 vorgesehenen Verfahren angenommen fest.**⁸¹

(4) Unbeschadet bestimmter Maßnahmen **der Union gemeinschaftlicher Art** tragen die Mitgliedstaaten für die Finanzierung und Durchführung der Umweltpolitik Sorge.

(5) Sofern eine Maßnahme nach Absatz 1 mit unverhältnismäßig hohen Kosten für die Behörden eines Mitgliedstaats verbunden ist, ~~sieht der Rat wird darin~~ unbeschadet des Verursacherprinzips ~~in dem Rechtsakt zur Annahme dieser Maßnahme geeignete Bestimmungen in folgender in geeigneter Form Folgendes vorgesehen vor:~~

- a) vorübergehende Ausnahmeregelungen und/oder
- b) eine finanzielle Unterstützung aus dem ~~nach Artikel 161 errichteten~~⁸² Kohäsionsfonds.

Klausel 93 (ex-Artikel 176)

Die Schutzmaßnahmenbestimmungen, die aufgrund des [Artikels 175] ~~getroffen~~ **angenommen** werden, hindern die einzelnen Mitgliedstaaten nicht daran, verstärkte Schutzmaßnahmenbestimmungen beizubehalten oder ~~zu ergreifen einzuführen~~. Die betreffenden Maßnahmen **Bestimmungen** müssen mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sein. Sie werden der Kommission notifiziert.

⁷⁹ Dieser Unterabsatz wird im Zusatzmandat vom 29. April 2003 nicht erwähnt. In Anbetracht der Tragweite dieses Rechtsakts wird vorgeschlagen, hier die Annahme eines europäischen Gesetzes vorzusehen.

⁸⁰ Dieser Satzteil könnte entfallen, da das Europäische Parlament und der Rat in Wirklichkeit Rahmenprogramme von allgemeiner Tragweite annehmen.

⁸¹ Dieser Unterabsatz scheint überflüssig zu sein, da darin lediglich auf die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Beschlussfassungsverfahren verwiesen wird.

⁸² Dieser Zusatz ist überflüssig, da es nur einen einzigen Kohäsionsfonds gibt.

VI. VERBRAUCHERSCHUTZ

Klausel 94 (ex-Artikel 153)

- (1) Zur Förderung der Interessen der Verbraucher und zur Gewährleistung eines hohen Verbraucherschutzniveaus leistet die **Gemeinschaft Union** einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher sowie zur Förderung ihres Rechtes auf Information, Erziehung und Bildung von Vereinigungen zur Wahrung ihrer Interessen.
- (2) Den Erfordernissen des Verbraucherschutzes wird bei der Festlegung und Durchführung der anderen **GemeinschaftsUnions**politiken und -maßnahmen Rechnung getragen.⁸³
- (3) Die **Gemeinschaft Union** leistet einen Beitrag zur Erreichung der in Absatz 1 genannten Ziele durch
- a) Maßnahmen, die sie im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarkts nach [Artikel 95] **erlässt annimmt**;
 - b) Maßnahmen zur Unterstützung, Ergänzung und Überwachung der Politik der Mitgliedstaaten.
- (4) ~~der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ **Die Maßnahmen nach Absatz 3 Buchstabe b werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**
- (5) Die nach Absatz 4 ~~beschlossenen~~ **angenommenen** Maßnahmen hindern die einzelnen Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutz**maßnahmenbestimmungen** beizubehalten oder zu ~~er-~~**greifen erlassen**. Diese **Maßnahmen Bestimmungen** müssen mit ~~diesem Vertrag der Verfassung~~ vereinbar sein. Sie werden der Kommission mitgeteilt.

VII. VERKEHR

Klausel 95 (ex-Artikel 70)

Auf dem in diesem Titel geregelten Sachgebiet ⁸⁴ ~~verfolgen die Mitgliedstaaten werden~~ die Ziele ~~dieses Vertrags der Verfassung~~ im Rahmen einer gemeinsamen Verkehrspolitik **verfolgt**.

⁸³ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

⁸⁴ Da hier eine geteilte Zuständigkeit gegeben ist, wird vorgeschlagen, die Formulierung "verfolgen die Mitgliedstaaten", die im einleitenden Teil der anderen Politikbereiche nicht verwendet wird, zu streichen. Siehe auch den Vorschlag für eine Zusammenlegung mit Artikel 80.

(4) Zur Durchführung des [Artikels 70] ~~wird werden der Rat~~ unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Verkehrs **europäische Gesetze oder Rahmengesetze**⁸⁵ **erlassen**. ~~gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen Diese werden~~ nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen **angenommen**. ~~Diese Maßnahmen~~

Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze umfassen Folgendes:

- a) **gemeinsame Regeln** für den internationalen Verkehr aus oder nach dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats oder für den Durchgangsverkehr durch das Hoheitsgebiet eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ~~gemeinsame Regeln aufstellen~~;
- b) **Bedingungen** für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Verkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem sie nicht ansässig sind; ~~die Bedingungen festlegen~~;
- c) Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ~~erlassen~~;
- d) alle sonstigen zweckdienlichen ~~Vorschriften erlassen~~ **Maßnahmen**.

(2) ~~Abweichend von dem in [Absatz 1] vorgesehenen Verfahren werden die Vorschriften über Maßnahmen betreffend die Grundsätze der Verkehrsordnung, deren Anwendung die Lebenshaltung und die Beschäftigungslage in bestimmten Gebieten sowie den Betrieb der Verkehrseinrichtungen ernstlich beeinträchtigen könnte, vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses einstimmig erlassen angenommen; dabei berücksichtigt er die Notwendigkeit einer Anpassung an die sich aus der Errichtung des Gemeinsamen Marktes Binnenmarktes ergebende wirtschaftliche Entwicklung. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.~~

Bis ~~zum Erlass~~ **zur Annahme** der in [Artikel 71 Absatz 1] genannten ~~Vorschriften~~ **europäischen Gesetze oder Rahmengesetze** darf ein Mitgliedstaat die verschiedenen, am 1. Januar 1958 oder, im Falle später beigetretener Staaten, zum Zeitpunkt ihres Beitritts auf diesem Gebiet geltenden Vorschriften in ihren unmittelbaren oder mittelbaren Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmer anderer Mitgliedstaaten im Vergleich zu den inländischen Verkehrsunternehmen nicht ungünstiger gestalten, es sei denn, dass **der Rat einstimmig ein europäisches Gesetz**⁸⁶ **annimmt, das etwas anderes billigt eine Ausnahmeregelung zulässt**.

⁸⁵ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird das Konsultationsverfahren durch das Mitentscheidungsverfahren ersetzt. Daher kann alles in einem einzigen Absatz zusammengefasst werden, was zu einer geringfügigen Ausdehnung der obligatorischen Anhörung des Ausschusses der Regionen führt, die gegenwärtig nur für die im derzeitigen Absatz 1 genannten Fälle vorgesehen ist.

⁸⁶ Es wird vorgeschlagen, nur auf die europäischen Gesetze Bezug zu nehmen, da diese Abweichung aus Gründen der rechtlichen Kohärenz nur durch ein Gesetz eingeräumt werden kann.

Klausel 98 (ex-Artikel 73)

Mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind Beihilfen, die den Erfordernissen der Koordination des Verkehrs oder der Abgeltung bestimmter, mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen entsprechen.

Klausel 99 (ex-Artikel 74)

Jede Maßnahme auf dem Gebiet der Beförderungsentgelte und -bedingungen, die im Rahmen ~~dieses Vertrags~~ **getroffen der Verfassung angenommen** wird, hat der wirtschaftlichen Lage der Verkehrsunternehmer Rechnung zu tragen.

Klausel 100 (ex-Artikel 75)

(1) Im Verkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **werden Union sind** die Diskriminierungen ~~beseitigt~~ **verboten**, die darin bestehen, dass ein Verkehrsunternehmer in denselben Verkehrsverbindungen für die gleichen Güter je nach ihrem ~~Herkunfts- oder Bestimmungsland~~ **Herkunfts- oder Bestimmungsmitgliedstaat** unterschiedliche Frachten und Beförderungsbedingungen anwendet.

(2) Absatz 1 schließt nicht aus, **dass sonstige europäische Gesetze oder Rahmengesetze** ~~der Rat gemäß [Artikel 71 Absatz 1] treffen kann annehmen~~ **angenommen werden können**.

(3) Der Rat ~~trifft mit qualifizierter Mehrheit~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses eine Regelung~~ **mit qualifizierter Mehrheit** die zur Durchführung des Absatzes 1 **erforderlichen europäischen Verordnungen oder Beschlüsse** ⁸⁷ **an. Er beschließt nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Er kann insbesondere die erforderlichen ~~Vorschriften erlassen~~ **europäischen Verordnungen oder Beschlüsse annehmen**, um es den Organen ~~der Gemeinschaft~~ zu ermöglichen, für die Beachtung des Absatzes 1 Sorge zu tragen, und um den Verkehrsnutzern die Vorteile dieser Bestimmung voll zukommen zu lassen.

(4) Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats die Diskriminierungsfälle des Absatzes 1 und ~~erlässt~~ **nimmt** nach Beratung mit jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat die erforderlichen ~~Entscheidungen~~ **europäischen Beschlüsse** im Rahmen der ~~gemäß~~ in Absatz 3 ~~getroffenen Regelung~~ **genannten europäischen Verordnungen oder Beschlüsse an.**

⁸⁷ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 handelt es sich hierbei um Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter.

Klausel 101 (ex-Artikel 76)

- (1) Im Verkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** sind die von einem Mitgliedstaat auferlegten Frachten und Beförderungsbedingungen verboten, die in irgendeiner Weise der Unterstützung oder dem Schutz eines oder mehrerer bestimmter Unternehmen oder Industrien dienen, es sei denn, dass die Kommission **mit einem europäischen Beschluss** die Genehmigung hierzu erteilt.
- (2) Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats die in Absatz 1 bezeichneten Frachten und Beförderungsbedingungen; hierbei berücksichtigt sie insbesondere sowohl die Erfordernisse einer angemessenen Standortpolitik, die Bedürfnisse der unterentwickelten Gebiete und die Probleme der durch politische Umstände schwer betroffenen Gebiete als auch die Auswirkungen dieser Frachten und Beförderungsbedingungen auf den Wettbewerb zwischen den Verkehrsarten.
- Die Kommission ~~erlässt~~ **nimmt** die erforderlichen ~~Entscheidungen~~ **europäischen Beschlüsse** nach Beratung mit jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat **an**.
- (3) Das in Absatz 1 genannte Verbot ~~trifft~~ **gilt nicht für** die Wettbewerbsstarife.

Klausel 102 (ex-Artikel 77)

Die Abgaben oder Gebühren, die ein Verkehrsunternehmer neben den Frachten [beim Grenzübergang] in Rechnung stellt ⁸⁸, dürfen unter Berücksichtigung der hierdurch tatsächlich verursachten Kosten eine angemessene Höhe nicht übersteigen.

Die Mitgliedstaaten werden bemüht sein, diese Kosten ~~schrittweise~~ zu verringern.
Die Kommission kann zur Durchführung dieses Artikels Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten.

Klausel 103 [(ex-Artikel 78) ⁸⁹

Die Bestimmungen dieses Titels stehen Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland nicht entgegen, soweit sie erforderlich sind, um die wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen, die der Wirtschaft bestimmter, von der Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik aus dieser Teilung entstehen.]

⁸⁸ Es stellt sich die Frage, welche Arten von Abgaben vom Verkehrsunternehmer in Rechnung gestellt werden. Ferner dürfte bei einem Binnenmarkt ohne Binnengrenzen die Formulierung "beim Grenzübergang" hinfällig sein. Es wäre zu prüfen, ob dieser Artikel nicht überflüssig ist.

⁸⁹ Der Konvent wird es möglicherweise für sinnvoll halten zu prüfen, ob dieser Artikel noch relevant ist (siehe auch Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe c).

Klausel 104 (ex-Artikel 79)

Bei der Kommission wird ein beratender Ausschuss gebildet; er besteht aus Sachverständigen, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden. Die Kommission hört den Ausschuss je nach Bedarf in Verkehrsfragen an[; die Befugnisse des Wirtschafts- und Sozialausschusses bleiben unberührt]⁹⁰.

Klausel 105 (ex-Artikel 80)

(1) Dieser Titel gilt für die Beförderungen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr.

(2) ~~Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit darüber entscheiden, ob, inwieweit und nach welchen Verfahren geeignete Vorschriften~~ **Geeignete Maßnahmen** für die Seeschifffahrt und Luftfahrt **können durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt werden. erlassen sind** **Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen angenommen.**

~~Die Verfahrensvorschriften des Artikels 71 finden Anwendung.~~

VIII. TRANSEUROPÄISCHE NETZE

Klausel 106 (ex-Artikel 154)

(1) Um einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der [Artikel 14 und 158] zu leisten und den Bürgern der Union, den Wirtschaftsbeteiligten sowie den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in vollem Umfang die Vorteile zugute kommen zu lassen, die sich aus der Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen ergeben, trägt die ~~Gemeinschaft~~ **Union** zum Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze in den Bereichen der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur bei.

(2) Die Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zielt im Rahmen eines Systems offener und wettbewerbsorientierter Märkte auf die Förderung des Verbunds und der Interoperabilität der einzelstaatlichen Netze sowie des Zugangs zu diesen Netzen ab. Sie trägt insbesondere der Notwendigkeit Rechnung, insulare, eingeschlossene und am Rande gelegene Gebiete mit den zentralen Gebieten der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu verbinden.

⁹⁰ Es wird vorgeschlagen, diesen überflüssigen Satz zu streichen, da es eine Selbstverständlichkeit ist, dass die Anhörung dieses Ausschusses die Befugnisse des Wirtschafts- und Sozialausschusses nicht berühren darf.

Klausel 107 (ex-Artikel 155)

- (1) Zur Erreichung der Ziele des [Artikels 154] geht die **Gemeinschaft Union** wie folgt vor:
- a) Sie stellt eine Reihe von Leitlinien auf, in denen die Ziele, die Prioritäten und die Grundzüge der im Bereich der transeuropäischen Netze in Betracht gezogenen Aktionen erfasst werden; in diesen Leitlinien werden Vorhaben von gemeinsamem Interesse ausgewiesen;
 - b) sie führt jede Aktion durch, die sich gegebenenfalls als notwendig erweist, um die Interoperabilität der Netze zu gewährleisten, insbesondere im Bereich der Harmonisierung der technischen Normen;
 - c) sie kann von den Mitgliedstaaten unterstützte Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die im Rahmen der Leitlinien gemäß ~~dem ersten Gedankenstrich~~ **Buchstabe a** ausgewiesen sind, insbesondere in Form von Durchführbarkeitsstudien, Anleihebürgschaften oder Zinszuschüssen unterstützen; die **Gemeinschaft Union** kann auch über den ~~nach Artikel 161 errichteten~~ Kohäsionsfonds zu spezifischen Verkehrsinfrastrukturvorhaben in den Mitgliedstaaten finanziell beitragen.

Die **Gemeinschaft Union** berücksichtigt bei ihren Maßnahmen die potenzielle wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Vorhaben.

(2) ~~der Rat~~ Die Leitlinien und die übrigen Maßnahmen nach Artikel 155 Absatz 1 **werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden** ~~werden vom Rat Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und sowie des Ausschusses der Regionen festgelegt angenommen.~~

Leitlinien und Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats betreffen, bedürfen der Billigung des betroffenen Mitgliedstaats.⁹¹

~~(2)~~(3) Die Mitgliedstaaten koordinieren untereinander in Verbindung mit der Kommission die einzelstaatlichen Politiken, die sich erheblich auf die Verwirklichung der Ziele des [Artikels 154] auswirken können. Die Kommission kann in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

~~(3)~~(4) Die **Gemeinschaft Union** kann ~~beschließen, mit dritten Ländern~~ zur Förderung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse sowie zur Sicherstellung der Interoperabilität der Netze **mit dritten Ländern** zusammenzuarbeiten.

Artikel 156

~~Die Leitlinien und die übrigen Maßnahmen nach Artikel 155 Absatz 1 werden vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen festgelegt.~~

⁹¹ Zur Vereinfachung wurde Artikel 156 vollständig in den neuen Absatz 2 übernommen, der die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Union in Bezug auf die transeuropäischen Netze bildet; die markierten Änderungsvorschläge beziehen sich auf die derzeitige Fassung dieses Artikels.

~~Leitlinien und Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats betreffen, bedürfen der Billigung des betroffenen Mitgliedstaats.~~⁹²

IX. FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG

Klausel 108 (ex-Artikel 163)

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** hat zum Ziel, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Industrie der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu stärken und die Entwicklung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern sowie alle Forschungsmaßnahmen zu unterstützen, die aufgrund anderer Kapitel ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** für erforderlich gehalten werden.
- (2) In diesem Sinne unterstützt sie in der gesamten ~~Gemeinschaft~~ **Union** die Unternehmen - einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen -, die Forschungszentren und die Hochschulen bei ihren Bemühungen auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung von hoher Qualität; sie fördert ihre Zusammenarbeitsbestrebungen, damit die Unternehmen vor allem die Möglichkeiten des Binnenmarkts voll nutzen können, und zwar insbesondere durch Öffnen des einzelstaatlichen öffentlichen Auftragswesens, Festlegung gemeinsamer Normen und Beseitigung der dieser Zusammenarbeit entgegenstehenden rechtlichen und steuerlichen Hindernisse.
- (3) Alle Maßnahmen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** auf dem Gebiet der Forschung und der technologischen Entwicklung, einschließlich der Demonstrationsvorhaben, werden nach Maßgabe [dieses Titels] beschlossen und durchgeführt.

Klausel 109 (ex-Artikel 164)

Zur Erreichung dieser Ziele trifft die ~~Gemeinschaft~~ **Union** folgende Maßnahmen, welche die in den Mitgliedstaaten durchgeführten Aktionen ergänzen:

- a) Durchführung von Programmen für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration unter Förderung der Zusammenarbeit mit und zwischen Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen;
- b) Förderung der Zusammenarbeit mit dritten Ländern und internationalen Organisationen auf dem Gebiet der ~~gemeinschaftlichen~~ Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union**;
- c) Verbreitung und Auswertung der Ergebnisse der Tätigkeiten auf dem Gebiet der ~~gemeinschaftlichen~~ Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union**;

⁹² Dieser Artikel könnte entfallen; siehe vorausgehende Fußnote.

- d) Förderung der Ausbildung und der Mobilität der Forscher aus der **Gemeinschaft Union**.

Klausel 110 (ex-Artikel 165)

- (1) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Tätigkeiten auf dem Gebiet der Forschung und der technologischen Entwicklung, um die Kohärenz der einzelstaatlichen Politiken und der Politik der **Gemeinschaft Union** sicherzustellen.
- (2) Die Kommission kann in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die der Koordinierung nach Absatz 1 förderlich sind.

Klausel 111 (ex-Artikel 166)

- (1) ~~Das der Rat stellt nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses ein~~ mehrjähriges Rahmenprogramm, in dem alle Aktionen der Union zusammengefasst werden, **wird durch ein europäisches Gesetz⁹³ festgelegt. Dieses wird nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

In dem Rahmenprogramm werden

- a) die wissenschaftlichen und technologischen Ziele, die mit den Maßnahmen nach [Artikel 164] erreicht werden sollen, sowie die jeweiligen Prioritäten festgelegt;
- b) die Grundzüge dieser Maßnahmen angegeben;
- c) der Gesamthöchstbetrag und die Einzelheiten der finanziellen Beteiligung der **Gemeinschaft Union** am Rahmenprogramm sowie die jeweiligen Anteile der vorgesehenen Maßnahmen festgelegt.
- (2) Das Rahmenprogramm wird je nach Entwicklung der Lage angepasst oder ergänzt.
- (3) Die Durchführung des Rahmenprogramms erfolgt durch spezifische Programme, die innerhalb einer jeden Aktion entwickelt werden. In jedem spezifischen Programm werden die Einzelheiten seiner Durchführung, seine Laufzeit und die für notwendig erachteten Mittel festgelegt. Die Summe der in den spezifischen Programmen für notwendig erachteten Beträge darf den für das Rahmenprogramm und für jede Aktion festgesetzten Gesamthöchstbetrag nicht überschreiten.

⁹³ Es wird vorgeschlagen, hier nur auf europäische Gesetze abzustellen, da es sich bei dem Rechtsakt nicht um ein Rahmengesetz handeln kann, weil es um die Schaffung eines operationellen Rahmens auf der Ebene der Union geht.

(4) Der Rat ~~nimmt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ **die europäischen Verordnungen oder Beschlüsse⁹⁴ an, mit denen die spezifischen Programme festgelegt werden. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments sowie des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Klausel 112 (ex-Artikel 167)⁹⁵

Zur Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms ~~legt der Rat~~ **wird durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze** Folgendes festgelegt:

- a) die Regeln für die Beteiligung der Unternehmen, der Forschungszentren und der Hochschulen;
- b) die Regeln für die Verbreitung der Forschungsergebnisse.

Diese europäischen Gesetze oder Rahmengesetze werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.

Klausel 113 (ex-Artikel 168)

Bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms können Zusatzprogramme ~~beschlossen~~ **angenommen** werden, an denen nur bestimmte Mitgliedstaaten teilnehmen, die sie vorbehaltlich einer etwaigen Beteiligung der ~~Gemeinschaft~~ **Union** auch finanzieren.

~~Der Rat legt~~ **Die Regeln für die Zusatzprogramme, insbesondere hinsichtlich der Verbreitung der Kenntnisse und des Zugangs anderer Mitgliedstaaten, werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

Für die Annahme der Zusatzprogramme ist die Zustimmung der daran beteiligten Mitgliedstaaten erforderlich.⁹⁶

Klausel 114 (ex-Artikel 169)

~~Die Gemeinschaft~~ **Europäische Gesetze oder Rahmengesetze** können im Einvernehmen mit den betreffenden Mitgliedstaaten bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms eine Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsprogrammen mehrerer Mitgliedstaaten, einschließlich der Beteiligung an den zu ihrer Durchführung geschaffenen Strukturen, vorsehen.

Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.

⁹⁴ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

⁹⁵ Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurden die derzeit in Artikel 172 EGV aufgeführten Beschlussfassungsverfahren den jeweiligen Rechtsgrundlagen (Artikel 167, 168, 169 und 171) angefügt.

⁹⁶ Dieser Unterabsatz entspricht dem letzten Satz des derzeitigen Artikels 172 Absatz 2 EGV.

Klausel 115 (ex-Artikel 170)

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** kann bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union** mit dritten Ländern oder internationalen Organisationen vorsehen.

Die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit können Gegenstand von Abkommen zwischen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** und den betreffenden dritten Parteien sein, die nach [Artikel 300] ausgehandelt und geschlossen werden.

Klausel 116 (ex-Artikel 171)

~~Die Gemeinschaft~~ **Der Rat** kann auf Vorschlag der Kommission europäische Verordnungen oder Beschlüsse⁹⁷ annehmen, durch die gemeinsame Unternehmen gegründet oder andere Strukturen geschaffen werden, die für die ordnungsgemäße Durchführung der Programme für gemeinschaftliche Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration **der Union** erforderlich sind. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Klausel 117 (ex-Artikel 172)⁹⁸

~~Der Rat legt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses mit qualifizierter Mehrheit die in Artikel 171 vorgesehenen Bestimmungen fest.~~

~~Der Rat legt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses die in den Artikeln 167, 168 und 169 vorgesehenen Bestimmungen fest. Für die Verabschiedung der Zusatzprogramme ist die Zustimmung der daran beteiligten Mitgliedstaaten erforderlich.~~

Klausel 118 (ex-Artikel 173)

Zu Beginn jedes Jahres unterbreitet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht. Dieser Bericht erstreckt sich insbesondere auf die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung und der Verbreitung der Ergebnisse dieser Tätigkeiten während des Vorjahrs sowie auf das Arbeitsprogramm des laufenden Jahres.

⁹⁷ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

⁹⁸ Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurden die Bestimmungen dieses Artikels in die Artikel 167, 168, 169 und 171 aufgenommen.

A4. ~~INNERE SICHERHEIT~~
RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS⁹⁹

TITEL IV

VISA, ASYL, EINWANDERUNG UND ANDERE POLITIKEN
BETREFFEND DEN FREIEN PERSONENVERKEHR

**Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Titel
nicht wiedergegeben.**

TITEL VI

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE POLIZEILICHE UND JUSTIZIELLE ZUSAMMENARBEIT
IN STRAFSACHEN

**Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Titel
nicht wiedergegeben.**

⁹⁹ Diese Überschrift wurde geändert, um dem letzten Entwurf Rechnung zu tragen, der derzeit vom Präsidium geprüft wird und der den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts betrifft (in diesem Entwurf sind sowohl die Bestimmungen über Visa, Asyl, Einwanderung usw. als auch die Zusammenarbeit in den Bereichen Polizei und Strafjustiz zusammengefasst).

A5. BEREICHE, IN DENEN DIE UNION BESCHLIESSEN KANN, EINE UNTERSTÜTZENDE MASSNAHME DURCHZUFÜHREN

I. BESCHÄFTIGUNG¹⁰⁰

Klausel 119 (ex-Artikel 125)

Die Mitgliedstaaten und die ~~Gemeinschaft~~ **Union** arbeiten nach diesem [Titel] auf die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie und insbesondere auf die Förderung der Qualifizierung, Ausbildung und Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer sowie der Fähigkeit der Arbeitsmärkte hin, auf die Erfordernisse des wirtschaftlichen Wandels zu reagieren, um die Ziele des [Artikels 2 ~~des Vertrags über die Europäische Union und des Artikels 2 ...~~]¹⁰¹ ~~des vorliegenden Vertrags der Ver-~~
fassung zu erreichen.

Klausel 120 (ex-Artikel 126)

- (1) Die Mitgliedstaaten tragen durch ihre Beschäftigungspolitik im Einklang mit den nach [Artikel 99 Absatz 2] verabschiedeten Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zur Erreichung der in [Artikel 125] genannten Ziele bei.
- (2) Die Mitgliedstaaten betrachten die Förderung der Beschäftigung als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und stimmen ihre diesbezüglichen Tätigkeiten nach Maßgabe des [Artikels 128] im Rat aufeinander ab, wobei die einzelstaatlichen Gepflogenheiten in Bezug auf die Verantwortung der Sozialpartner berücksichtigt werden.

Klausel 121 (ex-Artikel 127)

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt zu einem hohen Beschäftigungsniveau bei, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und deren Maßnahmen in diesem Bereich unterstützt und erforderlichenfalls ergänzt. Hierbei wird die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten beachtet.
- (2) Das Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus wird bei der Festlegung und Durchführung der ~~Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen~~ **Politiken und der Maßnahmen der Union** berücksichtigt.¹⁰²

¹⁰⁰ Dieser Titel muss möglicherweise inhaltlich je nach den Ergebnissen der Beratungen des Konvents über den Bericht der Gruppe XI "Soziales Europa" (Dok. CONV 516/03) überprüft werden.

¹⁰¹ Es ist ein Verweis auf den Entwurf eines Artikels mit dem Titel "Ziele der Union" in Teil I (Artikel 3 in Dok. CONV 528/03) einzufügen.

¹⁰² Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (s. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

Klausel 122 (ex-Artikel 128)

- (1) Anhand eines gemeinsamen Jahresberichts des Rates und der Kommission prüft der Europäische Rat jährlich die Beschäftigungslage in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** und nimmt hierzu Schlussfolgerungen an.
- (2) Anhand der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates ~~legt~~ **nimmt** der Rat auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des in Artikel 130 genannten Beschäftigungsausschusses~~ jährlich mit qualifizierter Mehrheit Leitlinien¹⁰³ fest **an**, welche die Mitgliedstaaten in ihrer Beschäftigungspolitik berücksichtigen. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Beschäftigungsausschusses.**
- Diese Leitlinien müssen mit den nach [Artikel 99 Absatz 2] verabschiedeten Grundzügen in Einklang stehen.
- (3) Jeder Mitgliedstaat übermittelt dem Rat und der Kommission jährlich einen Bericht über die wichtigsten ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen**, die er zur Durchführung seiner Beschäftigungspolitik im Lichte der beschäftigungspolitischen Leitlinien nach Absatz 2 ~~getroffen~~ **erlassen** hat.
- (4) Anhand der in Absatz 3 genannten Berichte und nach Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses unterzieht der Rat die Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten im Lichte der beschäftigungspolitischen Leitlinien jährlich einer Prüfung. Der Rat kann¹⁰⁴ dabei **auf Empfehlung der Kommission** ~~Empfehlungen~~ an die Mitgliedstaaten **richten** ~~gerichtete Empfehlungen~~¹⁰⁵ **annehmen**, ~~wenn er dies aufgrund der Ergebnisse dieser Prüfung für angebracht hält.~~
- (5) Auf der Grundlage der Ergebnisse der genannten Prüfung erstellen der Rat und die Kommission einen gemeinsamen Jahresbericht für den Europäischen Rat über die Beschäftigungslage in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** und über die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien.

Klausel 123 (ex-Artikel 129)

~~Der Rat kann gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen Anreizmaßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und zur Unterstützung ihrer Beschäftigungsmaßnahmen durch Initiativen, die darauf abzielen, den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zu entwickeln, vergleichende Analysen und Gutachten bereitzustellen sowie innovative Ansätze zu fördern und Erfahrungen zu bewerten, und zwar insbesondere durch den Rückgriff auf Pilotvorhaben, können durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt werden. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen angenommen.~~

¹⁰³ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

¹⁰⁴ Hinweis: Die in Artikel 205 Absatz 2 Unterabsatz 2 zweiter Gedankenstrich derzeit geforderte Zustimmung von mindestens zehn Mitgliedern des Rates entfällt im Entwurf des Artikels über den Ministerrat (Artikel 17c CONV 691/03).

¹⁰⁵ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze Diese Maßnahmen schließen keinerlei Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ein.

Klausel 124 (ex-Artikel 130)

Der Rat setzt ¹⁰⁶ ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ **von sich aus mit einfacher Mehrheit** einen Beschäftigungsausschuss mit beratender Funktion zur Förderung der Koordination der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedstaaten ein. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

- a) Er verfolgt die Beschäftigungslage und die Beschäftigungspolitik in den Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union**;
- b) er gibt unbeschadet des [Artikels 207] auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus Stellungnahmen ab und trägt zur Vorbereitung der in [Artikel 128] genannten Beratungen des Rates bei.

Bei der Erfüllung seines Auftrags hört der Ausschuss die Sozialpartner.

Jeder Mitgliedstaat und die Kommission entsenden zwei Mitglieder in den Ausschuss.

II. GESUNDHEITSWESEN ¹⁰⁷

Klausel 125 (ex-Artikel 152) ¹⁰⁸

- (1) Bei der Festlegung und Durchführung aller ~~Gemeinschafts~~**Unions**politiken und -maßnahmen wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt. ¹⁰⁹

¹⁰⁶ Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

¹⁰⁷ Die Einordnung des Kapitels "Gesundheitswesen" hier im Abschnitt A5, in dem die Bereiche für unterstützende Maßnahmen zusammengefasst sind, entspricht der Einordnung im Entwurf der Struktur des Verfassungsvertrags vom 28. Oktober 2002 (CONV 369/02) und nicht der Einordnung gemäß dem Entwurf des Artikels über geteilte Zuständigkeiten des Teils I (CONV 528/03), nach der das Gesundheitswesen zu den geteilten Zuständigkeiten zählt.

¹⁰⁸ Die Gruppe XI "Soziales Europa" hat vorgeschlagen, den Geltungsbereich dieses Artikels dahingehend auszudehnen, dass "Fragen, wie beispielsweise eine grenzüberschreitende Bedrohung, übertragbare Krankheiten, Bioterrorismus und WHO-Abkommen, mit abgedeckt werden" (CONV 516/03, Nr. 35).

¹⁰⁹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

Die Tätigkeit der **Gemeinschaft Union** ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet. Sie umfasst die Bekämpfung der weit verbreiteten schweren Krankheiten; dabei werden die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung gefördert.

Die **Gemeinschaft Union** ergänzt die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verringerung drogenkonsumbedingter Gesundheitsschäden einschließlich der Informations- und Vorbeugungsmaßnahmen.

(2) Die **Gemeinschaft Union** fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in den in diesem Artikel genannten Bereichen und unterstützt erforderlichenfalls deren Tätigkeit.

Die Mitgliedstaaten koordinieren untereinander im Benehmen mit der Kommission ihre Politiken und Programme in den in Absatz 1 genannten Bereichen. Die Kommission kann in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

(3) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für das Gesundheitswesen zuständigen internationalen Organisationen.

(4) **Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze** tragen zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels bei, indem folgende Maßnahmen **festgelegt werden: der Rat trägt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen mit folgenden Maßnahmen annehmen:**

- a) Maßnahmen zur Festlegung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs sowie für Blut und Blutderivate; diese Maßnahmen hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen;
- b) abweichend von [Artikel 37] Maßnahmen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz, die unmittelbar den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zum Ziel haben;
- c) Fördermaßnahmen, die den Schutz und die Verbesserung der menschlichen Gesundheit zum Ziel haben, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten.

Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen.

Für die in diesem Artikel genannten Zwecke kann der Rat ~~kann~~ ferner mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission ~~für die in diesem Artikel genannten Zwecke~~ Empfehlungen erlassen annehmen.

(5) Bei der Tätigkeit der **Gemeinschaft Union** im Bereich der Gesundheit der Bevölkerung wird die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung in vollem Umfang gewahrt. Insbesondere lassen die Maßnahmen nach Absatz 4 Buchstabe a die einzelstaatlichen Regelungen über die Spende oder die medizinische Verwendung von Organen und Blut unberührt.

III. INDUSTRIE

Klausel 126 (ex-Artikel 157)

(1) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der **Gemeinschaft Union** gewährleistet sind.

Zu diesem Zweck zielt ihre Tätigkeit entsprechend einem System offener und wettbewerbsorientierter Märkte auf Folgendes ab:

- a) Erleichterung der Anpassung der Industrie an die strukturellen Veränderungen;
- b) Förderung eines für die Initiative und Weiterentwicklung der Unternehmen in der gesamten **Gemeinschaft Union**, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, günstigen Umfelds;
- c) Förderung eines für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen günstigen Umfelds;
- d) Förderung einer besseren Nutzung des industriellen Potenzials der Politik in den Bereichen Innovation, Forschung und technologische Entwicklung.

(2) Die Mitgliedstaaten konsultieren einander in Verbindung mit der Kommission und koordinieren, soweit erforderlich, ihre Maßnahmen. Die Kommission kann alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

(3) Die **Gemeinschaft Union** trägt durch die Politik und die Maßnahmen, die sie aufgrund anderer Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** durchführt, zur Erreichung der Ziele des Absatzes 1 bei. ¹¹⁰ ~~der Rat kann nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ Spezifische Maßnahmen zur Unterstützung der in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele des Absatzes 1 ~~beschließen annehmen können durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt werden. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.~~

Dieser Titel bietet keine Grundlage dafür, dass die **Gemeinschaft Union** irgendeine Maßnahme einführt, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnte oder steuerliche Vorschriften oder Bestimmungen betreffend die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer enthält.

¹¹⁰ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

IV. KULTUR

Klausel 127 (ex-Artikel 151)

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.
- (2) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlichenfalls deren Tätigkeit in folgenden Bereichen:
- a) Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker,
 - b) Erhaltung und Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung,
 - c) nichtkommerzieller Kulturaustausch,
 - d) künstlerisches und literarisches Schaffen, einschließlich im audiovisuellen Bereich.
- (3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Kulturbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat.
- (4) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt bei ihrer Tätigkeit aufgrund anderer Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** den kulturellen Aspekten Rechnung, insbesondere zur Wahrung und Förderung der Vielfalt ihrer Kulturen.¹¹¹
- (5) Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels ~~erlässt der Rat~~
- a) ~~nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Ausschusses der Regionen~~ **werden** Fördermaßnahmen unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten durch **europäische Gesetze oder Rahmengesetze**¹¹² ~~an festgelegt. Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 einstimmig; Diese werden nach Anhörung des Ausschusses der Regionen angenommen;~~
 - b) **nimmt der Rat einstimmig** auf Vorschlag der Kommission Empfehlungen¹¹³ **an.**

¹¹¹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

¹¹² Übergang von Einstimmigkeit zu qualifizierter Mehrheit gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

¹¹³ Übergang von Einstimmigkeit zu qualifizierter Mehrheit gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

V. ALLGEMEINE BILDUNG, BERUFLICHE BILDUNG, JUGEND

Klausel 128 (ex-Artikel 149)

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt zur Entwicklung einer qualitativ hoch stehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie der Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.
- (2) Die Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** hat folgende Ziele:
- a) Entwicklung der europäischen Dimension im Bildungswesen, insbesondere durch Erlernen und Verbreitung der Sprachen der Mitgliedstaaten;
 - b) Förderung der Mobilität von Lernenden und Lehrenden, auch durch die Förderung der akademischen Anerkennung der Diplome und Studienzeiten;
 - c) Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen;
 - d) Ausbau des Informations- und Erfahrungsaustauschs über gemeinsame Probleme im Rahmen der Bildungssysteme der Mitgliedstaaten;
 - e) Förderung des Ausbaus des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer;
 - f) Förderung der Entwicklung der Fernlehre.
- (3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Bildungsbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere dem Europarat.
- (4) Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels ~~erlässt der Rat~~
- a) ~~nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen werden~~ unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten Fördermaßnahmen durch **europäische Gesetze oder Rahmengesetze an; festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen.**
 - b) **nimmt der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission Empfehlungen an.**

Klausel 129 (ex-Artikel 150)

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** führt eine Politik der beruflichen Bildung, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für Inhalt und Gestaltung der beruflichen Bildung unterstützt und ergänzt.
- (2) Die Tätigkeit der ~~Gemeinschaft~~ **Union** hat folgende Ziele:
- a) Erleichterung der Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse, insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung;
 - b) Verbesserung der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung zur Erleichterung der beruflichen Eingliederung und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt;
 - c) Erleichterung der Aufnahme einer beruflichen Bildung sowie Förderung der Mobilität der Ausbilder und der in beruflicher Bildung befindlichen Personen, insbesondere der Jugendlichen;
 - d) Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen;
 - e) Ausbau des Informations- und Erfahrungsaustauschs über gemeinsame Probleme im Rahmen der Berufsbildungssysteme der Mitgliedstaaten.
- (3) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für die berufliche Bildung zuständigen internationalen Organisationen.
- (4) ~~der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze tragen** zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels bei, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten. **Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen.**

A. a DIE ASSOZIIERUNG DER ÜBERSEEISCHEN LÄNDER UND HOHEITSGEBIETE ¹¹⁴

[Vierter Teil]

Klausel 130 (ex-Artikel 182)

Die Mitgliedstaaten kommen überein, die außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die mit Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich besondere Beziehungen unterhalten, **sind mit der Union assoziiert** ~~der Gemeinschaft zu assoziieren~~. Diese Länder und Hoheitsgebiete, im Folgenden als "Länder und Hoheitsgebiete" bezeichnet, sind in [Anhang II] ~~zu diesem Vertrag~~ aufgeführt.

Ziel der Assoziation ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder und Hoheitsgebiete und die Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der gesamten ~~Gemeinschaft~~ **Union**.

Entsprechend den ~~in der Präambel dieses Vertrags~~ ... ¹¹⁵ aufgestellten Grundsätzen soll die Assoziation in erster Linie den Interessen der Einwohner dieser Länder und Hoheitsgebiete dienen und ihren Wohlstand fördern, um sie der von ihnen erstrebten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenzuführen.

Klausel 131 (ex-Artikel 183)

Mit der Assoziation werden folgende Zwecke verfolgt:

1. Die Mitgliedstaaten wenden auf ihren Handelsverkehr mit den Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das sie aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** untereinander anwenden.
2. Jedes Land oder Hoheitsgebiet wendet auf seinen Handelsverkehr mit den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das es auf den europäischen Staat anwendet, mit dem es besondere Beziehungen unterhält.
3. Die Mitgliedstaaten beteiligen sich an den Investitionen, welche die fortschreitende Entwicklung dieser Länder und Hoheitsgebiete erfordert.
4. Bei Ausschreibungen und Lieferungen für Investitionen, die von der ~~Gemeinschaft~~ **Union** finanziert werden, steht die Beteiligung zu gleichen Bedingungen allen natürlichen und juristischen Personen offen, welche die Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten oder der Länder oder Hoheitsgebiete besitzen.

¹¹⁴ Text wurde hier eingefügt, um dem Zusatzmandat vom 2. April 2003 Rechnung zu tragen.

¹¹⁵ Die betreffenden Grundsätze, die derzeit in der Präambel des EG-Vertrags aufgeführt sind, sollten übernommen werden. Sie müssten in die Verfassung und gegebenenfalls in diese Bestimmung aufgenommen werden.

5. Soweit aufgrund des [Artikels 187] nicht ~~Sonderregelungen~~ **besondere Maßnahmen** getroffen ~~an~~ **angenommen** werden, gelten zwischen den Mitgliedstaaten und den Ländern und Hoheitsgebieten für das Niederlassungsrecht ihrer Staatsangehörigen und Gesellschaften die Bestimmungen und Verfahrensregeln des [Kapitels] Niederlassungsfreiheit, und zwar unter Ausschluss jeder Diskriminierung.

Klausel 132 (ex-Artikel 184)

(1) ~~Zölle bei der Einfuhr~~ **Für Einführen** von Waren aus den Ländern und Hoheitsgebieten in die Mitgliedstaaten ~~sind verboten; dies geschieht nach Maßgabe des in diesem Vertrag vorgesehenen Verbots von Zöllen zwischen den Mitgliedstaaten~~ **gilt das in der Verfassung vorgesehene Verbot von Zöllen zwischen Mitgliedstaaten.**

(2) In jedem Land und Hoheitsgebiet sind Zölle bei der Einfuhr von Waren aus den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten nach Maßgabe des [Artikels 25] verboten.

(3) Die Länder und Hoheitsgebiete können jedoch Zölle erheben, die den Erfordernissen ihrer Entwicklung und Industrialisierung entsprechen oder als Finanzzölle der Finanzierung ihres Haushalts dienen.

Die in Unterabsatz 1 genannten Zölle dürfen nicht höher sein als diejenigen, die für die Einfuhr von Waren aus dem Mitgliedstaat gelten, mit dem das entsprechende Land oder Hoheitsgebiet besondere Beziehungen unterhält.

(4) Absatz 2 gilt nicht für die Länder und Hoheitsgebiete, die aufgrund besonderer internationaler Verpflichtungen bereits einen nichtdiskriminierenden Zolltarif anwenden.

(5) Die Festlegung oder Änderung der Zollsätze für Waren, die in die Länder und Hoheitsgebiete eingeführt werden, darf weder rechtlich noch tatsächlich zu einer mittelbaren oder unmittelbaren Diskriminierung zwischen den Einführen aus den einzelnen Mitgliedstaaten führen.

Klausel 133 (ex-Artikel 185)

Ist die Höhe der Zollsätze, die bei der Einfuhr in ein Land oder Hoheitsgebiet für Waren aus einem dritten Land gelten, bei Anwendung des [Artikels 184 Absatz 1] geeignet, Verkehrsverlagerungen zum Nachteil eines Mitgliedstaats hervorzurufen, so kann dieser die Kommission ersuchen, den anderen Mitgliedstaaten vorzuschlagen, **dass die erforderlichen Abhilfemaßnahmen** ~~vorzuschlagen~~ **vorkehrungen getroffen werden.**

- **Option A - Übergang zur Regelung des Artikels 187 EGV**

Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und Ordnung **wird gelten für** die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den Ländern und Hoheitsgebieten in den Mitgliedstaaten und der Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten in den Ländern und Hoheitsgebieten ~~durch später zu schließende Abkommen geregelt; diese bedürfen der einstimmigen Billigung aller Mitgliedstaaten~~ **Maßnahmen, die nach Artikel 187 angenommen werden.**

Option B - Angleichung der Behandlung der Arbeitnehmer an die Behandlung für Selbständige nach Artikel 183 Absatz 5 EGV

Soweit aufgrund des [Artikels 187] nicht besondere Maßnahmen angenommen werden und vorbehaltlich der Bestimmungen über die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und Ordnung **wird gelten für** die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den Ländern und Hoheitsgebieten in den Mitgliedstaaten und der Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten in den Ländern und Hoheitsgebieten ~~durch später zu schließende Abkommen geregelt; diese bedürfen der einstimmigen Billigung aller Mitgliedstaaten~~ **die Bestimmungen und Verfahrensregeln des [Kapitels] über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, unter Ausschluss jeder Diskriminierung.**

Klausel 135 (ex-Artikel 187)

Der Rat ~~legt~~ **nimmt von sich aus/ohne Vorlage eines Vorschlags durch die Kommission** ¹¹⁷ aufgrund der im Rahmen der Assoziierung der Länder und Hoheitsgebiete an die ~~Gemeinschaft~~ **Union** erzielten Ergebnisse und der Grundsätze ~~dieses Vertrags~~ ... ¹¹⁸ ~~die Bestimmungen~~ **Maßnahmen** ¹¹⁹ über die Einzelheiten und das Verfahren für die Assoziierung der Länder und Hoheitsgebiete an die ~~Gemeinschaft~~ **Union** einstimmig **fest an.**

Klausel 136 (ex-Artikel 188)

Die Artikel 182 bis 187 sind auf Grönland anwendbar, vorbehaltlich der spezifischen Bestimmungen für Grönland in dem Protokoll über die Sonderregelung für Grönland ~~im Anhang zu diesem Vertrag.~~

¹¹⁶ Alternativfassungen, die vorgeschlagen wurden, um dem Zusatzmandat vom 2. April 2003 Rechnung zu tragen (Abschaffung des Instruments des Abkommens/Übereinkommens zwischen Mitgliedstaaten).

¹¹⁷ Nach Ansicht der Experten des Juristischen Dienstes des Rates ist hier die Formulierung "ohne Vorlage eines Vorschlags durch die Kommission" zu wählen (siehe Erläuterung unter Nummer 9 der allgemeinen Bemerkungen am Anfang dieses Berichts). Jedenfalls handelt der Rat in der Praxis im Allgemeinen auf Vorschlag der Kommission. Der Konvent könnte vielleicht prüfen, ob die Maßnahmen - da es um Gemeinschaftsbereiche geht und in Anbetracht der Praxis - nicht auf Vorschlag der Kommission angenommen werden sollen.

¹¹⁸ Siehe Fußnote zu Artikel 182 Absatz 3 EGV.

¹¹⁹ Im Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird nicht festgelegt, welche Rechtsakte in diesem Absatz in Betracht zu ziehen sind.

B. EXTERNE POLITIKBEREICHE

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Titel nicht wiedergegeben. ¹²⁰

C. VERTEIDIGUNG ¹²¹

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Titel nicht wiedergegeben. ¹²²

D. ARBEITSWEISE DER UNION

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Titel nicht wiedergegeben.

¹²⁰ Die Bestimmungen, in die Titel V des EU-Vertrags (Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) einfließen wird, müssten eine spezifische Formulierung enthalten, mit der die Einführung der im Entwurf für den Artikel "Der Ministerrat" (Artikel 17 Absatz 3 CONV 691/03) vorgesehenen allgemeinen Regel, wonach die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit erfolgt, und der Regel, wonach Rechtsakte auf Vorschlag der Kommission angenommen werden, berücksichtigt wird, falls der Konvent nicht möchte, dass diese Regeln automatisch für die im Rahmen dieser Politik angenommenen Rechtsakte gelten.

¹²¹ Dieser Titel wurde aus den in der Fußnote zu Kapitel B.IV (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) angeführten Gründen frei gelassen.

¹²² Siehe Fußnote zu den externen Politikbereichen.

BAND II

VORENTWURF DES VERFASSUNGSVERTRAGS

Vorschläge für technische Anpassungen der Bestimmungen des EG- und des EU-Vertrags

aufgrund der Zusatzmandate vom 2. und vom 29. April 2003

* * *

Dieser Band ist im Lichte des einleitenden Vermerks zu Band I zu lesen.

Teil A

Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

Inhaltsübersicht

		Seite
Erster Teil	Grundsätze	108
Zweiter Teil	Die Unionsbürgerschaft	114
Dritter Teil	Die Politiken der Gemeinschaft Union	117
TITEL I	Der freie Warenverkehr	117
Kapitel 1	Die Zollunion	118
Kapitel 2	Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten	119
TITEL II	Die Landwirtschaft und die Fischerei	120
TITEL III	Die Freizügigkeit, der freie Dienstleistungs- und Kapitalverkehr	123
Kapitel 1	Die Arbeitskräfte	123
Kapitel 2	Das Niederlassungsrecht	125
Kapitel 3	Dienstleistungen	128
Kapitel 4	Der Kapital- und Zahlungsverkehr	131
TITEL IV	Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr (<i>nicht wiedergegeben</i>)	133
TITEL V	Der Verkehr	133
TITEL VI	Gemeinsame Regeln betreffend Wettbewerb, Steuerfragen und Angleichung der Rechtsvorschriften	137

Kapitel 1	Wettbewerbsregeln	137
Abschnitt 1	Vorschriften für Unternehmen	137
Abschnitt 2	Beihilfen der Mitgliedstaaten	140
Kapitel 2	Steuerliche Vorschriften	142
Kapitel 3	Angleichung der Rechtsvorschriften	143
TITEL VII	Die Wirtschafts- und Währungspolitik (<i>nicht wiedergegeben</i>)	145
TITEL VIII	Beschäftigung	145
TITEL IX	Gemeinsame Handelspolitik (<i>nicht wiedergegeben</i>)	148
TITEL X	Zusammenarbeit im Zollwesen	148
TITEL XI	Sozialpolitik, allgemeine und berufliche Bildung und Jugend	148
Kapitel 1	Sozialvorschriften	148
Kapitel 2	Der Europäische Sozialfonds	154
Kapitel 3	Allgemeine und berufliche Bildung und Jugend	154
TITEL XII	Kultur	156
TITEL XIII	Gesundheitswesen	157
TITEL XIV	Verbraucherschutz	158
TITEL XV	Transeuropäische Netze	159

TITEL XVI	Industrie	160
TITEL XVII	Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt	161
TITEL XVIII	Forschung und technologische Entwicklung	163
TITEL XIX	Umwelt	167
TITEL XX	Entwicklungszusammenarbeit (<i>nicht wiedergegeben</i>)	169
TITEL XXI	Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern (<i>nicht wiedergegeben</i>)	169
Vierter Teil	Die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	170
Fünfter Teil	Die Organe der Union (<i>nicht wiedergegeben</i>)	173
Sechster Teil	Allgemeine und Schlussbestimmungen (<i>nicht wiedergegeben</i>)	173

* * *

~~ERSTER TEIL~~

~~GRUNDSÄTZE~~

~~Artikel 1¹~~

~~Durch diesen Vertrag gründen die HOHEN VERTRAGSPARTEIEN untereinander eine EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT.~~

~~Artikel 2~~

~~Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.~~

~~Artikel 3~~

~~(1) — Die Tätigkeit der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 2 umfasst nach Maßgabe dieses Vertrags und der darin vorgesehenen Zeitfolge:~~

- ~~a) — das Verbot von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren sowie aller sonstigen Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten;~~
- ~~b) — eine gemeinsame Handelspolitik;~~
- ~~c) — einen Binnenmarkt, der durch die Beseitigung der Hindernisse für den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gekennzeichnet ist;~~
- ~~d) — Maßnahmen hinsichtlich der Einreise und des Personenverkehrs nach Titel IV;~~
- ~~e) — eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Fischerei;~~
- ~~f) — eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet des Verkehrs;~~
- ~~g) — ein System, das den Wettbewerb innerhalb des Binnenmarkts vor Verfälschungen schützt;~~

¹ Die Artikel 1 und 2 sowie Artikel 3 Absatz 1 werden gestrichen und durch die Entwürfe der Artikel (Gründung, Werte und Ziele der Union) in Teil I (Artikel 1, 2 und 3 in CONV 528/03) ersetzt.

- h) ~~die Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften, soweit dies für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist;~~
- i) ~~die Förderung der Koordinierung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verstärkung ihrer Wirksamkeit durch die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie;~~
- j) ~~eine Sozialpolitik mit einem Europäischen Sozialfonds;~~
- k) ~~die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts;~~
- l) ~~eine Politik auf dem Gebiet der Umwelt;~~
- m) ~~die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Gemeinschaft;~~
- n) ~~die Förderung der Forschung und technologischen Entwicklung;~~
- o) ~~die Förderung des Auf- und Ausbaus transeuropäischer Netze;~~
- p) ~~einen Beitrag zur Erreichung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus;~~
- q) ~~einen Beitrag zu einer qualitativ hoch stehenden allgemeinen und beruflichen Bildung sowie zur Entfaltung des Kulturlebens in den Mitgliedstaaten;~~
- r) ~~eine Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit;~~
- s) ~~die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, um den Handelsverkehr zu steigern und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch gemeinsame Bemühungen zu fördern;~~
- t) ~~einen Beitrag zur Verbesserung des Verbraucherschutzes;~~
- u) ~~Maßnahmen in den Bereichen Energie, Katastrophenschutz und Fremdenverkehr.~~

(2) Bei allen in diesem Artikel Teil genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft Union darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.²

² Dieser auf alle Politikbereiche horizontal anwendbare Absatz könnte mit Artikel 6 (Umwelt) und sogar mit den anderen Bestimmungen dieser Art, die in den verschiedenen Kapiteln verstreut sind, in einem einzigen Artikel z.B. unter der Überschrift "gemeinsame Bestimmungen" zusammengefasst werden. Es ist außerdem festzustellen, dass durch die Formulierung "dieser Teil" - soweit darunter Bereiche fallen, die derzeit zur zweiten und zur dritten Säule zählen - der Geltungsbereich dieses "horizontalen" Absatzes (bzw. dieser "horizontalen" Absätze) ausgeweitet würde.

Artikel 4 ³

(1) Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der **Gemeinschaft Union** im Sinne des Artikels 2 umfasst nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** und der darin vorgesehenen Zeitfolge die Einführung einer Wirtschaftspolitik, die auf einer engen Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, dem Binnenmarkt und der Festlegung gemeinsamer Ziele beruht und dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist.

(2) Parallel dazu umfasst diese Tätigkeit nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** und der darin vorgesehenen Zeitfolge und Verfahren ~~die unwiderrufliche Festlegung der Wechselkurse im Hinblick auf die Einführung einer einheitlichen Währung, den ECU den Euro~~, sowie die Festlegung und Durchführung einer einheitlichen Geld- sowie Wechselkurspolitik, die beide vorrangig das Ziel der Preisstabilität verfolgen und unbeschadet dieses Zieles die allgemeine Wirtschaftspolitik in der **Gemeinschaft Union** unter Beachtung des Grundsatzes einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb unterstützen sollen.

(3) Diese Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der **Gemeinschaft Union** setzt die Einhaltung der folgenden richtungsweisenden Grundsätze voraus: stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz.

Artikel 5 ⁴

~~Die Gemeinschaft wird innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig.~~

~~In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.~~

~~Die Maßnahmen der Gemeinschaft gehen nicht über das für die Erreichung der Ziele dieses Vertrags erforderliche Maß hinaus.~~

Artikel 6 ⁵

Die Erfordernisse des Umweltschutzes müssen bei der Festlegung und Durchführung der in ~~Artikel 3~~ **diesem Teil** genannten **GemeinschaftsUnions**politiken und -maßnahmen insbesondere zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden.

³ Dieser Artikel wird an den Anfang des Titels über die Wirtschafts- und Währungspolitik gesetzt werden.

⁴ Artikel 5 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Grundprinzipien" in Teil I (Artikel 8 in CONV 528/03) ersetzt.

⁵ Dieser auf alle Politikbereiche horizontal anwendbare Absatz könnte mit anderen Artikeln dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2). Die Bemerkung in der genannten Fußnote zu der Formulierung "dieser Teil" gilt auch hier.

Artikel 7⁶

(1) Die der Gemeinschaft zugewiesenen Aufgaben werden durch folgende Organe wahrgenommen:

- ein EUROPÄISCHES PARLAMENT,
- einen RAT,
- eine KOMMISSION,
- einen GERICHTSHOF,
- einen RECHNUNGSHOF.

Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse.

(2) Der Rat und die Kommission werden von einem Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie einem Ausschuss der Regionen mit beratender Aufgabe unterstützt.

Artikel 8⁷

Nach den in diesem Vertrag vorgesehenen Verfahren werden ein Europäisches System der Zentralbanken (im Folgenden als "ESZB" bezeichnet) und eine Europäische Zentralbank (im Folgenden als "EZB" bezeichnet) geschaffen, die nach Maßgabe der Befugnisse handeln, die ihnen in diesem Vertrag und der beigefügten Satzung des ESZB und der EZB (im Folgenden als "Satzung des ESZB" bezeichnet) zugewiesen werden.

Artikel 9

Es wird eine Europäische Investitionsbank errichtet, die nach Maßgabe der Befugnisse handelt, die ihr in diesem Vertrag und der beigefügten Satzung zugewiesen werden.

Artikel 10

Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Vertrag oder aus Handlungen der Organe der Gemeinschaft ergeben. Sie erleichtern dieser die Erfüllung ihrer Aufgabe.

Sie unterlassen alle Maßnahmen, welche die Verwirklichung der Ziele dieses Vertrags gefährden könnten.

⁶ Die Artikel 7 bis 11a sind oder werden durch Teil I abgedeckt.

⁷ In der in Teil I der Verfassung aufzunehmenden Fassung wird dieser Artikel keine Abkürzungen enthalten ("EZB" und "ESZB"), sondern die Vollform der entsprechenden Institutionen ("Europäische Zentralbank" und "Europäisches System der Zentralbanken"). Bei der endgültigen Überarbeitung der Texte sollte zudem an dieser Stelle ein Hinweis darauf aufgenommen werden, dass die Satzung des ESZB im Protokoll über die Satzungen des ESZB und der EZB enthalten ist, wodurch es möglich würde, diese Angabe in Artikel 107 Absatz 4 zu streichen.

Artikel 11

(1) Die Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit in einem der unter diesen Vertrag fallenden Bereiche zu begründen, richten einen Antrag an die Kommission, die dem Rat einen entsprechenden Vorschlag vorlegen kann. Legt die Kommission keinen Vorschlag vor, so teilt sie den betroffenen Mitgliedstaaten ihre Gründe dafür mit.

(2) Die Ermächtigung zur Aufnahme einer verstärkten Zusammenarbeit nach Absatz 1 wird nach Maßgabe der Artikel 43 bis 45 des Vertrags über die Europäische Union vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments erteilt. Betrifft die verstärkte Zusammenarbeit einen Bereich, für den das Verfahren nach Artikel 251 dieses Vertrags gilt, so ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich.

Ein Mitglied des Rates kann verlangen, dass der Europäische Rat befasst wird. Nach dieser Befassung kann der Rat gemäß Unterabsatz 1 beschließen.

(3) Die für die Durchführung der Tätigkeiten im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit erforderlichen Rechtsakte und Beschlüsse unterliegen allen einschlägigen Bestimmungen dieses Vertrags, soweit in diesem Artikel und in den Artikeln 43 bis 45 des Vertrags über die Europäische Union nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 11 A

Jeder Mitgliedstaat, der sich einer nach Artikel 11 begründeten verstärkten Zusammenarbeit anschließen will, teilt dem Rat und der Kommission seine Absicht mit; die Kommission legt dem Rat binnen drei Monaten nach Eingang der Mitteilung eine Stellungnahme dazu vor. Binnen vier Monaten nach Eingang der Mitteilung beschließt die Kommission über den Antrag und über eventuelle spezifische Regelungen, die sie für notwendig hält.

Artikel 12

~~Unbeschadet besonderer Bestimmungen dieses Vertrags ist in seinem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten.~~

~~Das Europäische Parlament und der Rat kann können nach dem Verfahren des Artikels 251 Gesetzgebungsverfahren Regelungen Maßnahmen für Das Verbot solcher von Diskriminierungen treffen aufgrund der Staatsangehörigkeit im Einklang mit [Artikel (...)]⁸ wird durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze geregelt.~~

Artikel 13

(1) ~~Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Vertrags~~ **der Verfassung kann der Rat und im Rahmen der durch den Vertrag die Verfassung auf die Gemeinschaft Union übertragenen Zuständigkeiten auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig geeignete Vorkehrungen treffen, um können die für die Bekämpfung von** Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung erforderlichen Maßnahmen **durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt werden. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

⁸ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über das "Verbot von Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit" in Teil I (Artikel 6 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

(2) Abweichend von Absatz 1 ~~beschließt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251, wenn er gemeinschaftliche werden die~~ Fördermaßnahmen **der Union, zur Unterstützung der mit denen die** Maßnahmen ~~annimmt unterstützt werden~~, die die Mitgliedstaaten treffen, um zur Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Ziele beizutragen, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, **durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt.**

Artikel 14⁹

(1) Die ~~Gemeinschaft trifft~~ **Union nimmt** die erforderlichen Maßnahmen **an**, um ~~bis zum 31. Dezember 1992~~ gemäß dem vorliegenden Artikel, den [Artikeln 15 und 26], [Artikel 47 Absatz 2] und den [Artikeln 49, 80, 93 und 95] unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags der Verfassung~~ den Binnenmarkt ~~schrittweise~~ zu verwirklichen.

(2) Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen ~~dieses Vertrags der Verfassung~~ gewährleistet ist.

(3) Der Rat ~~legt mit qualifizierter Mehrheit~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission **die europäischen Verordnungen oder Beschlüsse¹⁰ an, mit denen** die Leitlinien und Bedingungen **festgelegt werden**, die erforderlich sind, um in allen betroffenen Sektoren einen ausgewogenen Fortschritt zu gewährleisten.¹¹

Artikel 15¹²

Bei der Formulierung ihrer Vorschläge zur Verwirklichung der Ziele des [Artikels 14] berücksichtigt die Kommission den Umfang der Anstrengungen, die einigen Volkswirtschaften mit unterschiedlichem Entwicklungsstand ~~im Zuge der~~ **für die** Errichtung des Binnenmarktes abverlangt werden, und kann geeignete ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen** vorschlagen.

Erhalten diese ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen** die Form von Ausnahmeregelungen, so müssen sie vorübergehender Art sein und dürfen das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** so wenig wie möglich stören.

⁹ Die Artikel 14 und 15 werden an den Anfang eines neuen Titels oder Kapitels "Binnenmarkt" gestellt werden.

¹⁰ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003. Angesichts des Anwendungsbereichs dieses Absatzes wird vorgeschlagen zu prüfen, ob nicht doch eher Gesetzgebungsakte vorgesehen werden sollten.

¹¹ Dieser Absatz wurde anscheinend nie angewandt. Soll er gestrichen werden?

¹² Der Bezug auf den Verlauf der Errichtung des Binnenmarktes wurde gestrichen. Die Streichung dieser Bezugnahme könnte jedoch hier dazu führen, dass die in Artikel 15 vorgesehenen Möglichkeiten für Ausnahmeregelungen, die nur im Laufe des betreffenden Zeitraums angewandt werden konnten, endgültig festgeschrieben werden.

Artikel 16

Unbeschadet der [Artikel 73, 86 und 87] und in Anbetracht des Stellenwerts, den Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ~~innerhalb der gemeinsamen Werte der Union als Dienste, denen alle in der Union Bedeutung beimessen,~~¹³ einnehmen, sowie ihrer Bedeutung bei der Förderung ~~des ihres~~ sozialen und territorialen Zusammenhalts tragen die ~~Gemeinschaft Union~~ und die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse im Anwendungsbereich ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** dafür Sorge, dass die Grundsätze und Bedingungen für das Funktionieren dieser Dienste so gestaltet sind, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können.

ZWEITER TEIL

DIE UNIONSBÜRGERSCHAFT

Artikel 17¹⁴

(1) ~~Es wird eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht.~~

(2) ~~Die Unionsbürger haben die in diesem Vertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten.~~

Artikel 18

(1) ~~Jeder Unionsbürger hat das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in diesem Vertrag und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und aufzuhalten.~~¹⁵

(2) ~~Erscheint zur Erreichung dieses des in [Artikel (...)]¹⁶ genannten Ziels des Rechts jedes Unionsbürgers, sich frei zu bewegen und seinen Aufenthalt frei zu nehmen, ein Tätigwerden der Gemeinschaft Union erforderlich und sieht dieser Vertrag die Verfassung hierfür keine Befugnisse vor, so kann die Ausübung der Rechte nach Absatz 1 dieses Rechts durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze erleichtert werden. Er beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251.~~

¹³ Formulierung gemäß dem Zusatzmandat vom 2. April 2003.

¹⁴ Artikel 17 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 1 in CONV 528/03) ersetzt.

¹⁵ Artikel 18 Absatz 1 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 erster Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt.

¹⁶ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 erster Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

(3) [Absatz 2] gilt nicht für ~~Vorschriften~~ **Maßnahmen** betreffend Pässe, Personalausweise, Aufenthaltstitel oder diesen gleichgestellte Dokumente und auch nicht für Vorschriften betreffend die soziale Sicherheit oder den sozialen Schutz.¹⁷

Artikel 19¹⁸

(1) ~~Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats.¹⁹ Dieses Recht wird vorbehaltlich der Einzelheiten ausgeübt, die vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments festgelegt werden; in diesen Einzelheiten können Ausnahmeregelungen vorgesehen werden, wenn dies aufgrund besonderer Probleme eines Mitgliedstaats gerechtfertigt ist.~~

(2) ~~Unbeschadet des [Artikels 190 Absatz 4] und der Bestimmungen zu dessen Durchführung besitzt jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats. Dieses Recht wird vorbehaltlich der Einzelheiten ausgeübt, die vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments festgelegt werden; Die Einzelheiten der Ausübung des in [Artikel (...)]²⁰ genannten aktiven und passiven Wahlrechts jedes Unionsbürgers bei den Kommunalwahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in dem Mitgliedstaat, in dem dieser seinen Wohnsitz hat, werden in einem europäischen Gesetz oder Rahmengesetz festgelegt. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments. In diesen Einzelheiten können Ausnahmeregelungen vorgesehen werden, wenn dies aufgrund besonderer Probleme eines Mitgliedstaats gerechtfertigt ist.~~

Das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wird unbeschadet des [Artikels 190 Absatz 4] und der Maßnahmen zu dessen Durchführung ausgeübt.

¹⁷ Es sollte geklärt werden, ob dieser Absatz darauf abzielt, in den aufgeführten Bereichen jegliche Zuständigkeit nach Maßgabe dieses Artikels auszuschließen, oder ob es darum ging, das Mitentscheidungsverfahren oder lediglich die Beschlussfassung des Rates mit qualifizierter Mehrheit auszuschließen. Im zweiten Falle müsste der Konvent prüfen, ob für die Maßnahmen nach Absatz 3 eine spezifische Rechtsgrundlage eingeführt werden sollte.

¹⁸ In diesem Text werden die Absätze 1 und 2 zusammengefasst und ein Verweis auf Artikel 190 Absatz 4, in dem es um das einheitliche Verfahren für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments geht, das in Teil I behandelt wird, beibehalten. In dieser Bestimmung geht es um das Recht (aktives/passives Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament) und nicht um das (hier vorgesehene) Verfahren zur Annahme von Bestimmungen über die Ausübung des Rechts. Der Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03), der dieses Recht enthält, nimmt nun aber nicht mehr auf Artikel 190 Bezug. Wie hier vorgeschlagen sollte der Verweis auf Artikel 190 daher in einem eigenen Satz erfolgen, in dem darauf hingewiesen wird, dass er nur für das aktive und passive Wahlrecht gilt.

¹⁹ Der erste Satz der Absätze 1 und 2 von Artikel 19 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt.

²⁰ Hier ist auf den Artikel über das "aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und bei den Kommunalwahlen" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

Artikel 20²¹

~~Jeder Unionsbürger genießt im Hoheitsgebiet eines dritten Landes, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates. Die Mitgliedstaaten vereinbaren die notwendigen Regeln treffen die notwendigen Vorkehrungen und leiten die erforderlichen internationalen Verhandlungen ein, um den diplomatischen und konsularischen Schutz der Unionsbürger in Drittstaaten nach [Artikel (...)]²² zu gewährleisten.~~

Die zur Erleichterung dieses Schutzes notwendigen Maßnahmen können durch europäische Gesetze/ein europäisches Gesetz oder durch europäische Rahmengesetze/ein europäisches Rahmengesetz festgelegt werden [;... der Konvent wird bestimmen, ob der betreffende Rechtsakt im Wege des Mitentscheidungsverfahrens oder vom Rat allein und nach welcher Abstimmungsregel angenommen werden soll ...].

Artikel 21²³

~~Jeder Unionsbürger besitzt das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament nach Artikel 194.~~

~~Jeder Unionsbürger kann sich an den nach Artikel 195 eingesetzten Bürgerbeauftragten wenden.~~

Die Sprachen, in denen sich jeder Unionsbürger schriftlich in einer der in Artikel 314 genannten Sprachen an jedes die Organe oder an jede Einrichtungen gemäß [Artikel (...)]²⁴ wenden und eine Antwort in derselben Sprache erhalten kann, sind in [Artikel 314] aufgeführt die in dem vorliegenden Artikel oder in Artikel 7 genannt sind, und eine Antwort in derselben Sprache erhalten. Die Organe und Einrichtungen im Sinne dieses Artikels sind jene, die in [Artikel ...] genannt werden, sowie der Bürgerbeauftragte.²⁵

Artikel 22

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss alle drei Jahre über die Anwendung des [Artikels (...)]²⁶ und [dieses Teiles] Bericht. In dem Bericht wird der Fortentwicklung der Union Rechnung getragen.

²¹ Der erste Satz von Artikel 20 wird gestrichen und durch den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 dritter Gedankenstrich in CONV 528/03) ersetzt. Textvorschlag im Anschluss an das Zusatzmandat vom 2. April 2003 (Wegfall der Rechtsaktsform "Übereinkommen zwischen Mitgliedstaaten").

²² Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 dritter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

²³ Die ersten beiden Absätze, in denen keine Anwendungsmodalitäten festgelegt werden und nur auf die Artikel 194 und 195 Bezug genommen wird, müssen gestrichen werden, da das darin festgeschriebene Recht in dem Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 letzter Gedankenstrich in CONV 528/03) behandelt wird.

²⁴ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 letzter Gedankenstrich in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

²⁵ Hier ist auf den Entwurf des Artikels in Teil I Bezug zu nehmen, in dem die Organe und die zwei beratenden Einrichtungen (Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen) aufgeführt werden.

²⁶ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

Auf dieser Grundlage ~~kann der Rat~~ und unbeschadet der anderen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~
der Verfassung zur Ergänzung der werden die in diesem Teil [Artikel (...)]²⁷ vorgesehenen
Rechte ~~einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen~~
~~Parlaments Bestimmungen erlassen~~ **durch ein europäisches Gesetz oder Rahmengesetz des**
Rates ergänzt, das der Rat ~~die er~~ den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungs-
rechtlichen Vorschriften empfiehlt. **Der Rat beschließt einstimmig nach** ~~Anhörung~~ **Zustimmung**
des Europäischen Parlaments.²⁸

DRITTER TEIL

DIE POLITIKEN DER GEMEINSCHAFT UNION

TITEL I

DER FREIE WARENVERKEHR

Artikel 23

- (1) ~~Grundlage der Gemeinschaft ist~~ **Die Union umfasst** eine Zollunion, die sich auf den
gesamten Warenaustausch erstreckt und das Verbot umfasst, zwischen den Mitgliedstaaten Ein- und
Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung zu erheben, sowie die Einführung eines Gemeinsamen
Zolltarifs gegenüber dritten Ländern.
- (2) [Artikel 25] und [Kapitel 2] [dieses Titels] gelten für die aus den Mitgliedstaaten stam-
menden Waren sowie für diejenigen Waren aus dritten Ländern, die sich in den Mitgliedstaaten im
freien Verkehr befinden.

Artikel 24

Als im freien Verkehr eines Mitgliedstaats befindlich gelten diejenigen Waren aus dritten Ländern,
für die in dem betreffenden Mitgliedstaat die Einfuhr-Förmlichkeiten erfüllt sowie die vorgeschrie-
benen Zölle und Abgaben gleicher Wirkung erhoben und nicht ganz oder teilweise rückvergütet
worden sind.

²⁷ Hier ist auf den Entwurf des Artikels über die "Unionsbürgerschaft" in Teil I (Artikel 7 Absatz 2 in
CONV 528/03) Bezug zu nehmen.

²⁸ Ersetzung der Anhörung durch die Zustimmung des Parlaments entsprechend dem Zusatzmandat vom
29. April 2003.

KAPITEL 1

DIE ZOLLUNION

Artikel 25

Ein- und Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten. Dieses Verbot gilt auch für Finanzzölle.

Artikel 26

~~Der Rat legt die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission fest.~~ **Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission die europäischen Verordnungen oder Beschlüsse zur Festsetzung der Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs an.**²⁹

Artikel 27

Bei der Ausübung der ihr aufgrund [dieses Kapitels] übertragenen Aufgaben geht die Kommission von folgenden Gesichtspunkten aus:

- a) der Notwendigkeit, den Handelsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern zu fördern;
- b) der Entwicklung der Wettbewerbsbedingungen innerhalb der **Gemeinschaft Union**, soweit diese Entwicklung zu einer Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen führt;
- c) dem Versorgungsbedarf der **Gemeinschaft Union** an Rohstoffen und Halbfertigwaren; hierbei achtet die Kommission darauf, zwischen den Mitgliedstaaten die Wettbewerbsbedingungen für Fertigwaren nicht zu verfälschen;
- d) der Notwendigkeit, ernsthafte Störungen im Wirtschaftsleben der Mitgliedstaaten zu vermeiden und eine rationelle Entwicklung der Erzeugung sowie eine Ausweitung des Verbrauchs innerhalb der **Gemeinschaft Union** zu gewährleisten.

²⁹ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

KAPITEL 2

VERBOT VON MENGENMÄSSIGEN BESCHRÄNKUNGEN ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel 28³⁰

Mengenmäßige Einfuhr- **und Ausfuhr**beschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.

~~Artikel 29~~

~~Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.~~

Artikel 30

~~Die Bestimmungen der [Artikel 28] und 29 stehen~~ steht Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutze der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellen.

Artikel 31

(1) Die Mitgliedstaaten formen ihre staatlichen Handelsmonopole derart um, dass jede Diskriminierung in den Versorgungs- und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist.

Dieser Artikel gilt für alle Einrichtungen, durch die ein Mitgliedstaat unmittelbar oder mittelbar die Einfuhr oder die Ausfuhr zwischen den Mitgliedstaaten rechtlich oder tatsächlich kontrolliert, lenkt oder merklich beeinflusst. Er gilt auch für die von einem Staat auf andere Rechtsträger übertragenen Monopole.

(2) Die Mitgliedstaaten unterlassen jede neue Maßnahme, die den in [Absatz 1] genannten Grundsätzen widerspricht oder die Tragweite der Artikel über das Verbot von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten einengt.

(3) Ist mit einem staatlichen Handelsmonopol eine Regelung zur Erleichterung des Absatzes oder der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbunden, so sollen bei der Anwendung dieses Artikels gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger gewährleistet werden.

³⁰ Es wird vorgeschlagen, diesen Artikel mit Artikel 29 zusammenzufassen.

TITEL II
DIE LANDWIRTSCHAFT UND DIE FISCHEREI

Artikel 31a ³¹

Die Union führt eine gemeinsame Landwirtschafts- und Fischereipolitik.

Unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Erzeugnisse des Bodens, der Viehzucht und der Fischerei sowie die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe zu verstehen. Die Bezugnahmen auf die gemeinsame Agrarpolitik oder auf die Landwirtschaft und die Verwendung des Wortes "landwirtschaftlich" sind in dem Sinne zu verstehen, dass damit auch die Fischerei gemeint ist.

Artikel 32

- (1) Der ~~Gemeinsame Markt~~ **Binnenmarkt** umfasst auch die Landwirtschaft und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. ~~Unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die Erzeugnisse des Bodens, der Viehzucht und der Fischerei sowie die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe zu verstehen.~~
- (2) Die Vorschriften für die Errichtung des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** finden auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Anwendung, soweit in den [Artikeln 33 bis 38] nicht etwas anderes bestimmt ist.
- (3) **Für die in [Anhang I] aufgeführten Erzeugnisse, für welche gelten die [Artikel 33 bis 38] gelten, sind in der diesem Vertrag als Anhang I beigefügten Liste aufgeführt.** ³²
- (4) Mit dem Funktionieren und der Entwicklung des ~~gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** für landwirtschaftliche Erzeugnisse muss die Gestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik Hand in Hand gehen.

Artikel 33

- (1) Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist es:
- a) die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern;
 - b) auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten;
 - c) die Märkte zu stabilisieren;

³¹ Dieser Text wurde vorgeschlagen, um dem Zusatzmandat vom 2. April 2003 Rechnung zu tragen (Anpassung des Texts aufgrund der Aufnahme der Fischerei in die Überschrift des Titels). Ob es zweckmäßig ist, den letzten Satz aufzunehmen, ist später noch technisch zu überprüfen.

³² Es wird vorgeschlagen, diese überflüssigen Formulierungen zu streichen, da nur auf einen Anhang zur Verfassung Bezug genommen werden kann.

- d) die Versorgung sicherzustellen;
 - e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen.
- (2) Bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik und der hierfür anzuwendenden besonderen Methoden ist Folgendes zu berücksichtigen:
- a) die besondere Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die sich aus dem sozialen Aufbau der Landwirtschaft und den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete ergibt;
 - b) die Notwendigkeit, die geeigneten Anpassungen stufenweise durchzuführen;
 - c) die Tatsache, dass die Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten einen mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochtenen Wirtschaftsbereich darstellt.

Artikel 34

(1) Um die Ziele des [Artikels 33] zu erreichen, wird eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte geschaffen.

Diese besteht je nach Erzeugnis aus einer der folgenden Organisationsformen:

- a) gemeinsame Wettbewerbsregeln;
- b) bindende Koordinierung der verschiedenen einzelstaatlichen Marktordnungen;
- c) eine europäische Marktordnung.

(2) Die nach Absatz 1 gestaltete gemeinsame Organisation kann alle zur Durchführung des [Artikels 33] erforderlichen Maßnahmen einschließen, insbesondere Preisregelungen, Beihilfen für die Erzeugung und die Verteilung der verschiedenen Erzeugnisse, Einlagerungs- und Ausgleichsmaßnahmen, gemeinsame Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr.

Die gemeinsame Organisation hat sich auf die Verfolgung der Ziele des [Artikels 33] zu beschränken und jede Diskriminierung zwischen Erzeugern oder Verbrauchern innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** auszuschließen.

Eine etwaige gemeinsame Preispolitik muss auf gemeinsamen Grundsätzen und einheitlichen Berechnungsmethoden beruhen.

(3) Um der in Absatz 1 genannten gemeinsamen Organisation die Erreichung ihrer Ziele zu ermöglichen, können ein oder mehrere Ausrichtungs- oder Garantiefonds für die Landwirtschaft geschaffen werden.

Artikel 35

Um die Ziele des [Artikels 33] zu erreichen, können im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik folgende Maßnahmen vorgesehen werden:

- a) eine wirksame Koordinierung der Bestrebungen auf dem Gebiet der Berufsausbildung, der Forschung und der Verbreitung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse; hierbei können Vorhaben oder Einrichtungen gemeinsam finanziert werden;
- b) gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des Verbrauchs bestimmter Erzeugnisse.

Artikel 36³³

Das [Kapitel] über die Wettbewerbsregeln findet auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen nur insoweit Anwendung, als der Rat dies unter Berücksichtigung der Ziele des [Artikels 33] im Rahmen des [Artikels 37 Absätze 2 und 3] und gemäß dem dort vorgesehenen Verfahren bestimmt.

Der Rat kann insbesondere **Maßnahmen annehmen** ~~genehmigen~~, **mit denen genehmigt wird**, dass Beihilfen gewährt werden

- a) zum Schutz von Betrieben, die durch strukturelle oder naturgegebene Bedingungen benachteiligt sind, oder
- b) im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme.

Artikel 37

~~(1) — Zur Erarbeitung der Grundlinien für eine gemeinsame Agrarpolitik beruft die Kommission unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Vertrags eine Konferenz der Mitgliedstaaten ein, um einen Vergleich ihrer Agrarpolitik, insbesondere durch Gegenüberstellung ihrer Produktionsmöglichkeiten und ihres Bedarfs, vorzunehmen.~~

~~(2) Unter Berücksichtigung der Arbeiten der in Absatz 1 vorgesehenen Konferenz legt Die Kommission **legt** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrags zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik Vorschläge vor, welche unter anderem die Ablösung der einzelstaatlichen Marktordnungen durch eine der in [Artikel 34 Absatz 1] vorgesehenen gemeinsamen Organisationsformen sowie die Durchführung der in [diesem Titel] bezeichneten Maßnahmen vorsehen.~~

Diese Vorschläge ~~müssen tragen~~ dem inneren Zusammenhang der in diesem Titel aufgeführten landwirtschaftlichen Fragen Rechnung ~~tragen~~.

~~Der Rat erlässt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments Verordnungen, Richtlinien oder Entscheidungen, unbeschadet seiner etwaigen [Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission europäische Gesetze/europäische Verordnungen, europäische Rahmengesetze, europäische Beschlüsse und Empfehlungen an. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.]~~³⁴

³³ Dieser Artikel ist zu überprüfen, wenn vom Konvent bestimmt worden ist, welche Aspekte der gemeinsamen Agrarpolitik die Gesetzgebung betreffen und welche Aspekte nicht die Gesetzgebung betreffen (siehe Fußnote zu Artikel 37).

³⁴ Da gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 in einem späteren Stadium im Einzelnen angegeben werden soll, welche Aspekte der Agrarpolitik die Gesetzgebung betreffen und welche Aspekte nicht die Gesetzgebung betreffen, wurde an der Formulierung dieser Rechtsgrundlage gegenüber dem Bericht der Gruppe vom 13. März 2003 nichts geändert.

(3) ~~Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit~~ Die einzelstaatlichen Marktordnungen **können** nach Maßgabe des Absatzes 2 durch die in [Artikel 34 Absatz 1] vorgesehene gemeinsame Organisation ~~ersetzen~~ **ersetzt werden**,³⁵

- a) wenn sie den Mitgliedstaaten, die sich gegen diese Maßnahme ausgesprochen haben und eine eigene Marktordnung für die in Betracht kommende Erzeugung besitzen, gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger bietet; hierbei sind die im Zeitablauf möglichen Anpassungen und erforderlichen Spezialisierungen zu berücksichtigen, und
- b) wenn die gemeinsame Organisation für den Handelsverkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** Bedingungen sicherstellt, die denen eines Binnenmarkts entsprechen.

(4) Wird eine gemeinsame Organisation für bestimmte Rohstoffe geschaffen, bevor eine gemeinsame Organisation für die entsprechenden weiterverarbeiteten Erzeugnisse besteht, so können die betreffenden Rohstoffe aus Ländern außerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** eingeführt werden, wenn sie für weiterverarbeitete Erzeugnisse verwendet werden, die zur Ausfuhr nach dritten Ländern bestimmt sind.

Artikel 38

Besteht in einem Mitgliedstaat für ein Erzeugnis eine innerstaatliche Marktordnung oder Regelung gleicher Wirkung und wird dadurch eine gleichartige Erzeugung in einem anderen Mitgliedstaat in ihrer Wettbewerbslage beeinträchtigt, so erheben die Mitgliedstaaten bei der Einfuhr des betreffenden Erzeugnisses aus dem Mitgliedstaat, in dem die genannte Marktordnung oder Regelung besteht, eine Ausgleichsabgabe, es sei denn, dass dieser Mitgliedstaat eine Ausgleichsabgabe bei der Ausfuhr erhebt.

Die Kommission setzt diese Abgaben in der zur Wiederherstellung des Gleichgewichts erforderlichen Höhe fest; sie kann auch andere Maßnahmen genehmigen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

TITEL III

DIE FREIZÜGIGKEIT, DER FREIE DIENSTLEISTUNGS- UND KAPITALVERKEHR

KAPITEL 1

DIE ARBEITSKRÄFTE

Artikel 39

(1) **Die Arbeitnehmer haben das Recht, sich** innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **ist die Freizügigkeit der Arbeitnehmer gewährleistet Union frei zu bewegen**.³⁶

³⁵ Diese Formulierung ist überflüssig, da das hierfür geltende Verfahren bereits durch die Bezugnahme auf Artikel 37 Absatz 2 genannt wird.

³⁶ Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

(2) ~~Sie umfasst die Abschaffung~~ Jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen **ist verboten**.³⁷

(3) ~~Sie gibt~~ **Die Arbeitnehmer haben**³⁸ - vorbehaltlich der aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigten Beschränkungen - ~~den Arbeitnehmern~~ das Recht,

- a) sich um tatsächlich angebotene Stellen zu bewerben;
- b) sich zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen;
- c) sich in einem Mitgliedstaat aufzuhalten, um dort nach den für die Arbeitnehmer dieses Staates geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Beschäftigung auszuüben;
- d) nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats unter Bedingungen zu verbleiben, welche die Kommission in **europäischen Durchführungs-**Verordnungen festlegt **annimmt**.

(4) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung.

Artikel 40

~~Der Rat trifft gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses durch Richtlinien oder Verordnungen~~ **Die** erforderlichen Maßnahmen **zur Herstellung** der Freizügigkeit der Arbeitnehmer im Sinne des [Artikels 39] **werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze haben insbesondere Folgendes zum Ziel:

- a) ~~durch die~~ Sicherstellung einer engen Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Arbeitsverwaltungen;
- b) ~~durch die die~~ Beseitigung der Verwaltungsverfahren und -praktiken sowie der für den Zugang zu verfügbaren Arbeitsplätzen vorgeschriebenen Fristen, die sich aus innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften ergeben und deren Beibehaltung die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer hindert;
- c) ~~durch die die~~ Beseitigung aller Fristen und sonstigen Beschränkungen, die in innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften vorgesehen sind und die den Arbeitnehmern der anderen Mitgliedstaaten für die freie Wahl des Arbeitsplatzes andere Bedingungen als den inländischen Arbeitnehmern auferlegen;
- d) ~~durch die die~~ Schaffung geeigneter Verfahren für die Zusammenführung und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu Bedingungen, die eine ernstliche Gefährdung der Lebenshaltung und des Beschäftigungsstands in einzelnen Gebieten und Industrien ausschließen.

³⁷ Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

³⁸ Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt.

Artikel 41

Die Mitgliedstaaten fördern den Austausch junger Arbeitskräfte im Rahmen eines gemeinsamen Programms.³⁹

Artikel 42

~~Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251~~ **Die** auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit für die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer notwendigen Maßnahmen⁴⁰ **werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt**; zu diesem Zweck **wird darin** insbesondere ein System **eingeführt**, welches aus- und einwandernden Arbeitnehmern und deren anspruchsberechtigten Angehörigen Folgendes sichert:

- a) die Zusammenrechnung aller nach den verschiedenen innerstaatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigten Zeiten für den Erwerb und die Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs sowie für die Berechnung der Leistungen;
- b) die Zahlung der Leistungen an Personen, die in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten wohnen.

~~Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 einstimmig.~~⁴¹

KAPITEL 2

DAS NIEDERLASSUNGSRECHT

Artikel 43

Die Beschränkungen der freien Niederlassung von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats sind nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen~~ **[dieses Kapitels]** verboten. Das Gleiche gilt für Beschränkungen der Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften durch Angehörige eines Mitgliedstaats, die im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ansässig sind.

³⁹ Es wird vorgeschlagen zu prüfen, ob diese Bestimmung "modernisiert" und dabei eine noch festzulegende Zuständigkeit der Union vorgesehen werden sollte.

⁴⁰ Diese Rechtsgrundlage gestattet nur die Annahme von Maßnahmen für "Arbeitnehmer", also für abhängig Erwerbstätige. Die Ausweitung der Verordnung über die "soziale Sicherheit" auf Selbstständige erfolgte auf der Grundlage von Artikel 308 EGV. Sollte der Konvent eine Beschränkung der Fälle, in denen auf Artikel 308 zurückgegriffen wird, anstreben, so könnte er prüfen, ob im Kapitel "Niederlassung", das auf Selbstständige Anwendung findet, eine spezielle Rechtsgrundlage für diesen Bereich vorgesehen werden sollte.

⁴¹ Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates (vgl. Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14 und Zusatzmandat vom 29. April 2003).

Vorbehaltlich des [Kapitels] über den Kapitalverkehr ~~umfasst die Niederlassungsfreiheit~~ **haben die Angehörigen eines Mitgliedstaats das Recht, im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Erwerbstätigkeiten aufzunehmen und auszuüben sowie die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften im Sinne des [Artikels 48 Absatz 2], nach den Bestimmungen des Aufnahmemitgliedstaats für seine eigenen Angehörigen zu gründen und zu leiten.**⁴²

Artikel 44

(1) ~~Der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses Richtlinien~~ **Maßnahmen** zur Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit für eine bestimmte Tätigkeit **werden durch europäische Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

(2) **Das Europäische Parlament,** der Rat und die Kommission erfüllen die Aufgaben, die ihnen aufgrund ~~der obigen Bestimmungen~~ **von Absatz 1** übertragen sind, indem sie insbesondere

- a) im Allgemeinen diejenigen Tätigkeiten mit Vorrang behandeln, bei denen die Niederlassungsfreiheit die Entwicklung der Produktion und des Handels in besonderer Weise fördert;
- b) eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Verwaltungen der Mitgliedstaaten sicherstellen, um sich über die besondere Lage auf den verschiedenen Tätigkeitsgebieten innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu unterrichten;
- c) die aus innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder vorher zwischen den Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünften abgeleiteten Verwaltungsverfahren und -praktiken ausschalten, deren Beibehaltung der Niederlassungsfreiheit entgegensteht;
- d) dafür Sorge tragen, dass Arbeitnehmer eines Mitgliedstaats, die im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats beschäftigt sind, dort verbleiben und eine selbstständige Tätigkeit unter denselben Voraussetzungen ausüben können, die sie erfüllen müssten, wenn sie in diesen Staat erst zu dem Zeitpunkt einreisen würden, in dem sie diese Tätigkeit aufzunehmen beabsichtigen;
- e) den Erwerb und die Nutzung von Grundbesitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats durch Angehörige eines anderen Mitgliedstaats ermöglichen, soweit hierdurch die Grundsätze des [Artikels 33 Absatz 2] nicht beeinträchtigt werden;
- f) veranlassen, dass bei jedem in Betracht kommenden Wirtschaftszweig die Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit in Bezug auf die Voraussetzungen für die Errichtung von Agenturen, Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats sowie für den Eintritt des Personals der Hauptniederlassung in ihre Leitungs- oder Überwachungsorgane schrittweise aufgehoben werden;
- g) soweit erforderlich die Schutzbestimmungen koordinieren, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des [Artikels 48 Absatz 2] im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten;

⁴² Diese Formulierung ist einfacher und klarer und ändert nichts am Inhalt (vgl. auch Artikel 39 über die Arbeitnehmer).

- h) sicherstellen, dass die Bedingungen für die Niederlassung nicht durch Beihilfen der Mitgliedstaaten verfälscht werden.

Artikel 45

Auf Tätigkeiten, die in einem Mitgliedstaat dauernd oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind, findet dieses Kapitel in dem betreffenden Mitgliedstaat keine Anwendung.⁴³

~~Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschließen~~ **In europäischen Gesetzen oder Rahmengesetzen⁴⁴ kann vorgesehen werden, dass dieses Kapitel auf bestimmte Tätigkeiten keine von der Anwendung findet dieses Kapitels ausgenommen werden.**

Artikel 46

(1) [Dieses Kapitel] und die aufgrund desselben ~~getroffenen~~ **angenommenen** Maßnahmen beeinträchtigen nicht die Anwendbarkeit der Rechts- und Verwaltungsvorschriften **der Mitgliedstaaten**, die eine Sonderregelung für Ausländer vorsehen und aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind.

(2) ~~Der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien für die Koordinierung der~~ **Die in Absatz 1 genannten nationalen Vorschriften werden durch europäische Rahmengesetze koordiniert.**

Artikel 47⁴⁵

(1) ~~Um Die Aufnahme und die Ausübung selbstständiger Tätigkeiten zu erleichtern, erlässt der Rat nach dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien für~~ **werden durch europäische Rahmengesetze erleichtert, die Folgendes zum Ziel haben:**

- a) die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise;
- b) die Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten.

(2) ~~Zu dem gleichen Zweck erlässt der Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 Richtlinien zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Tätigkeiten. Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 einstimmig über Richtlinien, deren Durchführung in mindestens einem Mitgliedstaat eine Änderung bestehender gesetzlicher Grundsätze der Berufsordnung hinsichtlich der Ausbildung und der Bedingungen für den Zugang natürlicher Personen zum Beruf umfasst. Im Übrigen beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit.~~⁴⁶

⁴³ Betrifft nicht die deutsche Fassung.

⁴⁴ Übergang zur Mitentscheidung, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

⁴⁵ Es wird vorgeschlagen, die Absätze 1 und 2, in denen ein und dasselbe Verfahren vorgesehen ist, zusammenzufassen (nach der Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates gemäß dem Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14).

⁴⁶ Streichung der einstimmigen Beschlussfassung des Rates (vgl. Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung", Seite 14 und Zusatzmandat vom 29. April 2003).

(3) Die schrittweise Aufhebung der Beschränkungen für die ärztlichen, arzttähnlichen und pharmazeutischen Berufe setzt die Koordinierung der Bedingungen für die Ausübung dieser Berufe in den einzelnen Mitgliedstaaten voraus.

Artikel 48

Für die Anwendung [dieses Kapitels] stehen die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats gegründeten Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der **Gemeinschaft Union** haben, den natürlichen Personen gleich, die Angehörige der Mitgliedstaaten sind.

Als Gesellschaften gelten die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen.

KAPITEL 3

DIENSTLEISTUNGEN

Artikel 49

Die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der **Gemeinschaft Union** für Angehörige der Mitgliedstaaten, die in einem anderen **Mitgliedstaat** der **Gemeinschaft Union** als demjenigen des Leistungsempfängers ansässig sind, sind nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen~~ **[dieses Kapitels]** verboten.

~~Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschließen, dass~~ **Durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze** ⁴⁷ **kann vorgesehen werden, dass** dieses Kapitel auch auf Erbringer von Dienstleistungen Anwendung findet, welche die Staatsangehörigkeit eines dritten Landes besitzen und innerhalb der **Gemeinschaft Union** ansässig sind.

Artikel 50

Dienstleistungen im Sinne ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** sind Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Vorschriften über den freien Waren- und Kapitalverkehr und über die Freizügigkeit der Personen unterliegen.

Als Dienstleistungen gelten insbesondere:

- a) gewerbliche Tätigkeiten,
- b) kaufmännische Tätigkeiten,

⁴⁷ Übergang zur Mitentscheidung, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

- c) handwerkliche Tätigkeiten,
- d) freiberufliche Tätigkeiten.

Unbeschadet des [Kapitels] über die Niederlassungsfreiheit kann der Leistende zwecks Erbringung seiner Leistungen seine Tätigkeit vorübergehend in dem ~~Staat~~ **Mitgliedstaat** ausüben, in dem die Leistung erbracht wird, und zwar unter den Voraussetzungen, welche dieser Staat für seine eigenen Angehörigen vorschreibt.

Artikel 51

- (1) Für den freien Dienstleistungsverkehr auf dem Gebiet des Verkehrs ~~gelten die Bestimmungen des~~ **gilt der** [Titel] über den Verkehr.
- (2) Die Liberalisierung der mit dem Kapitalverkehr verbundenen Dienstleistungen der Banken und Versicherungen wird im Einklang mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs durchgeführt.

Artikel 52

- (1) ~~Der Rat erlässt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Parlaments Richtlinien~~ **Maßnahmen** zur Liberalisierung einer bestimmten Dienstleistung **werden durch europäische Rahmengesetze** ⁴⁸ **festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**
- (2) Bei den in Absatz 1 genannten ~~Richtlinien~~ **europäischen Rahmengesetzen** sind im Allgemeinen mit Vorrang diejenigen Dienstleistungen zu berücksichtigen, welche die Produktionskosten unmittelbar beeinflussen oder deren Liberalisierung zur Förderung des Warenverkehrs beiträgt.

Artikel 53 ⁴⁹

Die Mitgliedstaaten sind bereit, über das Ausmaß der Liberalisierung der Dienstleistungen, zu dem sie aufgrund der gemäß [Artikel 52 Absatz 1] ~~angenommenen Richtlinien europäischen~~ **Rahmengesetze**, verpflichtet sind, hinauszugehen, falls ihre wirtschaftliche Gesamtlage und die Lage des betreffenden Wirtschaftszweigs dies zulassen.

Die Kommission richtet entsprechende Empfehlungen an die betreffenden Staaten.

⁴⁸ Ersetzung der Anhörung durch die Mitentscheidung, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

⁴⁹ Es stellt sich die Frage, ob die Beibehaltung einer derartigen Bestimmung sinnvoll ist.

Artikel 54⁵⁰

Solange die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs nicht aufgehoben sind, wendet sie jeder Mitgliedstaat ohne Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsort auf alle in [Artikel 49 Absatz 1] bezeichneten Erbringer von Dienstleistungen an.

Artikel 55

Die ~~Bestimmungen der~~ [Artikel 45 bis 48] finden auf das in diesem Kapitel geregelte Sachgebiet Anwendung.

⁵⁰ Aus Gründen der Kohärenz könnte hier untersucht werden, ob eine derartige Bestimmung nicht als horizontale Bestimmung für die vier Freiheiten vorgesehen werden sollte.

KAPITEL 4

DER KAPITAL- UND ZAHLUNGSVERKEHR

Artikel 56⁵¹

(1) Im Rahmen ~~der Bestimmungen~~ dieses Kapitels sind ~~alle~~ **die** Beschränkungen des Kapital- **und des Zahlungsverkehrs** zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.

~~(2) Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.~~

Artikel 57

(1) [Artikel 56] berührt nicht die Anwendung derjenigen Beschränkungen auf dritte Länder, die am 31. Dezember 1993 aufgrund einzelstaatlicher ~~oder gemeinschaftlicher~~ Rechtsvorschriften **oder von Rechtsvorschriften der Union** für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern im Zusammenhang mit Direktinvestitionen einschließlich Anlagen in Immobilien, mit der Niederlassung, der Erbringung von Finanzdienstleistungen oder der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten bestehen.

(2) Maßnahmen für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern im Zusammenhang mit Direktinvestitionen einschließlich Anlagen in Immobilien, mit der Niederlassung, der Erbringung von Finanzdienstleistungen oder der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten **werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze⁵² festgelegt.**

Unbeschadet der anderen [Kapitel] ~~dieses Vertrags der Verfassung sowie seiner Bemühungen~~ **bemühen sich der Rat und das Europäische Parlament** um eine möglichst weit gehende Verwirklichung des Zieles eines freien Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern. ~~kann der Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern im Zusammenhang mit Direktinvestitionen einschließlich Anlagen in Immobilien, mit der Niederlassung, der Erbringung von Finanzdienstleistungen oder der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten beschließen.~~⁵³

(3) **Abweichend von Absatz 2 können** Maßnahmen ~~nach diesem Absatz~~, die im Rahmen des ~~Gemeinschafts~~Unionsrechts für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit dritten Ländern einen Rückschritt darstellen, ~~bedürfen der Einstimmigkeit~~ **nur durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze des Rates festgelegt werden. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**⁵⁴

⁵¹ Es wird empfohlen, die Absätze 1 und 2 zusammenzufassen.

⁵² Übergang zur Mitentscheidung, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

⁵³ Aus redaktionellen Gründen ist es vorzuziehen, diese beiden Absätze umzustellen.

⁵⁴ Wie dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 zu entnehmen scheint, soll in diesem Absatz die Anhörung des Europäischen Parlaments vorgesehen werden.

Artikel 58

- (1) [Artikel 56] berührt nicht das Recht der Mitgliedstaaten,
- a) die einschlägigen Vorschriften ihres Steuerrechts anzuwenden, die Steuerpflichtige mit unterschiedlichem Wohnort oder Kapitalanlageort unterschiedlich behandeln,
 - b) die unerlässlichen **Maßnahmen Vorkehrungen** zu treffen, um Zuwiderhandlungen gegen innerstaatliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere auf dem Gebiet des Steuerrechts und der Aufsicht über Finanzinstitute, zu verhindern, sowie Meldeverfahren für den Kapitalverkehr zwecks administrativer oder statistischer Information vorzusehen oder Maßnahmen zu ergreifen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit gerechtfertigt sind.
- (2) Dieses [Kapitel] berührt nicht die Anwendbarkeit von Beschränkungen des Niederlassungsrechts, die mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind.
- (3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Maßnahmen und Verfahren dürfen weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des freien Kapital- und Zahlungsverkehrs im Sinne des [Artikels 56] darstellen.

Artikel 59

Falls Kapitalbewegungen nach oder aus dritten Ländern unter außergewöhnlichen Umständen das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion schwerwiegend stören oder zu stören drohen, kann der Rat auf Vorschlag der Kommission ~~mit qualifizierter Mehrheit und nach Anhörung der EZB~~ **[europäische Verordnungen oder Beschlüsse zur Einführung von] Schutzmaßnahmen** gegenüber dritten Ländern ~~Schutzmaßnahmen~~ mit einer Geltungsdauer von höchstens sechs Monaten ~~treffen annehmen~~, wenn diese unbedingt erforderlich sind. **Er beschließt nach Anhörung der Europäischen Zentralbank.** ⁵⁵

Artikel 60 ⁵⁶

- (1) *Falls ein Tätigwerden der Gemeinschaft in den in [Artikel 301] vorgesehenen Fällen für erforderlich erachtet wird, kann der Rat nach dem Verfahren des [Artikels 301] die notwendigen Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet des Kapital- und Zahlungsverkehrs mit den betroffenen dritten Ländern ⁵⁷ ergreifen.*

⁵⁵ Dieser Artikel ist im Zusatzmandat vom 29. April 2003 nicht erwähnt. Schutzmaßnahmen mit begrenzter Geltungsdauer fallen auf den ersten Blick unter die Kategorie der Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter. Es wird daher vorgeschlagen, hier einen Hinweis auf die beiden Arten von Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter aufzunehmen, die vom Rat angenommen werden können.

⁵⁶ Dieser Artikel müsste vom Konvent im Rahmen der "Außenbeziehungen" geprüft werden und wird daher an dieser Stelle nicht behandelt. Es wird vorgeschlagen zu prüfen, ob dieser Artikel mit Artikel 301 zusammengefasst werden könnte.

⁵⁷ Da hier nur "Länder" genannt werden, ist es derzeit nicht möglich, diesen Artikel im Hinblick auf Sanktionen gegenüber Einzelpersonen oder nichtstaatlichen Gebilden anzuwenden (z.B. Sanktionen gegen die Taliban und namentlich genannte Terroristen). Aufgrund dieser Lücke muss derzeit zusätzlich auf Artikel 308 EGV zurückgegriffen werden. Daher wird vorgeschlagen zu prüfen, ob eine Ausweitung des Geltungsbereichs dieses Artikels zweckmäßig wäre (vgl. auch Vorschlag zu Artikel 301).

(2) Solange der Rat keine Maßnahmen nach Absatz 1 ergriffen hat, kann jeder Mitgliedstaat unbeschadet des [Artikels 297] bei Vorliegen schwerwiegender politischer Umstände aus Gründen der Dringlichkeit gegenüber dritten Ländern einseitige Maßnahmen auf dem Gebiet des Kapital- und Zahlungsverkehrs treffen. Die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten sind über diese Maßnahmen spätestens bei deren Inkrafttreten zu unterrichten.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission entscheiden, dass der betreffende Mitgliedstaat diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben hat. Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament über die betreffenden Entscheidungen des Rates.

TITEL IV

VISA, ASYL, EINWANDERUNG UND ANDERE POLITIKEN BETREFFEND DEN FREIEN PERSONENVERKEHR

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Titel nicht wiedergegeben.

TITEL V

DER VERKEHR

Artikel 70

Auf dem in diesem Titel geregelten Sachgebiet ⁵⁸ ~~verfolgen die Mitgliedstaaten werden~~ die Ziele ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** im Rahmen einer gemeinsamen Verkehrspolitik **verfolgt**.

Artikel 71

(4) Zur Durchführung des [Artikels 70] ~~wird werden der Rat~~ unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Verkehrs **europäische Gesetze oder Rahmengesetze** ⁵⁹ **erlassen**. ~~gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen Diese werden~~ nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen **angenommen**. ~~Diese Maßnahmen~~

⁵⁸ Da hier eine geteilte Zuständigkeit gegeben ist, wird vorgeschlagen, die Formulierung "verfolgen die Mitgliedstaaten", die im einleitenden Teil der anderen Politikbereiche nicht verwendet wird, zu streichen. Siehe auch den Vorschlag für eine Zusammenlegung mit Artikel 80.

⁵⁹ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird das Konsultationsverfahren durch das Mitentscheidungsverfahren ersetzt. Daher kann alles in einem einzigen Absatz zusammengefasst werden, was zu einer geringfügigen Ausdehnung der obligatorischen Anhörung des Ausschusses der Regionen führt, die gegenwärtig nur für die im derzeitigen Absatz 1 genannten Fälle vorgesehen ist.

Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze umfassen Folgendes:

- a) **gemeinsame Regeln** für den internationalen Verkehr aus oder nach dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats oder für den Durchgangsverkehr durch das Hoheitsgebiet eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ~~gemeinsame Regeln aufstellen~~;
- b) **Bedingungen** für die Zulassung von Verkehrsunternehmen zum Verkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem sie nicht ansässig sind, ~~die Bedingungen festlegen~~;
- c) Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ~~erlassen~~;
- d) alle sonstigen zweckdienlichen ~~Vorschriften erlassen~~ **Maßnahmen**.

~~(2) Abweichend von dem in [Absatz 1] vorgesehenen Verfahren werden die Vorschriften über **Maßnahmen betreffend** die Grundsätze der Verkehrsordnung, deren Anwendung die Lebenshaltung und die Beschäftigungslage in bestimmten Gebieten sowie den Betrieb der Verkehrseinrichtungen ernstlich beeinträchtigen könnte, vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses einstimmig erlassen **angenommen**; dabei berücksichtigt er die Notwendigkeit einer Anpassung an die sich aus der Errichtung des Gemeinsamen Marktes **Binnenmarktes** ergebende wirtschaftliche Entwicklung. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**~~

Artikel 72

Bis ~~zum Erlass~~ **zur Annahme** der in [Artikel 71 Absatz 1] genannten ~~Vorschriften~~ **europäischen Gesetze oder Rahmengesetze** darf ein Mitgliedstaat die verschiedenen, am 1. Januar 1958 oder, im Falle später beigetretener Staaten, zum Zeitpunkt ihres Beitritts auf diesem Gebiet geltenden Vorschriften in ihren unmittelbaren oder mittelbaren Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmer anderer Mitgliedstaaten im Vergleich zu den inländischen Verkehrsunternehmen nicht ungünstiger gestalten, es sei denn, dass der Rat einstimmig ~~etwas anderes billigt~~ **ein europäisches Gesetz**⁶⁰ **annimmt, das eine Ausnahmeregelung zulässt.**

Artikel 73

Mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind Beihilfen, die den Erfordernissen der Koordination des Verkehrs oder der Abgeltung bestimmter, mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen entsprechen.

Artikel 74

Jede Maßnahme auf dem Gebiet der Beförderungsentgelte und -bedingungen, die im Rahmen ~~dieses Vertrags getroffen~~ **der Verfassung angenommen** wird, hat der wirtschaftlichen Lage der Verkehrsunternehmer Rechnung zu tragen.

⁶⁰ Es wird vorgeschlagen, nur auf europäische Gesetze Bezug zu nehmen, da eine solche Ausnahmeregelung aus Gründen der rechtlichen Kohärenz nur durch ein Gesetz zugelassen werden kann.

Artikel 75

- (1) Im Verkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** sind die Diskriminierungen ~~be-~~
~~seitigt verboten~~, die darin bestehen, dass ein Verkehrsunternehmer in denselben Verkehrsverbin-
dungen für die gleichen Güter je nach ihrem ~~Herkunfts- oder Bestimmungsland~~ **Herkunfts- oder**
Bestimmungsmitgliedstaat unterschiedliche Frachten und Beförderungsbedingungen anwendet.
- (2) Absatz 1 schließt nicht aus, **dass sonstige europäische Gesetze oder Rahmengesetze**
~~der Rat gemäß [Artikel 71 Absatz 1] treffen kann annehmen~~ **angenommen werden können.**
- (3) Der Rat ~~trifft mit qualifizierter Mehrheit~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und~~
~~nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses eine Regelung mit qualifizierter Mehrheit~~
die zur Durchführung des Absatzes 1 erforderlichen europäischen Verordnungen oder Be-
schlüsse ⁶¹ **an. Er beschließt nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**
- Er kann insbesondere die erforderlichen ~~Vorschriften erlassen~~ **europäischen Verordnungen oder**
Beschlüsse annehmen, um es den Organen ~~der Gemeinschaft~~ zu ermöglichen, für die Beachtung
des Absatzes 1 Sorge zu tragen, und um den Verkehrsnutzern die Vorteile dieser Bestimmung voll
zukommen zu lassen.
- (4) Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats die Diskrimi-
nierungsfälle des Absatzes 1 und ~~erlässt~~ **nimmt** nach Beratung mit jedem in Betracht kommenden
Mitgliedstaat die erforderlichen ~~Entscheidungen~~ **europäischen Beschlüsse** im Rahmen der ~~gemäß~~
in Absatz 3 ~~getroffenen Regelung~~ **genannten europäischen Verordnungen oder Beschlüsse an.**

Artikel 76

- (1) Im Verkehr innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** sind die von einem Mitgliedstaat aufer-
legten Frachten und Beförderungsbedingungen verboten, die in irgendeiner Weise der Unterstüt-
zung oder dem Schutz eines oder mehrerer bestimmter Unternehmen oder Industrien dienen, es sei
denn, dass die Kommission **mit einem europäischen Beschluss** die Genehmigung hierzu erteilt.
- (2) Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats die in Absatz 1
bezeichneten Frachten und Beförderungsbedingungen; hierbei berücksichtigt sie insbesondere
sowohl die Erfordernisse einer angemessenen Standortpolitik, die Bedürfnisse der unterentwickel-
ten Gebiete und die Probleme der durch politische Umstände schwer betroffenen Gebiete als auch
die Auswirkungen dieser Frachten und Beförderungsbedingungen auf den Wettbewerb zwischen
den Verkehrsarten.
- Die Kommission ~~erlässt~~ **nimmt** die erforderlichen ~~Entscheidungen~~ **europäischen Beschlüsse** nach
Beratung mit jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat **an.**
- (3) Das in Absatz 1 genannte Verbot ~~trifft~~ **gilt nicht für** die Wettbewerbstarife.

⁶¹ Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 handelt es sich hierbei um Rechtsakte ohne
Gesetzgebungscharakter.

Artikel 77

Die Abgaben oder Gebühren, die ein Verkehrsunternehmer neben den Frachten [beim Grenzübergang] in Rechnung stellt ⁶², dürfen unter Berücksichtigung der hierdurch tatsächlich verursachten Kosten eine angemessene Höhe nicht übersteigen.

Die Mitgliedstaaten werden bemüht sein, diese Kosten ~~schnittweise~~ zu verringern.

Die Kommission kann zur Durchführung dieses Artikels Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten.

[Artikel 78 ⁶³

Die Bestimmungen dieses Titels stehen Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland nicht entgegen, soweit sie erforderlich sind, um die wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen, die der Wirtschaft bestimmter, von der Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik aus dieser Teilung entstehen.]

Artikel 79

Bei der Kommission wird ein beratender Ausschuss gebildet; er besteht aus Sachverständigen, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden. Die Kommission hört den Ausschuss je nach Bedarf in Verkehrsfragen an[; die Befugnisse des Wirtschafts- und Sozialausschusses bleiben unberührt] ⁶⁴.

Artikel 80

(1) Dieser Titel gilt für die Beförderungen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr.

(2) ~~Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit darüber entscheiden, ob, inwieweit und nach welchen Verfahren~~ **Geeignete Vorschriften Maßnahmen** für die Seeschifffahrt und Luftfahrt ~~zu erlassen sind können durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt werden. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen angenommen.~~

~~Die Verfahrensvorschriften des Artikels 71 finden Anwendung.~~

⁶² Es stellt sich die Frage, welche Arten von Abgaben vom Verkehrsunternehmer in Rechnung gestellt werden. Ferner dürfte bei einem Binnenmarkt ohne Binnengrenzen die Formulierung "beim Grenzübergang" hinfällig sein. Es wäre zu prüfen, ob dieser Artikel nicht überflüssig ist.

⁶³ Der Konvent wird es möglicherweise für sinnvoll halten zu prüfen, ob dieser Artikel noch relevant ist (siehe auch Artikel 87 Absatz 2 Buchstabe c).

⁶⁴ Es wird vorgeschlagen, diesen überflüssigen Satz zu streichen, da es eine Selbstverständlichkeit ist, dass die Anhörung dieses Ausschusses die Befugnisse des Wirtschafts- und Sozialausschusses nicht berühren darf.

TITEL VI

GEMEINSAME REGELN BETREFFEND WETTBEWERB, STEUERFRAGEN UND ANGLEICHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN

KAPITEL 1

WETTBEWERBSREGELN

ABSCHNITT 1

VORSCHRIFTEN FÜR UNTERNEHMEN

Artikel 81

(1) Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar und verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen geeignet sind und eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** bezwecken oder bewirken, insbesondere

- a) die unmittelbare oder mittelbare Festsetzung der An- oder Verkaufspreise oder sonstiger Geschäftsbedingungen;
- b) die Einschränkung oder Kontrolle der Erzeugung, des Absatzes, der technischen Entwicklung oder der Investitionen;
- c) die Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen;
- d) die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- e) die an den Abschluss von Verträgen geknüpfte Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

(2) Die nach diesem Artikel verbotenen Vereinbarungen oder Beschlüsse sind nichtig.

(3) ~~Die Bestimmungen des Absatzes 1 können~~ **Absatz 1 kann** für nicht anwendbar erklärt werden auf

- a) Vereinbarungen oder Gruppen von Vereinbarungen zwischen Unternehmen,
- b) Beschlüsse oder Gruppen von Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen,
- c) aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen oder Gruppen von solchen,

die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne dass den beteiligten Unternehmen

- d) Beschränkungen auferlegt werden, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerlässlich sind, oder
- e) Möglichkeiten eröffnet werden, für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren den Wettbewerb auszuschalten.

Artikel 82

Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar und verboten ist die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem **Binnenmarkt** ~~Gemeinsamen Markt~~ oder auf einem wesentlichen Teil desselben durch ein oder mehrere Unternehmen, soweit dies dazu führen kann, den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen.

Dieser Missbrauch kann insbesondere in Folgendem bestehen:

- a) der unmittelbaren oder mittelbaren Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen;
- b) der Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher;
- c) der Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- d) der an den Abschluss von Verträgen geknüpften Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

Artikel 83

(1) ~~Die~~ **Der Rat nimmt auf Vorschlag der Kommission die europäischen** ~~zweckdienlichen~~ Verordnungen ⁶⁵ ~~oder Richtlinien~~ zur Verwirklichung der in den Artikeln [81 und 82] niedergelegten Grundsätze ~~werden vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und an. Er beschließt~~ nach Anhörung des Europäischen Parlaments ~~beschlossen~~.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen ~~Vorschriften~~ **europäischen** Verordnungen bezwecken insbesondere:

- a) die Beachtung der in [Artikel 81 Absatz 1] und [Artikel 82] genannten Verbote durch die Einführung von Geldbußen und Zwangsgeldern zu gewährleisten;
- b) die Einzelheiten der Anwendung des [Artikels 81 Absatz 3] festzulegen; dabei ist dem Erfordernis einer wirksamen Überwachung bei möglichst einfacher Verwaltungskontrolle Rechnung zu tragen;

⁶⁵ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

- c) gegebenenfalls den Anwendungsbereich der [Artikel 81 und 82] für die einzelnen Wirtschaftszweige näher zu bestimmen;
- d) die Aufgaben der Kommission und des Gerichtshofes bei der Anwendung der in diesem Absatz vorgesehenen Vorschriften gegeneinander abzugrenzen;
- e) das Verhältnis zwischen den innerstaatlichen Rechtsvorschriften einerseits und ~~den in diesem Abschnitt enthaltenen~~ oder den aufgrund dieses Artikels ~~getroffenen Bestimmungen ange-~~
nommenen europäischen Verordnungen andererseits festzulegen.

Artikel 84

Bis zum ~~Inkrafttreten~~ **Zeitpunkt des Inkrafttretens** der gemäß [Artikel 83] ~~erlassenen Vorschriften~~ **angenommenen europäischen Verordnungen** entscheiden die Behörden der Mitgliedstaaten im Einklang mit ~~ihren eigenen Rechtsvorschriften~~ **mit ihrem innerstaatlichen Recht** und den ~~Bestimmungen der Artikel~~ **[Artikeln 81, insbesondere Absatz 3, und 82]** über die Zulässigkeit von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen sowie über die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt**.

Artikel 85

- (1) Unbeschadet des [Artikels 84] achtet die Kommission auf die Verwirklichung der in den Artikeln [81 und 82] niedergelegten Grundsätze. Sie untersucht auf Antrag eines Mitgliedstaats oder von Amts wegen in Verbindung mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, die ihr Amtshilfe zu leisten haben, die Fälle, in denen Zuwiderhandlungen gegen diese Grundsätze vermutet werden. Stellt sie eine Zuwiderhandlung fest, so schlägt sie geeignete Mittel vor, um diese abzustellen.
- (2) Wird die Zuwiderhandlung nicht abgestellt, so ~~trifft~~ **nimmt** die Kommission ~~in einer mit einem~~ mit Gründen versehenen ~~Entscheidung die Feststellung europäischen Beschluss an, in dem festgestellt wird,~~ dass eine ~~derartige~~ Zuwiderhandlung **gegen die Grundsätze** vorliegt. Sie kann ~~die Entscheidung ihren Beschluss~~ veröffentlichen und die Mitgliedstaaten ermächtigen, die erforderlichen ~~Abhilfemaßnahmen Bestimmungen zur Ergreifung von Abhilfemaßnahmen zu~~ **erlassen**, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Artikel 86

- (1) Die Mitgliedstaaten werden in Bezug auf öffentliche Unternehmen und auf Unternehmen, denen sie besondere oder ausschließliche Rechte gewähren, keine ~~diesem Vertrag den~~ **Bestimmungen der Verfassung** und insbesondere ~~dessen deren~~ [Artikeln 12 und 81 bis 89] widersprechende Maßnahmen treffen oder beibehalten.
- (2) Für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind oder den Charakter eines Finanzmonopols haben, gelten die ~~Vorschriften dieses Vertrags Bestimmungen der Verfassung,~~ insbesondere die Wettbewerbsregeln, soweit die Anwendung dieser ~~Vorschriften Bestimmungen~~ nicht die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindert. Die Entwicklung des Handelsverkehrs darf nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt werden, das dem Interesse der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zuwiderläuft.
- (3) Die Kommission achtet auf die Anwendung dieses Artikels und ~~richtet~~ **nimmt** erforderlichenfalls geeignete ~~Richtlinien europäische Verordnungen oder Entscheidungen~~ **Beschlüsse** an ~~die Mitgliedstaaten~~.

ABSCHNITT 2

STAATLICHE BEIHILFEN DER MITGLIEDSTAATEN

Artikel 87

(1) Soweit in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** nicht etwas anderes bestimmt ist, sind ~~staatliche Beihilfen der Mitgliedstaaten~~ oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.

(2) Mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** vereinbar sind:

- a) Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher, wenn sie ohne Diskriminierung nach der Herkunft der Waren gewährt werden;
- b) Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind;
- [c) Beihilfen für die Wirtschaft bestimmter, durch die Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie zum Ausgleich der durch die Teilung verursachten wirtschaftlichen Nachteile erforderlich sind.] ⁶⁶

(3) Als mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** vereinbar können angesehen werden:

- a) Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht;
- b) Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse oder zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats;
- c) Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft;
- d) Beihilfen zur Förderung der Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes, soweit sie die Handels- und Wettbewerbsbedingungen in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** nicht in einem Maß beeinträchtigen, das dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft;
- e) sonstige Arten von Beihilfen, die der Rat durch ~~eine Entscheidung~~ mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission **angenommene europäische Verordnungen oder Beschlüsse** ⁶⁷ bestimmt.

⁶⁶ Der Konvent wird es möglicherweise für sinnvoll halten zu prüfen, ob dieser Buchstabe noch relevant ist (siehe auch Artikel 78).

⁶⁷ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

Artikel 88

(1) Die Kommission überprüft fortlaufend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die in diesen bestehenden Beihilferegelungen. Sie schlägt ihnen die zweckdienlichen Maßnahmen vor, welche die fortschreitende Entwicklung und das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarkts** erfordern.

(2) Stellt die Kommission fest, nachdem sie den Beteiligten eine Frist zur Äußerung gesetzt hat, dass eine von einem ~~Staat~~ **Mitgliedstaat** oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** nach [Artikel 87] unvereinbar ist oder dass sie missbräuchlich angewandt wird, so ~~entscheidet sie~~ **nimmt sie einen europäischen Beschluss an, der darauf abzielt**, dass der betreffende Staat sie binnen einer von ihr bestimmten Frist ~~aufzuheben~~ **aufhebt** oder ~~umzugestalten hat~~ **umgestaltet**.

Kommt der betreffende Staat dieser Entscheidung innerhalb der festgesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission oder jeder betroffene **Mitgliedstaat** in Abweichung von den [Artikeln 226 und 227] den Gerichtshof unmittelbar anrufen.

Der Rat kann einstimmig auf Antrag eines Mitgliedstaats ~~entscheiden, dass~~ **einen europäischen Beschluss annehmen, dem zufolge** eine von diesem Staat gewährte oder geplante Beihilfe in Abweichung von [Artikel 87] oder von den ~~nach in~~ [Artikel 89] ~~erlassenen~~ **vorgesehenen europäischen** Verordnungen als mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** vereinbar gilt, wenn außergewöhnliche Umstände einen solchen Beschluss rechtfertigen. Hat die Kommission bezüglich dieser Beihilfe das in Unterabsatz 1 dieses Absatzes vorgesehene Verfahren bereits eingeleitet, so bewirkt der Antrag des betreffenden Staates an den Rat die Aussetzung dieses Verfahrens, bis der Rat sich geäußert hat.

Äußert sich der Rat nicht binnen drei Monaten nach Antragstellung, so entscheidet die Kommission.

(3) Die Kommission wird von ~~jeder den Mitgliedstaaten über jede~~ beabsichtigten Einführung oder Umgestaltung von Beihilfen so rechtzeitig unterrichtet, dass sie sich dazu äußern kann. Ist sie der Auffassung, dass ein derartiges Vorhaben nach [Artikel 87] mit dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** unvereinbar ist, so leitet sie unverzüglich das in Absatz 2 vorgesehene Verfahren ein. Der betreffende Mitgliedstaat darf die beabsichtigte Maßnahme nicht durchführen, bevor die Kommission einen ~~abschließenden Entscheidung~~ **Beschluss** erlassen hat.

Artikel 89

Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments mit qualifizierter Mehrheit alle zweckdienlichen Durchführungsverordnungen zu den Artikeln~~ **europäische Verordnungen** ⁶⁸ **zur Durchführung der [Artikel 87 und 88] erlassen und insbesondere zur Festlegung der** die Bedingungen für die Anwendung des [Artikels 88 Absatz 3] sowie **zur Festlegung der** diejenigen Arten von Beihilfen ~~festlegen~~ **annehmen**, die von diesem Verfahren ausgenommen sind. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

⁶⁸ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

KAPITEL 2

STEUERLICHE VORSCHRIFTEN

Artikel 90

Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten weder unmittelbar noch mittelbar höhere inländische Abgaben gleich welcher Art, als gleichartige inländische Waren unmittelbar oder mittelbar zu tragen haben.

Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten keine inländischen Abgaben, die geeignet sind, andere Produktionen mittelbar zu schützen.

Artikel 91

Werden Waren **aus einem Mitgliedstaat** in das Hoheitsgebiet eines **anderen** Mitgliedstaats ausgeführt ⁶⁹, so darf die Rückvergütung für inländische Abgaben nicht höher sein als die auf die ausgeführten Waren mittelbar oder unmittelbar erhobenen inländischen Abgaben.

Artikel 92

Für Abgaben außer Umsatzsteuern, Verbrauchsabgaben und sonstigen indirekten Steuern sind Entlastungen und Rückvergütungen bei der Ausfuhr nach anderen Mitgliedstaaten sowie Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr aus den Mitgliedstaaten nur zulässig, soweit der Rat **sie die betreffenden Bestimmungen** vorher **durch einen mit qualifizierter Mehrheit** auf Vorschlag der Kommission **angenommenen europäischen Beschluss** ⁷⁰ für eine begrenzte Frist genehmigt hat.

Artikel 93

Der Rat ~~erlässt~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses einstimmig die Bestimmungen~~ **Maßnahmen** ⁷¹ zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Umsatzsteuern, die Verbrauchsabgaben und sonstige indirekte Steuern **an**, soweit diese Harmonisierung für die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarkts ~~innerhalb der in Artikel 14 gesetzten Frist~~ ⁷² notwendig ist. **Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

⁶⁹ Die Verwendung des Wortes "ausgeführt" in Bezug auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten müsste nochmals geprüft werden.

⁷⁰ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

⁷¹ Im Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird nicht bestimmt, welche Rechtsakte bei diesem Absatz in Betracht kommen.

⁷² Es wurde vorgeschlagen, diese Frist (bis zum 31.12.1992) zu streichen (siehe Fußnote zu Artikel 14).

KAPITEL 3

ANGLEICHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN ⁷³

Artikel 94 ⁷⁴

~~Der Rat erlässt einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses Richtlinien.~~ Die Angleichung derjenigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, die sich unmittelbar auf die Errichtung oder das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarkts** auswirken, **wird mit europäischen Rahmengesetzen des Rates vorgenommen. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Artikel 95 ⁷⁵

(1) Soweit in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** nichts anderes bestimmt ist, gilt abweichend von [Artikel 94] für die Verwirklichung der Ziele des [Artikels 14] ~~die nachstehende Regelung~~ **dieser Artikel.** ~~Der Rat erlässt nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses die Maßnahmen zur~~ Die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, welche die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarkts zum Gegenstand haben, **erfolgt durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze. Sie beschließen Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Bestimmungen über die Steuern, die Bestimmungen über die Freizügigkeit und die Bestimmungen über die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer.

(3) Die Kommission geht in ihren ~~nach~~ **gemäß** Absatz 1 in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umweltschutz und Verbraucherschutz **vorgelegten** Vorschlägen von einem hohen Schutzniveau aus und berücksichtigt dabei insbesondere alle auf wissenschaftliche Ergebnisse gestützten neuen Entwicklungen. Im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse streben das Europäische Parlament und der Rat dieses Ziel ebenfalls an.

(4) Hält es ein Mitgliedstaat, wenn ~~der Rat oder die Kommission~~ eine Harmonisierungsmaßnahme **durch ein europäisches Gesetz oder Rahmengesetz oder eine Verordnung der Kommission** angenommen ~~hat wurde~~, für erforderlich, einzelstaatliche Bestimmungen beizubehalten, die durch wichtige Erfordernisse im Sinne des [Artikels 30] oder in Bezug auf den Schutz der Arbeitsumwelt oder den Umweltschutz gerechtfertigt sind, so teilt er diese Bestimmungen sowie die Gründe für ihre Beibehaltung der Kommission mit.

⁷³ Dieses Kapitel, das die allgemeinen Rechtsgrundlagen für die Errichtung des Binnenmarkts enthält, wird an den Anfang eines neuen Titels oder Kapitels mit der Überschrift "Binnenmarkt" gestellt werden.

⁷⁴ Derzeit gestatten die Artikel 94 und 95 lediglich die Annahme von Maßnahmen "zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten". Dies führt dazu, dass Artikel 308 in einer Reihe von Fällen angewendet wird, die den Binnenmarkt betreffen, ohne dass dies eine Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften darstellt. Dies ist unter anderem dort der Fall, wo es darum geht, einen Gemeinschaftstitel für geistiges Eigentum zu schaffen, der den einzelstaatlichen Titeln übergeordnet ist. Sollte der Konvent eine Einschränkung des Rückgriffs auf Artikel 308 anstreben, so könnte er prüfen, ob entweder spezielle Rechtsgrundlagen geschaffen werden sollen oder ob die Bezugnahme auf die "Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten" in den Artikeln 94 und 95 geändert werden soll, damit die betreffenden Schritte ermöglicht werden. Darüber hinaus könnte der Konvent das Verhältnis zwischen den Artikeln 94 und 95 prüfen (siehe Erläuterungen in Anlage II des Berichts vom 13. März 2003).

⁷⁵ Siehe Vorschlag in der vorhergehenden Fußnote.

(5) Unbeschadet des Absatzes 4 teilt ein Mitgliedstaat, der es nach der Annahme einer Harmonisierungsmaßnahme **durch ein europäisches Gesetz oder Rahmengesetz oder eine Verordnung der Kommission** ~~durch den Rat oder die Kommission~~ für erforderlich hält, auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse gestützte einzelstaatliche Bestimmungen zum Schutz der Umwelt oder der Arbeitsumwelt aufgrund eines spezifischen Problems für diesen Mitgliedstaat, das sich nach dem Erlass der Harmonisierungsmaßnahme ergibt, einzuführen, der Kommission die in Aussicht genommenen Bestimmungen sowie die ~~Gründe für ihre Einführung~~ **entsprechende Begründung** mit.

(6) Die Kommission ~~beschließt~~ **nimmt** binnen sechs Monaten nach den Mitteilungen ~~nach gemäß~~ den Absätzen 4 und 5 **einen europäischen Beschluss an, in dem** die betreffenden einzelstaatlichen Bestimmungen ~~zu billigen oder abzulehnen~~ **gebilligt oder abgelehnt werden**, nachdem sie geprüft hat, ob sie ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung und eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellen und ob sie das Funktionieren des Binnenmarkts behindern.

~~Trifft~~ **Nimmt** die Kommission innerhalb dieses Zeitraums ~~keine Entscheidung~~ **keinen Beschluss an**, so gelten die in den Absätzen 4 und 5 genannten einzelstaatlichen Bestimmungen als gebilligt.

Die Kommission kann, sofern dies aufgrund des schwierigen Sachverhalts gerechtfertigt ist und keine Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht, dem betreffenden Mitgliedstaat mitteilen, dass der in diesem Absatz genannte Zeitraum gegebenenfalls um einen weiteren Zeitraum von bis zu sechs Monaten verlängert wird.

(7) Wird es einem Mitgliedstaat nach [Absatz 6] gestattet, von der Harmonisierungsmaßnahme abweichende einzelstaatliche Bestimmungen beizubehalten oder einzuführen, so prüft die Kommission unverzüglich, ob sie eine Anpassung dieser Maßnahme vorschlägt.

(8) Wirft ein Mitgliedstaat in einem Bereich, der zuvor bereits Gegenstand von Harmonisierungsmaßnahmen war, ein spezielles Gesundheitsproblem auf, so teilt er dies der Kommission mit, die dann umgehend prüft, ob sie ~~dem Rat~~ entsprechende Maßnahmen vorschlägt.

(9) In Abweichung von dem Verfahren der [Artikel 226 und 227] kann die Kommission oder ein Mitgliedstaat den Gerichtshof unmittelbar anrufen, wenn die Kommission oder der Staat der Auffassung ist, dass ein anderer Mitgliedstaat die in diesem Artikel vorgesehenen Befugnisse missbraucht.

(10) Die ~~vorgenannten in diesem Artikel genannten~~ Harmonisierungsmaßnahmen sind in geeigneten Fällen mit einer Schutzklausel verbunden, welche die Mitgliedstaaten ermächtigt, aus einem oder mehreren der in [Artikel 30] genannten nichtwirtschaftlichen Gründe vorläufige ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen zu erlassen**, die einem ~~gemeinschaftlichen~~ Kontrollverfahren **der Union** unterliegen.

Artikel 96

Stellt die Kommission fest, dass ~~vorhandene~~ Unterschiede in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten die Wettbewerbsbedingungen auf dem ~~Gemeinsamen Markt~~ **Binnenmarkt** verfälschen und ~~dadurch~~ eine Verzerrung hervorrufen, die zu beseitigen ist, so ~~tritt~~ **berät** sie **sich** mit den betreffenden Mitgliedstaaten ~~in Beratungen ein~~.

Führen diese Beratungen ~~nicht zur Beseitigung dieser Verzerrung zu keinem Ergebnis~~, so ~~erlässt wird diese Verzerrung durch ein europäisches Rahmengesetz~~⁷⁶ ~~beseitigt. der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Richtlinien. Die Kommission und der Rat können Alle sonstigen, in diesem Vertrag der Verfassung vorgesehenen zweckdienlichen Maßnahmen treffen können angenommen werden.~~

Artikel 97

(1) Ist zu befürchten, dass der ~~Erlass~~**die Annahme** oder die Änderung einer **einzelstaatlichen** Rechts- oder Verwaltungsvorschrift eine Verzerrung im Sinne des [Artikels 96] verursacht, so setzt sich der Mitgliedstaat, der diese Maßnahme beabsichtigt, mit der Kommission ins Benehmen. Diese ~~empfiehlt~~**richtet** nach Beratung mit den Mitgliedstaaten ~~den an die~~ beteiligten Staaten **eine Empfehlung betreffend** die zur Vermeidung dieser Verzerrung geeigneten Maßnahmen.

(2) Kommt der ~~Staat~~**Mitgliedstaat**, der innerstaatliche Vorschriften erlassen oder ändern will, der an ihn gerichteten Empfehlung der Kommission nicht nach, so kann nicht gemäß [Artikel 96] verlangt werden, dass die anderen Mitgliedstaaten ihre innerstaatlichen Vorschriften ändern, um die Verzerrung zu beseitigen. Verursacht ein Mitgliedstaat, der die Empfehlung der Kommission außer Acht lässt, eine Verzerrung lediglich zu seinem eigenen Nachteil, so findet [Artikel 96] keine Anwendung.

TITEL VII

DIE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Titel nicht wiedergegeben.

TITEL VIII

BESCHÄFTIGUNG⁷⁷

Artikel 125

Die Mitgliedstaaten und die ~~Gemeinschaft~~ **Union** arbeiten nach diesem [Titel] auf die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie und insbesondere auf die Förderung der Qualifizierung, Ausbildung und Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer sowie der Fähigkeit der Arbeitsmärkte hin, auf die Erfordernisse des wirtschaftlichen Wandels zu reagieren, um die Ziele des [Artikels ~~2 des Vertrags über die Europäische Union und des Artikels 2 ...~~]⁷⁸ ~~des vorliegenden Vertrags~~ **der Verfassung** zu erreichen.

⁷⁶ Übergang zur Mitentscheidung, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

⁷⁷ Dieser Titel muss möglicherweise inhaltlich je nach den Ergebnissen der Beratungen des Konvents über den Bericht der Gruppe XI "Soziales Europa" (Dok. CONV 516/03) überprüft werden.

⁷⁸ Es ist ein Verweis auf den Entwurf eines Artikels mit dem Titel "Ziele der Union" in Teil I (Artikel 3 in Dok. CONV 528/03) einzufügen

Artikel 126

- (1) Die Mitgliedstaaten tragen durch ihre Beschäftigungspolitik im Einklang mit den nach [Artikel 99 Absatz 2] verabschiedeten Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zur Erreichung der in [Artikel 125] genannten Ziele bei.
- (2) Die Mitgliedstaaten betrachten die Förderung der Beschäftigung als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und stimmen ihre diesbezüglichen Tätigkeiten nach Maßgabe des [Artikels 128] im Rat aufeinander ab, wobei die einzelstaatlichen Gepflogenheiten in Bezug auf die Verantwortung der Sozialpartner berücksichtigt werden.

Artikel 127

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt zu einem hohen Beschäftigungsniveau bei, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und deren Maßnahmen in diesem Bereich unterstützt und erforderlichenfalls ergänzt. Hierbei wird die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten beachtet.
- (2) Das Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus wird bei der Festlegung und Durchführung der ~~Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen~~ **Politiken und Maßnahmen der Union** berücksichtigt.⁷⁹

Artikel 128

- (1) Anhand eines gemeinsamen Jahresberichts des Rates und der Kommission prüft der Europäische Rat jährlich die Beschäftigungslage in der ~~Gemeinschaft~~ **Union** und nimmt hierzu Schlussfolgerungen an.
- (2) Anhand der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates ~~legt~~ **nimmt** der Rat auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des in Artikel 130 genannten Beschäftigungsausschusses~~ jährlich mit qualifizierter Mehrheit Leitlinien⁸⁰ fest **an**, welche die Mitgliedstaaten in ihrer Beschäftigungspolitik berücksichtigen. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des Beschäftigungsausschusses.**

Diese Leitlinien müssen mit den nach [Artikel 99 Absatz 2] verabschiedeten Grundzügen in Einklang stehen.

- (3) Jeder Mitgliedstaat übermittelt dem Rat und der Kommission jährlich einen Bericht über die wichtigsten ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen**, die er zur Durchführung seiner Beschäftigungspolitik im Lichte der beschäftigungspolitischen Leitlinien nach Absatz 2 ~~getroffen~~ **erlassen** hat.

⁷⁹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (s. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

⁸⁰ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

(4) Anhand der in Absatz 3 genannten Berichte und nach Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses unterzieht der Rat die Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten im Lichte der beschäftigungspolitischen Leitlinien jährlich einer Prüfung. Der Rat kann dabei auf Empfehlung der Kommission mit qualifizierter Mehrheit Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten **gerichtete Empfehlungen**⁸¹ **annehmen**⁸², wenn er dies aufgrund der Ergebnisse dieser Prüfung für angebracht hält.

(5) Auf der Grundlage der Ergebnisse der genannten Prüfung erstellen der Rat und die Kommission einen gemeinsamen Jahresbericht für den Europäischen Rat über die Beschäftigungslage in der **Gemeinschaft Union** und über die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien.

Artikel 129

~~Der Rat kann gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen Anreizmaßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und zur Unterstützung ihrer Beschäftigungsmaßnahmen durch Initiativen beschließen, die darauf abzielen, den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zu entwickeln, vergleichende Analysen und Gutachten bereitzustellen sowie innovative Ansätze zu fördern und Erfahrungen zu bewerten, und zwar insbesondere durch den Rückgriff auf Pilotvorhaben, können durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt werden. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen angenommen.~~

~~Diese Maßnahmen~~ **Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze** schließen keinerlei Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ein.

Artikel 130

~~Der Rat setzt nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ **von sich aus mit einfacher Mehrheit** einen Beschäftigungsausschuss mit beratender Funktion zur Förderung der Koordinierung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedstaaten ein⁸³. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

- a) Er verfolgt die Beschäftigungslage und die Beschäftigungspolitik in den Mitgliedstaaten und der **Gemeinschaft Union**;
- b) er gibt unbeschadet des [Artikels 207] auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus Stellungnahmen ab und trägt zur Vorbereitung der in [Artikel 128] genannten Beratungen des Rates bei.

Bei der Erfüllung seines Auftrags hört der Ausschuss die Sozialpartner.

Jeder Mitgliedstaat und die Kommission entsenden zwei Mitglieder in den Ausschuss.

⁸¹ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

⁸² Es ist darauf hinzuweisen, dass das in Artikel 205 Absatz 2 Unterabsatz 2 zweiter Gedankenstrich EGV derzeit vorgesehene Erfordernis hinsichtlich der Stimmen im Rat, welche die Zustimmung von mindestens zehn Mitgliedstaaten umfassen müssen, im Entwurf für den Artikel "Ministerrat" (Artikel 17b in Dok. CONV 691/03) gestrichen wurde.

⁸³ Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

TITEL XI
GEMEINSAME HANDELSPOLITIK

Dieser Titel wird entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 nicht wiedergegeben.

TITEL X
ZUSAMMENARBEIT IM ZOLLWESEN

Artikel 135

~~Der Rat trifft~~ Im Rahmen des Geltungsbereichs ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung gemäß dem Verfahren des Artikels 251 werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze** Maßnahmen zum Ausbau der Zusammenarbeit im Zollwesen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission **festgelegt**. Die Anwendung des Strafrechts der Mitgliedstaaten und ihre Strafrechtspflege bleiben von diesen Maßnahmen unberührt.

TITEL XI
SOZIALPOLITIK, ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG
UND JUGEND

KAPITEL 1
SOZIALVORSCHRIFTEN

Artikel 136

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten verfolgen eingedenk der sozialen Grundrechte, wie sie in der am 18. Oktober 1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta und in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 festgelegt sind, folgende Ziele: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.

Zu diesem Zweck ~~führen tragen~~ die ~~Gemeinschaft~~ **Union** und die Mitgliedstaaten ~~Maßnahmen durch, die bei ihrer Tätigkeit~~ der Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten, insbesondere in den vertraglichen Beziehungen, sowie der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu erhalten, Rechnung ~~tragen~~.

Sie sind der Auffassung, dass sich eine solche Entwicklung sowohl aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** als auch aus den in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergeben wird.⁸⁴

Artikel 137

(1) Zur Verwirklichung der Ziele des [Artikels 136] unterstützt und ergänzt die ~~Gemeinschaft~~ **Union** die Tätigkeit der Mitgliedstaaten auf folgenden Gebieten:

- a) Verbesserung insbesondere der Arbeitsumwelt zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer,
- b) Arbeitsbedingungen,
- c) soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer,
- d) Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags,
- e) Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer,
- f) Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen, einschließlich der Mitbestimmung, vorbehaltlich des Absatzes 5,
- g) Beschäftigungsbedingungen der Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Gebiet der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aufhalten,
- h) berufliche Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen, unbeschadet des [Artikels 150],
- i) Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz,
- j) Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung,
- k) Modernisierung der Systeme des sozialen Schutzes, unbeschadet des Buchstabens c.

(2) Zu diesem Zweck ~~kann der Rat~~

- a) **können durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze Maßnahmen annehmen festgelegt werden**, die dazu bestimmt sind, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten durch Initiativen zu fördern, die die Verbesserung des Wissensstandes, die Entwicklung des Austausches von Informationen und bewährten Verfahren, die Förderung innovativer Ansätze und die Bewertung von Erfahrungen zum Ziel haben, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten;

⁸⁴ Dieser Unterabsatz hat offenbar rein deklaratorischen Wert.

- b) **können** in den in Absatz 1 Buchstaben a bis i genannten Bereichen unter Berücksichtigung der in den einzelnen Mitgliedstaaten bestehenden Bedingungen und technischen Regelungen ~~durch Richtlinien~~ **durch europäische Rahmengesetze** Mindestvorschriften ~~erlassen~~ **festgelegt werden**, die schrittweise anzuwenden sind. Diese ~~Richtlinien~~ **europäischen Rahmengesetze** sollen keine verwaltungsmäßigen, finanziellen oder rechtlichen Auflagen vorschreiben, die der Gründung und Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen entgegenstehen.

In sämtlichen Fällen werden die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen.⁸⁵

- (3) **Abweichend von Absatz 2 werden in den in Absatz 1 Buchstabe c genannten Bereichen die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze vom Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen einstimmig angenommen.**

~~Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen, außer in den in Absatz 1 Buchstaben c, d, f und g genannten Bereichen, in denen er einstimmig auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der genannten Ausschüsse beschließt. Der Rat kann einstimmig auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments beschließen, dass das Verfahren des Artikels 251 auf Absatz 1 Buchstaben d, f und g angewandt wird.~~⁸⁶

- (3) Ein Mitgliedstaat kann den Sozialpartnern auf deren gemeinsamen Antrag die Durchführung von aufgrund des Absatzes 2 angenommenen ~~Richtlinien~~ **europäischen Rahmengesetzen** übertragen.

In diesem Fall vergewissert sich der Mitgliedstaat, dass die Sozialpartner spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem ~~eine Richtlinie ein europäisches Rahmengesetz nach Artikel 249~~ umgesetzt sein muss, im Wege einer Vereinbarung die erforderlichen Vorkehrungen getroffen haben; dabei hat der Mitgliedstaat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um jederzeit gewährleisten zu können, dass die durch dieses ~~Richtlinie~~ **Rahmengesetz** vorgeschriebenen Ergebnisse erzielt werden.

- (4) Die aufgrund dieses Artikels ~~erlassenen Bestimmungen~~ **angenommenen europäischen Gesetze und Rahmengesetze**

- a) berühren nicht die anerkannte Befugnis der Mitgliedstaaten, die Grundprinzipien ihres Systems der sozialen Sicherheit festzulegen, und dürfen das finanzielle Gleichgewicht dieser Systeme nicht erheblich beeinträchtigen;
- b) hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu treffen, die mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sind.

- (5) Dieser Artikel gilt nicht für das Arbeitsentgelt, das Koalitionsrecht, das Streikrecht sowie das Aussperrungsrecht.

⁸⁵ Ersetzung der Anhörung durch die Mitentscheidung bei den in Artikel 137 Absatz 1 Buchstaben d, f und g genannten Bereichen, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

⁸⁶ Der gesamte Unterabsatz ist in den vorausgehenden Text eingeflossen.

Artikel 138

- (1) Die Kommission hat die Aufgabe, die Anhörung der Sozialpartner auf ~~Gemeinschafts-~~**Unionsebene** zu fördern, und ~~erlässt~~ **nimmt** alle zweckdienlichen Maßnahmen **an**, um den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu erleichtern, wobei sie für Ausgewogenheit bei der Unterstützung der Parteien sorgt.
- (2) Zu diesem Zweck hört die Kommission vor Unterbreitung von Vorschlägen im Bereich der Sozialpolitik die Sozialpartner zu der Frage, wie eine ~~Gemeinschaftsaktion~~ **Unionsaktion** gegebenenfalls ausgerichtet werden sollte.
- (3) Hält die Kommission nach dieser Anhörung eine ~~Gemeinschaftsmaßnahme~~ **Unionsmaßnahme** für zweckmäßig, so hört sie die Sozialpartner zum Inhalt des in Aussicht genommenen Vorschlags. Die Sozialpartner übermitteln der Kommission eine Stellungnahme oder gegebenenfalls eine Empfehlung.
- (4) Bei dieser Anhörung können die Sozialpartner der Kommission mitteilen, dass sie den Prozess nach [Artikel 139] in Gang setzen wollen. Die Dauer des Verfahrens darf höchstens neun Monate betragen, sofern die betroffenen Sozialpartner und die Kommission nicht gemeinsam eine Verlängerung beschließen.

Artikel 139

- (1) Der Dialog zwischen den Sozialpartnern auf ~~Gemeinschaftsebene~~ **Unionsebene** kann, falls sie es wünschen, zur Herstellung vertraglicher Beziehungen, einschließlich des Abschlusses von Vereinbarungen, führen.
- (2) Die Durchführung der auf ~~Gemeinschaftsebene~~ **Unionsebene** geschlossenen Vereinbarungen erfolgt entweder nach den jeweiligen Verfahren und Gepflogenheiten der Sozialpartner und der Mitgliedstaaten oder - in den durch [Artikel 137] erfassten Bereichen - auf gemeinsamen Antrag der Unterzeichnerparteien durch ~~einen Beschluss~~ **eine europäische Verordnung oder einen europäischen Beschluss** ⁸⁷ ~~des Rates, die vom Rat~~ auf Vorschlag der Kommission **angenommen werden**.

~~Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit, sofern nicht Enthält~~ die betreffende Vereinbarung eine oder mehrere Bestimmungen betreffend einen der ~~Bereiche enthält, für die nach in~~ Artikel 137 Absatz **1 Buchstabe c** genannten Bereiche, ~~Einstimmigkeit erforderlich ist. In diesem Fall, so~~ beschließt der Rat einstimmig.

Artikel 140

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** fördert die Kommission im Hinblick auf die Erreichung der Ziele des [Artikels 136] die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und erleichtert die Abstimmung ihres Vorgehens in allen unter [dieses Kapitel] fallenden Bereichen der Sozialpolitik, insbesondere auf dem Gebiet

- a) der Beschäftigung,
- b) des Arbeitsrechts und der Arbeitsbedingungen,
- c) der beruflichen Ausbildung und Fortbildung,

⁸⁷ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

- d) der sozialen Sicherheit,
- e) der Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten,
- f) des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit,
- g) des Koalitionsrechts und der Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Zu diesem Zweck wird die Kommission in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten durch Untersuchungen, Stellungnahmen und die Vorbereitung von Beratungen tätig, gleichviel ob es sich um innerstaatliche oder um internationalen Organisationen gestellte Probleme handelt.

Vor Abgabe der in diesem Artikel vorgesehenen Stellungnahmen hört die Kommission den Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Artikel 141

- (1) Jeder Mitgliedstaat stellt die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicher.
- (2) Unter "Entgelt" im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt.

Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet,

- a) dass das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird,
- b) dass für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.

(3) ~~Die Der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ Maßnahmen zur Gewährleistung der Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, einschließlich des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit, **werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

(4) Im Hinblick auf die effektive Gewährleistung der vollen Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben hindert der Grundsatz der Gleichbehandlung die Mitgliedstaaten nicht daran, zur Erleichterung der Berufstätigkeit des unterrepräsentierten Geschlechts oder zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Benachteiligungen in der beruflichen Laufbahn spezifische Vergünstigungen beizubehalten oder zu beschließen.

Artikel 142

Die Mitgliedstaaten sind bestrebt, die bestehende Gleichwertigkeit der Ordnungen über die bezahlte Freizeit beizubehalten.⁸⁸

Artikel 143

Die Kommission erstellt jährlich einen Bericht über den Stand der Verwirklichung der in [Artikel 136] genannten Ziele sowie über die demografische Lage in der **Gemeinschaft Union**. Sie übermittelt diesen Bericht dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss.

~~Das Europäische Parlament kann die Kommission um Berichte zu Einzelproblemen ersuchen, welche die soziale Lage betreffen.~~⁸⁹

Artikel 144

Der Rat setzt **von sich aus** ~~nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ **mit einfacher Mehrheit** einen Ausschuss für Sozialschutz mit beratender Aufgabe ein,⁹⁰ um die Zusammenarbeit im Bereich des sozialen Schutzes zwischen den Mitgliedstaaten und mit der Kommission zu fördern. **Der Rat beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

- a) Er verfolgt die soziale Lage und die Entwicklung der Politiken im Bereich des sozialen Schutzes in den Mitgliedstaaten und der **Gemeinschaft Union**;
- b) er fördert den Austausch von Informationen, Erfahrungen und bewährten Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten und mit der Kommission;
- c) unbeschadet des [Artikels 207] arbeitet er auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus in seinem Zuständigkeitsbereich Berichte aus, gibt Stellungnahmen ab oder wird auf andere Weise tätig.

Bei der Erfüllung seines Auftrags stellt der Ausschuss geeignete Kontakte zu den Sozialpartnern her.

Jeder Mitgliedstaat und die Kommission ernennen zwei Mitglieder des Ausschusses.

Artikel 145

Der Jahresbericht der Kommission an das Europäische Parlament hat stets ein besonderes Kapitel über die Entwicklung der sozialen Lage in der **Gemeinschaft Union** zu enthalten.

Das Europäische Parlament kann die Kommission auffordern, Berichte über besondere, die soziale Lage betreffende Fragen auszuarbeiten.

⁸⁸ Fraglich ist, inwieweit sich diese Bestimmung umsetzen lässt.

⁸⁹ Dieser Unterabsatz ist gleich lautend mit Artikel 145 Absatz 2 und kann daher entfallen.

⁹⁰ Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter, entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

KAPITEL 2

DER EUROPÄISCHE SOZIALFONDS

Artikel 146

Um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte im Binnenmarkt zu verbessern und damit zur Hebung der Lebenshaltung beizutragen, wird nach Maßgabe ~~der folgenden Bestimmungen dieses [Kapitels]~~ ein Europäischer Sozialfonds errichtet, dessen Ziel es ist, innerhalb der ~~Gemeinschaft~~ **Union** die berufliche Verwendbarkeit und die örtliche und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern sowie die Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung zu erleichtern.

Artikel 147

~~Die Verwaltung des~~ **Die Kommission verwaltet den** Fonds ~~obliegt der Kommission.~~

~~Die Kommission~~ Sie wird hierbei von einem Ausschuss unterstützt, der aus Vertretern der ~~Regierungen~~ **Mitgliedstaaten** sowie der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände besteht; den Vorsitz führt ein Mitglied der Kommission

Artikel 148

~~Der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **Die den Europäischen Sozialfonds betreffenden Durchführungsbeschlüsse Durchführungsmaßnahmen werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen.**

KAPITEL 3

ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGEND

Artikel 149

(1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** trägt zur Entwicklung einer qualitativ hoch stehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie der Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.

(2) Die Tätigkeit der **Gemeinschaft Union** hat folgende Ziele:

- a) Entwicklung der europäischen Dimension im Bildungswesen, insbesondere durch Erlernen und Verbreitung der Sprachen der Mitgliedstaaten;
- b) Förderung der Mobilität von Lernenden und Lehrenden, auch durch die Förderung der akademischen Anerkennung der Diplome und Studienzeiten;
- c) Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen;
- d) Ausbau des Informations- und Erfahrungsaustauschs über gemeinsame Probleme im Rahmen der Bildungssysteme der Mitgliedstaaten;
- e) Förderung des Ausbaus des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer;
- f) Förderung der Entwicklung der Fernlehre.

(3) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Bildungsbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere dem Europarat.

(4) Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels ~~erlässt der Rat~~

- a) ~~nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen Gesetzgebungsverfahren Fördermaßnahmen werden~~ unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ~~an~~; **Fördermaßnahmen durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden Sie beschließen** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen **angenommen.**
- b) **nimmt der Rat mit qualifizierter Mehrheit** auf Vorschlag der Kommission ~~mit qualifizierter Mehrheit~~ Empfehlungen **an.**

Artikel 150

(1) Die **Gemeinschaft Union** führt eine Politik der beruflichen Bildung, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für Inhalt und Gestaltung der beruflichen Bildung unterstützt und ergänzt.

(2) Die Tätigkeit der **Gemeinschaft Union** hat folgende Ziele:

- a) Erleichterung der Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse, insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung;
- b) Verbesserung der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung zur Erleichterung der beruflichen Eingliederung und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt;
- c) Erleichterung der Aufnahme einer beruflichen Bildung sowie Förderung der Mobilität der Ausbilder und der in beruflicher Bildung befindlichen Personen, insbesondere der Jugendlichen;

- d) Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen;
 - e) Ausbau des Informations- und Erfahrungsaustauschs über gemeinsame Probleme im Rahmen der Berufsbildungssysteme der Mitgliedstaaten.
- (3) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für die berufliche Bildung zuständigen internationalen Organisationen.
- (4) ~~Das Europäische Parlament und der Rat erlässt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen an, Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze tragen~~ die zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels beitragen, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten. **Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze werden** ~~Das Europäische Parlament und der Rat beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen.~~

TITEL XII

KULTUR

Artikel 151

- (1) Die **Gemeinschaft Union** leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.
- (2) Die **Gemeinschaft Union** fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlichenfalls deren Tätigkeit in folgenden Bereichen:
- a) Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker,
 - b) Erhaltung und Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung,
 - c) nichtkommerzieller Kulturaustausch,
 - d) künstlerisches und literarisches Schaffen, einschließlich im audiovisuellen Bereich.
- (3) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Kulturbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat.
- (4) Die **Gemeinschaft Union** trägt bei ihrer Tätigkeit aufgrund anderer Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** den kulturellen Aspekten Rechnung, insbesondere zur Wahrung und Förderung der Vielfalt ihrer Kulturen.⁹¹

⁹¹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

- (5) Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels ~~erlässt der Rat~~
- a) ~~nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Ausschusses der Regionen Gesetzgebungsverfahren Fördermaßnahmen werden~~ unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ~~Der Rat beschließt im Rahmen des Verfahrens des Artikels 251 ein-~~
stimmig; Fördermaßnahmen durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze⁹² fest-
legt. Diese werden Sie beschließen nach Anhörung des Ausschusses der Regionen ange-
nommen;
- b) **nimmt der Rat einstimmig** auf Vorschlag der Kommission ~~einstimmig~~-Empfehlungen an.⁹³

TITEL XIII

GESUNDHEITSWESEN

Artikel 152⁹⁴

- (1) Bei der Festlegung und Durchführung aller ~~Gemeinschafts-~~**Unions**politiken und -maßnahmen wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt.⁹⁵

Die Tätigkeit der **Gemeinschaft Union** ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet. Sie umfasst die Bekämpfung der weit verbreiteten schweren Krankheiten; dabei werden die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung gefördert.

Die **Gemeinschaft Union** ergänzt die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verringerung drogenkonsumbedingter Gesundheitsschäden einschließlich der Informations- und Vorbeugungsmaßnahmen.

- (2) Die **Gemeinschaft Union** fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in den in diesem Artikel genannten Bereichen und unterstützt erforderlichenfalls deren Tätigkeit.

Die Mitgliedstaaten koordinieren untereinander im Benehmen mit der Kommission ihre Politiken und Programme in den in Absatz 1 genannten Bereichen. Die Kommission kann in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

⁹² Übergang von der einstimmigen Beschlussfassung zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

⁹³ Übergang von der einstimmigen Beschlussfassung zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

⁹⁴ Die Gruppe XI "Soziales Europa" hat vorgeschlagen, den Geltungsbereich dieses Artikels dahingehend auszudehnen, dass " Fragen, wie beispielsweise eine grenzüberschreitende Bedrohung, übertragbare Krankheiten, Bioterrorismus und WHO-Abkommen, mit abgedeckt werden" (CONV 516/03, Nr. 35).

⁹⁵ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

(3) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für das Gesundheitswesen zuständigen internationalen Organisationen.

(4) **Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze** ~~Das Europäische Parlament und der Rat trägt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen tragen mit folgenden Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels bei, indem nach dem Gesetzgebungsverfahren folgende Maßnahmen annehmen festgelegt werden:~~

- a) Maßnahmen zur Festlegung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs sowie für Blut und Blutderivate; diese Maßnahmen hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder einzuführen;
- b) abweichend von [Artikel 37] Maßnahmen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz, die unmittelbar den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung zum Ziel haben;
- c) Fördermaßnahmen, die den Schutz und die Verbesserung der menschlichen Gesundheit zum Ziel haben, unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten.

Die Europäischen Gesetze oder Rahmengesetze werden ~~Das Europäische Parlament und der Rat beschließen~~ nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen **angenommen**.

Für die in diesem Artikel genannten Zwecke kann der Rat ~~kann~~ ferner ~~mit qualifizierter Mehrheit~~ auf Vorschlag der Kommission ~~mit qualifizierter Mehrheit für die in diesem Artikel genannten Zwecke Empfehlungen erlassen annehmen~~.

(5) Bei der Tätigkeit der **Gemeinschaft Union** im Bereich der Gesundheit der Bevölkerung wird die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung in vollem Umfang gewahrt. Insbesondere lassen die Maßnahmen nach Absatz 4 Buchstabe a die einzelstaatlichen Regelungen über die Spende oder die medizinische Verwendung von Organen und Blut unberührt.

TITEL XIV

VERBRAUCHERSCHUTZ

Artikel 153

(1) Zur Förderung der Interessen der Verbraucher und zur Gewährleistung eines hohen Verbraucherschutzniveaus leistet die **Gemeinschaft Union** einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher sowie zur Förderung ihres Rechtes auf Information, Erziehung und Bildung von Vereinigungen zur Wahrung ihrer Interessen.

(2) Den Erfordernissen des Verbraucherschutzes wird bei der Festlegung und Durchführung der anderen **GemeinschaftsUnions**politiken und -maßnahmen Rechnung getragen.⁹⁶

⁹⁶ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

(3) Die **Gemeinschaft Union** leistet einen Beitrag zur Erreichung der in Absatz 1 genannten Ziele durch

- a) Maßnahmen, die sie im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarkts nach [Artikel 95] erlässt **annimmt**;
- b) Maßnahmen zur Unterstützung, Ergänzung und Überwachung der Politik der Mitgliedstaaten.

(4) ~~Das Europäische Parlament und der Rat beschließt nehmen gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ Die Maßnahmen nach Absatz 3 Buchstabe b ~~gemäß dem Gesetzgebungsverfahren an. Sie beschließen werden durch~~ **europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

(5) Die nach Absatz 4 ~~beschlossenen~~ **angenommenen** Maßnahmen hindern die einzelnen Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutz**maßnahmenbestimmungen** beizubehalten oder zu ~~ergreifen erlassen~~. Diese ~~Maßnahmen Bestimmungen~~ müssen mit ~~diesem Vertrag der Verfassung~~ vereinbar sein. Sie werden der Kommission mitgeteilt.

TITEL XV

TRANSEUROPÄISCHE NETZE

Artikel 154

(1) Um einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der [Artikel 14 und 158] zu leisten und den Bürgern der Union, den Wirtschaftsbeteiligten sowie den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in vollem Umfang die Vorteile zugute kommen zu lassen, die sich aus der Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen ergeben, trägt die **Gemeinschaft Union** zum Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze in den Bereichen der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur bei.

(2) Die Tätigkeit der **Gemeinschaft Union** zielt im Rahmen eines Systems offener und wettbewerbsorientierter Märkte auf die Förderung des Verbunds und der Interoperabilität der einzelstaatlichen Netze sowie des Zugangs zu diesen Netzen ab. Sie trägt insbesondere der Notwendigkeit Rechnung, insulare, eingeschlossene und am Rande gelegene Gebiete mit den zentralen Gebieten der **Gemeinschaft Union** zu verbinden.

Artikel 155

(1) Zur Erreichung der Ziele des Artikels 154 geht die **Gemeinschaft Union** wie folgt vor:

- a) Sie stellt eine Reihe von Leitlinien auf, in denen die Ziele, die Prioritäten und die Grundzüge der im Bereich der transeuropäischen Netze in Betracht gezogenen Aktionen erfasst werden; in diesen Leitlinien werden Vorhaben von gemeinsamem Interesse ausgewiesen;
- b) sie führt jede Aktion durch, die sich gegebenenfalls als notwendig erweist, um die Interoperabilität der Netze zu gewährleisten, insbesondere im Bereich der Harmonisierung der technischen Normen;

- c) sie kann von den Mitgliedstaaten unterstützte Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die im Rahmen der Leitlinien gemäß ~~dem ersten Gedankenstrich~~ **Buchstabe a** ausgewiesen sind, insbesondere in Form von Durchführbarkeitsstudien, Anleihebürgschaften oder Zinszuschüssen unterstützen; die **Gemeinschaft Union** kann auch über den ~~nach in [Artikel 161] errichteten genannten~~ Kohäsionsfonds zu spezifischen Verkehrsinfrastrukturvorhaben in den Mitgliedstaaten finanziell beitragen.

Die **Gemeinschaft Union** berücksichtigt bei ihren Maßnahmen die potenzielle wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Vorhaben.

(2) **Die Leitlinien und die übrigen Maßnahmen nach Absatz 1 werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden** ~~Das Europäische Parlament und der Rat nehmen die Die Leitlinien und die übrigen Maßnahmen nach Artikel 155 nach Absatz 1 werden vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und Gesetzgebungsverfahren an. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und sowie des Ausschusses der Regionen festgelegt angenommen.~~

Leitlinien und Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats betreffen, bedürfen der Billigung des betroffenen Mitgliedstaats.⁹⁷

(2)(3) Die Mitgliedstaaten koordinieren untereinander in Verbindung mit der Kommission die einzelstaatlichen Politiken, die sich erheblich auf die Verwirklichung der Ziele des [Artikels 154] auswirken können. Die Kommission kann in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

(3)(4) Die **Gemeinschaft Union** kann beschließen, ~~mit dritten Ländern~~ zur Förderung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse sowie zur Sicherstellung der Interoperabilität der Netze **mit dritten Ländern** zusammenzuarbeiten.

Artikel 156

~~Die Leitlinien und die übrigen Maßnahmen nach Artikel 155 Absatz 1 werden vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen festgelegt.~~

~~Leitlinien und Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats betreffen, bedürfen der Billigung des betroffenen Mitgliedstaats.~~⁹⁸

TITEL XVI

INDUSTRIE

Artikel 157

(1) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der **Gemeinschaft Union** gewährleistet sind.

⁹⁷ Zur Vereinfachung wurde Artikel 156 vollständig in den neuen Absatz 2 übernommen, der die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Union in Bezug auf die transeuropäischen Netze bildet; die markierten Änderungsvorschläge beziehen sich auf die derzeitige Fassung dieses Artikels.

⁹⁸ Dieser Artikel könnte entfallen; siehe vorausgehende Fußnote.

Zu diesem Zweck zielt ihre Tätigkeit entsprechend einem System offener und wettbewerbsorientierter Märkte auf Folgendes ab:

- a) Erleichterung der Anpassung der Industrie an die strukturellen Veränderungen;
- b) Förderung eines für die Initiative und Weiterentwicklung der Unternehmen in der gesamten **Gemeinschaft Union**, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, günstigen Umfelds;
- c) Förderung eines für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen günstigen Umfelds;
- d) Förderung einer besseren Nutzung des industriellen Potenzials der Politik in den Bereichen Innovation, Forschung und technologische Entwicklung.

(2) Die Mitgliedstaaten konsultieren einander in Verbindung mit der Kommission und koordinieren, soweit erforderlich, ihre Maßnahmen. Die Kommission kann alle Initiativen ergreifen, die dieser Koordinierung förderlich sind.

(3) Die **Gemeinschaft Union** trägt durch die Politik und die Maßnahmen, die sie aufgrund anderer Bestimmungen ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** durchführt, zur Erreichung der Ziele des Absatzes 1 bei.⁹⁹ ~~Das Europäische Parlament und der Rat kann können nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses Gesetzgebungsverfahren~~ Spezifische Maßnahmen zur Unterstützung der in den Mitgliedstaaten durchgeführten Maßnahmen **können** im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele des Absatzes 1 **durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt werden. Diese werden beschließen annehmen. Sie beschließen nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

Dieser Titel bietet keine Grundlage dafür, dass die **Gemeinschaft Union** irgendeine Maßnahme einführt, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnte oder steuerliche Vorschriften oder Bestimmungen betreffend die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer enthält.

TITEL XVII

WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER ZUSAMMENHALT

Artikel 158

Die **Gemeinschaft Union** entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern.

Die **Gemeinschaft Union** setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern.

⁹⁹ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

Artikel 159

Die Mitgliedstaaten führen und koordinieren ihre Wirtschaftspolitik in der Weise, dass auch die in [Artikel 158] genannten Ziele erreicht werden. Die Festlegung und Durchführung der Politiken und Aktionen der **Gemeinschaft Union** sowie die Errichtung des Binnenmarkts berücksichtigen die Ziele des [Artikels 158] und tragen zu deren Verwirklichung bei.¹⁰⁰ Die **Gemeinschaft Union** unterstützt auch diese Bemühungen durch die Politik, die sie mit Hilfe der Strukturfonds (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung, Europäischer Sozialfonds, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzierungsinstrumente führt.

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen alle drei Jahre Bericht über die Fortschritte bei der Verwirklichung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und über die Art und Weise, in der die in diesem Artikel vorgesehenen Mittel hierzu beigetragen haben. Diesem Bericht werden erforderlichenfalls entsprechende Vorschläge beigefügt.

Unbeschadet der im Rahmen der anderen Politiken der **Gemeinschaft Union** beschlossenen **angenommenen** Maßnahmen **können das Europäische Parlament und der Rat** Falls sich spezifische Aktionen außerhalb der Fonds und **gegebenenfalls erforderliche spezifische Maßnahmen außerhalb der Fonds durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt werden. Diese werden nach dem Gesetzgebungsverfahren annehmen.** als erforderlich erweisen, so können sie vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 **Sie beschließen** nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses **und sowie** des Ausschusses der Regionen **beschlossen werden angenommen.**

Artikel 160

Aufgabe des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ist es, durch Beteiligung an der Entwicklung und an der strukturellen Anpassung der rückständigen Gebiete und an der Umstellung der Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der **Gemeinschaft Union** beizutragen.

Artikel 161

Unbeschadet des [Artikels 162] **werden** ~~legt der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments sowie nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen einstimmig nehmen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren die Maßnahmen~~¹⁰¹ **an, in denen Folgendes festgelegt wird:** die Aufgaben, die vorrangigen Ziele und die Organisation der Strukturfonds **fest**, was ihre Neuordnung einschließen kann, **und** ~~Nach demselben Verfahren legt der Rat ferner die für die Fonds geltenden allgemeinen Regeln sowie die Bestimmungen fest, die zur Gewährleistung einer wirksamen Arbeitsweise und zur Koordinierung der Fonds sowohl untereinander als auch mit den anderen vorhandenen Finanzierungsinstrumenten erforderlich sind, durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze~~¹⁰¹ **festgelegt.**

~~Nach dem demselben Verfahren nehmen sie die Maßnahmen zur Einrichtung eines Ein durch ein europäisches Gesetz~~¹⁰² **eingeschalteter** ~~Ein vom Rat nach demselben Verfahren errichteter Kohäsionsfonds an, der~~ trägt zu Vorhaben in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Netze auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur finanziell beiträgt.

¹⁰⁰ Diese für alle Politikbereiche geltende horizontale Bestimmung könnte mit anderen Bestimmungen dieser Art in einem einzigen Artikel zusammengefasst werden (vgl. Fußnote zu Artikel 3 Absatz 2).

¹⁰¹ Das Beschlussfassungsverfahren wurde entsprechend dem Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung" (CONV 424/02, S. 17) und dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 geändert: Mitentscheidung statt Zustimmung.

¹⁰² Es wird vorgeschlagen, nur auf ein europäisches Gesetz Bezug zu nehmen, da im Falle der Einrichtung eines Finanzinstruments auf Unionsebene ein Rahmengesetz als Rechtsakt nicht in Frage kommt.

In allen Fällen werden die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen.

~~Der Rat beschließt ab dem 1. Januar 2007 mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen, falls die ab dem 1. Januar 2007 geltende mehrjährige Finanzielle Vorausschau und die dazugehörige Interinstitutionelle Vereinbarung bis zu diesem Zeitpunkt angenommen sind. Ist dies nicht der Fall, so wird das in diesem Absatz vorgesehene Verfahren ab dem Zeitpunkt ihrer Annahme angewandt.~~

Artikel 162

~~**Das Europäische Parlament und der Rat nehmen gemäß dem Gesetzgebungsverfahren die**~~
Die den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung betreffenden Durchführungsbeschlüsse-
~~**maßnahmen an, werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese**~~
~~**werden.**~~ ~~werden vom Rat gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen gefasst~~ **angenommen.**

Für den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, und den Europäischen Sozialfonds sind die [Artikel 37 bzw. 148] ~~weiterhin~~ anwendbar.

TITEL XVIII

FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG

Artikel 163

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** hat zum Ziel, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Industrie der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu stärken und die Entwicklung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern sowie alle Forschungsmaßnahmen zu unterstützen, die aufgrund anderer Kapitel ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** für erforderlich gehalten werden.
- (2) In diesem Sinne unterstützt sie in der gesamten ~~Gemeinschaft~~ **Union** die Unternehmen - einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen -, die Forschungszentren und die Hochschulen bei ihren Bemühungen auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung von hoher Qualität; sie fördert ihre Zusammenarbeitsbestrebungen, damit die Unternehmen vor allem die Möglichkeiten des Binnenmarkts voll nutzen können, und zwar insbesondere durch Öffnen des einzelstaatlichen öffentlichen Auftragswesens, Festlegung gemeinsamer Normen und Beseitigung der dieser Zusammenarbeit entgegenstehenden rechtlichen und steuerlichen Hindernisse.
- (3) Alle Maßnahmen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** auf dem Gebiet der Forschung und der technologischen Entwicklung, einschließlich der Demonstrationsvorhaben, werden nach Maßgabe [dieses Titels] beschlossen und durchgeführt.

Artikel 164

Zur Erreichung dieser Ziele trifft die **Gemeinschaft Union** folgende Maßnahmen, welche die in den Mitgliedstaaten durchgeführten Aktionen ergänzen:

- a) Durchführung von Programmen für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration unter Förderung der Zusammenarbeit mit und zwischen Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen;
- b) Förderung der Zusammenarbeit mit dritten Ländern und internationalen Organisationen auf dem Gebiet der ~~gemeinschaftlichen~~ Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union**;
- c) Verbreitung und Auswertung der Ergebnisse der Tätigkeiten auf dem Gebiet der ~~gemeinschaftlichen~~ Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union**;
- d) Förderung der Ausbildung und der Mobilität der Forscher aus der **Gemeinschaft Union**.

Artikel 165

- (1) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten koordinieren ihre Tätigkeiten auf dem Gebiet der Forschung und der technologischen Entwicklung, um die Kohärenz der einzelstaatlichen Politiken und der Politik der **Gemeinschaft Union** sicherzustellen.
- (2) Die Kommission kann in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten alle Initiativen ergreifen, die der Koordinierung nach Absatz 1 förderlich sind.

Artikel 166

- (1) ~~Das Europäische Parlament und der Rat stellen nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses~~ **Gesetzgebungsverfahren ein Gesetz über** Das mehrjährige Rahmenprogramm, in dem alle Aktionen der **Gemeinschaft Union** zusammengefasst werden, **wird durch ein europäisches Gesetz¹⁰³ festgelegt. Dieses wird nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

In dem Rahmenprogramm werden

- a) die wissenschaftlichen und technologischen Ziele, die mit den Maßnahmen nach [Artikel 164] erreicht werden sollen, sowie die jeweiligen Prioritäten festgelegt;
 - b) die Grundzüge dieser Maßnahmen angegeben;
 - c) der Gesamthöchstbetrag und die Einzelheiten der finanziellen Beteiligung der **Gemeinschaft Union** am Rahmenprogramm sowie die jeweiligen Anteile der vorgesehenen Maßnahmen festgelegt.
- (2) Das Rahmenprogramm wird je nach Entwicklung der Lage angepasst oder ergänzt.

¹⁰³ Es wird vorgeschlagen, nur auf ein europäisches Gesetz Bezug zu nehmen, da im Falle der Festlegung eines operativen Rahmens auf Unionsebene ein Rahmengesetz als Rechtsakt nicht in Frage kommt.

(3) Die Durchführung des Rahmenprogramms erfolgt durch spezifische Programme, die innerhalb einer jeden Aktion entwickelt werden. In jedem spezifischen Programm werden die Einzelheiten seiner Durchführung, seine Laufzeit und die für notwendig erachteten Mittel festgelegt. Die Summe der in den spezifischen Programmen für notwendig erachteten Beträge darf den für das Rahmenprogramm und für jede Aktion festgesetzten Gesamthöchstbetrag nicht überschreiten.

(4) ~~Die spezifischen Programme werden vom~~ Der Rat **nimmt mit qualifizierter Mehrheit** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses beschlossen~~ **die europäischen Verordnungen oder Beschlüsse** ¹⁰⁴ **an, mit denen die spezifischen Programme festgelegt werden. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments sowie des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Artikel 167 ¹⁰⁵

Zur Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms ~~legt der Rat~~ **wird durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze** Folgendes festgelegt:

- a) die Regeln für die Beteiligung der Unternehmen, der Forschungszentren und der Hochschulen;
- b) die Regeln für die Verbreitung der Forschungsergebnisse.

Diese europäischen Gesetze oder Rahmengesetze werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.

Artikel 168

Bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms können Zusatzprogramme ~~beschlossen~~ **angenommen** werden, an denen nur bestimmte Mitgliedstaaten teilnehmen, die sie vorbehaltlich einer etwaigen Beteiligung der ~~Gemeinschaft~~ **Union** auch finanzieren.

~~Der Rat legt~~ Die Regeln für die Zusatzprogramme fest, insbesondere hinsichtlich der Verbreitung der Kenntnisse und des Zugangs anderer Mitgliedstaaten, **werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.**

Für die Annahme der Zusatzprogramme ist die Zustimmung der daran beteiligten Mitgliedstaaten erforderlich. ¹⁰⁶

Artikel 169

~~Die Gemeinschaft~~ **Europäische Gesetze oder Rahmengesetze** können im Einvernehmen mit den betreffenden Mitgliedstaaten bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms eine Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsprogrammen mehrerer Mitgliedstaaten, einschließlich der Beteiligung an den zu ihrer Durchführung geschaffenen Strukturen, vorsehen.

¹⁰⁴ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

¹⁰⁵ Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurden die derzeit in Artikel 172 EGV enthaltenen Verweise auf die Beschlussfassungsverfahren den jeweiligen Rechtsgrundlagen (Artikel 167, 168, 169 und 171) angefügt.

¹⁰⁶ Dieser Unterabsatz entspricht dem letzten Satz des derzeitigen Artikels 172 Absatz 2 EGV.

Die europäischen Gesetze oder Rahmengesetze werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses angenommen.

Artikel 170

Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** kann bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration **der Union** mit dritten Ländern oder internationalen Organisationen vorsehen.

Die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit können Gegenstand von Abkommen zwischen der ~~Gemeinschaft~~ **Union** und den betreffenden dritten Parteien sein, die nach [Artikel 300] ausgehandelt und geschlossen werden.

Artikel 171

~~Die Gemeinschaft kann~~ **Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission europäische Verordnungen oder Beschlüsse¹⁰⁷ annehmen, durch die** gemeinsame Unternehmen gegründet oder andere Strukturen geschaffen **werden**, die für die ordnungsgemäße Durchführung der Programme für ~~gemeinschaftliche~~ Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration **der Union** erforderlich sind. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.**

Artikel 172¹⁰⁸

~~Der Rat legt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses mit qualifizierter Mehrheit die in Artikel 171 vorgesehenen Bestimmungen fest.~~

~~Der Rat legt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses die in den Artikeln 167, 168 und 169 vorgesehenen Bestimmungen fest. Für die Verabschiedung der Zusatzprogramme ist die Zustimmung der daran beteiligten Mitgliedstaaten erforderlich.~~

Artikel 173

Zu Beginn jedes Jahres unterbreitet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht. Dieser Bericht erstreckt sich insbesondere auf die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung und der Verbreitung der Ergebnisse dieser Tätigkeiten während des Vorjahrs sowie auf das Arbeitsprogramm des laufenden Jahres.

¹⁰⁷ Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter entsprechend dem Zusatzmandat vom 29. April 2003.

¹⁰⁸ Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurden die Bestimmungen dieses Artikels in die Artikel 167, 168, 169 und 171 aufgenommen.

TITEL XIX

UMWELT

Artikel 174

(1) Die Umweltpolitik der **Gemeinschaft Union** trägt zur Verfolgung der nachstehenden Ziele bei:

- a) Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität;
- b) Schutz der menschlichen Gesundheit;
- c) umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen;
- d) Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme.

(2) Die Umweltpolitik der **Gemeinschaft Union** zielt unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Regionen der **Gemeinschaft Union** auf ein hohes Schutzniveau ab. Sie beruht auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung, auf dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen, sowie auf dem Verursacherprinzip.

Im Hinblick hierauf umfassen die den Erfordernissen des Umweltschutzes entsprechenden Harmonisierungsmaßnahmen gegebenenfalls eine Schutzklausel, mit der die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, aus nicht wirtschaftlich bedingten umweltpolitischen Gründen vorläufige **Maßnahmen Vorkehrungen** zu treffen, die einem ~~gemeinschaftlichen~~ Kontrollverfahren **der Union** unterliegen.

(3) Bei der Erarbeitung ihrer Umweltpolitik berücksichtigt die **Gemeinschaft Union**

- a) die verfügbaren wissenschaftlichen und technischen Daten;
- b) die Umweltbedingungen in den einzelnen Regionen der **Gemeinschaft Union**;
- c) die Vorteile und die Belastung aufgrund des Tätigwerdens bzw. eines Nichttätigwerdens;
- d) die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der **Gemeinschaft Union** insgesamt sowie die ausgewogene Entwicklung ihrer Regionen.

(4) Die **Gemeinschaft Union** und die Mitgliedstaaten arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse mit dritten Ländern und den zuständigen internationalen Organisationen zusammen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit der **Gemeinschaft Union** können Gegenstand von Abkommen zwischen dieser und den betreffenden dritten Parteien sein, die nach [Artikel 300] ausgehandelt und geschlossen werden.

Unterabsatz 1 berührt nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, in internationalen Gremien zu verhandeln und internationale Abkommen zu schließen.

(1) ~~der Rat beschließt nach dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ **Die Maßnahmen über das Tätigwerden der Gemeinschaft zur Erreichung der in [Artikel 174] genannten Ziele werden durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen angenommen.**

(2) Abweichend von ~~dem Beschlussverfahren des Absatzes Absatz 1~~ und unbeschadet des [Artikels 95] ~~erlässt nimmt~~ der Rat ~~auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen~~ einstimmig **europäische Gesetze oder Rahmengesetze an, die Folgendes betreffen:**

- a) ~~Vorschriften~~ **Maßnahmen** überwiegend steuerlicher Art;
- b) Maßnahmen, die
 - i) die Raumordnung berühren;
 - ii) die mengenmäßige Bewirtschaftung der Wasserressourcen berühren oder die Verfügbarkeit dieser Ressourcen mittelbar oder unmittelbar betreffen;
 - iii) die Bodennutzung mit Ausnahme der Abfallbewirtschaftung berühren;
- c) Maßnahmen, welche die Wahl eines Mitgliedstaats zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung erheblich berühren.

In einem europäischen Gesetz¹⁰⁹ des Rates kann nach dem Verfahren des Unterabsatzes 1 kann einstimmig festgelegt werden, in welchen der in diesem Absatz genannten Bereichen **der Rat** mit qualifizierter Mehrheit ~~beschlossen wird~~ **beschließt**.

In allen Fällen beschließt der Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.

(3) In anderen Bereichen¹¹⁰ ~~der Rat beschließt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen in anderen Bereichen werden~~ allgemeine Aktionsprogramme, in denen die vorrangigen Ziele festgelegt werden, **durch europäische Gesetze oder Rahmengesetze festgelegt. Diese werden nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen angenommen.**

~~Der Rat legt nach Absatz 1 bzw. Absatz 2~~ **Die zur Durchführung dieser Programme erforderlichen Maßnahmen werden, je nach Fall, nach dem in Absatz 1 bzw. Absatz 2 vorgesehenen Verfahren angenommen fest.**¹¹¹

¹⁰⁹ Dieser Unterabsatz wird im Zusatzmandat vom 29. April 2003 nicht erwähnt. In Anbetracht der Tragweite dieses Rechtsakts wird vorgeschlagen, hier die Annahme eines europäischen Gesetzes vorzusehen.

¹¹⁰ Dieser Satzteil könnte entfallen, da das Europäische Parlament und der Rat in Wirklichkeit Rahmenprogramme von allgemeiner Tragweite annehmen.

¹¹¹ Dieser Unterabsatz scheint überflüssig zu sein, da darin lediglich auf die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Beschlussfassungsverfahren verwiesen wird.

(4) Unbeschadet bestimmter Maßnahmen ~~der Union gemeinschaftlicher Art~~ tragen die Mitgliedstaaten für die Finanzierung und Durchführung der Umweltpolitik Sorge.

(5) Sofern eine Maßnahme nach Absatz 1 mit unverhältnismäßig hohen Kosten für die Behörden eines Mitgliedstaats verbunden ist, ~~sieht der Rat~~ **wird darin** unbeschadet des Verursacherprinzips ~~in dem Rechtsakt zur Annahme dieser Maßnahme geeignete Bestimmungen in folgender in geeigneter Form Folgendes vorgesehen vor:~~

- a) vorübergehende Ausnahmeregelungen und/oder
- b) eine finanzielle Unterstützung aus dem ~~nach Artikel 161 errichteten~~ ¹¹² Kohäsionsfonds.

Artikel 176

Die Schutzmaßnahmenbestimmungen, die aufgrund des Artikels 175 ~~getroffen~~ **angenommen** werden, hindern die einzelnen Mitgliedstaaten nicht daran, verstärkte Schutzmaßnahmenbestimmungen beizubehalten oder ~~zu ergreifen~~ **einzuführen**. Die betreffenden Maßnahmen Bestimmungen müssen mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vereinbar sein. Sie werden der Kommission notifiziert.

TITEL XX

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Titel nicht wiedergegeben.

TITEL XXI

WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Titel nicht wiedergegeben.

¹¹² Dieser Zusatz ist überflüssig, da es nur einen einzigen Kohäsionsfonds gibt.

VIERTER TEIL

DIE ASSOZIIERUNG DER ÜBERSEEISCHEN LÄNDER UND HOHEITSGEBIETE ¹¹³

Artikel 182

Die ~~Mitgliedstaaten kommen überein, die~~ außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die mit Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich besondere Beziehungen unterhalten, **sind mit der Union assoziiert** ~~der Gemeinschaft zu assoziieren~~. Diese Länder und Hoheitsgebiete, im Folgenden als "Länder und Hoheitsgebiete" bezeichnet, sind in [Anhang II] ~~zu diesem Vertrag~~ aufgeführt.

Ziel der Assoziierung ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder und Hoheitsgebiete und die Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der gesamten ~~Gemeinschaft~~ **Union**.

Entsprechend den ~~in der Präambel dieses Vertrags ...~~ ¹¹⁴ aufgestellten Grundsätzen soll die Assoziierung in erster Linie den Interessen der Einwohner dieser Länder und Hoheitsgebiete dienen und ihren Wohlstand fördern, um sie der von ihnen erstrebten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenzuführen.

Artikel 183

Mit der Assoziierung werden folgende Zwecke verfolgt:

1. Die Mitgliedstaaten wenden auf ihren Handelsverkehr mit den Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das sie aufgrund ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** untereinander anwenden.
2. Jedes Land oder Hoheitsgebiet wendet auf seinen Handelsverkehr mit den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das es auf den europäischen Staat anwendet, mit dem es besondere Beziehungen unterhält.
3. Die Mitgliedstaaten beteiligen sich an den Investitionen, welche die fortschreitende Entwicklung dieser Länder und Hoheitsgebiete erfordert.
4. Bei Ausschreibungen und Lieferungen für Investitionen, die von der ~~Gemeinschaft~~ **Union** finanziert werden, steht die Beteiligung zu gleichen Bedingungen allen natürlichen und juristischen Personen offen, welche die Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten oder der Länder oder Hoheitsgebiete besitzen.
5. Soweit aufgrund des [Artikels 187] nicht ~~Sonderregelungen~~ **besondere Maßnahmen getroffen** ~~angenommen~~ werden, gelten zwischen den Mitgliedstaaten und den Ländern und Hoheitsgebieten für das Niederlassungsrecht ihrer Staatsangehörigen und Gesellschaften die Bestimmungen und Verfahrensregeln des [Kapitels] Niederlassungsfreiheit, und zwar unter Ausschluss jeder Diskriminierung.

¹¹³ In den ersten Teil der Verfassung sollte eine Bezugnahme auf die Assoziierungsregelung aufgenommen werden.
¹¹⁴ Die betreffenden Grundsätze, die derzeit in der Präambel des EG-Vertrags aufgeführt sind, sollten übernommen werden. Sie müssten in die Verfassung und gegebenenfalls in diese Bestimmung aufgenommen werden.

Artikel 184

(1) ~~Zölle bei der Einfuhr~~ **Für Einfuhren** von Waren aus den Ländern und Hoheitsgebieten in die Mitgliedstaaten sind verboten; ~~dies geschieht nach Maßgabe des in diesem Vertrag vorgesehenen Verbots von Zöllen zwischen den Mitgliedstaaten~~ **gilt das in der Verfassung vorgesehene Verbot von Zöllen zwischen den Mitgliedstaaten.**

(2) In jedem Land und Hoheitsgebiet sind Zölle bei der Einfuhr von Waren aus den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten nach Maßgabe des [Artikels 25] verboten.

(3) Die Länder und Hoheitsgebiete können jedoch Zölle erheben, die den Erfordernissen ihrer Entwicklung und Industrialisierung entsprechen oder als Finanzzölle der Finanzierung ihres Haushalts dienen.

Die in Unterabsatz 1 genannten Zölle dürfen nicht höher sein als diejenigen, die für die Einfuhr von Waren aus dem Mitgliedstaat gelten, mit dem das entsprechende Land oder Hoheitsgebiet besondere Beziehungen unterhält.

(4) Absatz 2 gilt nicht für die Länder und Hoheitsgebiete, die aufgrund besonderer internationaler Verpflichtungen bereits einen nichtdiskriminierenden Zolltarif anwenden.

(5) Die Festlegung oder Änderung der Zollsätze für Waren, die in die Länder und Hoheitsgebiete eingeführt werden, darf weder rechtlich noch tatsächlich zu einer mittelbaren oder unmittelbaren Diskriminierung zwischen den Einfuhren aus den einzelnen Mitgliedstaaten führen.

Artikel 185

Ist die Höhe der Zollsätze, die bei der Einfuhr in ein Land oder Hoheitsgebiet für Waren aus einem dritten Land gelten, bei Anwendung des [Artikels 184 Absatz 1] geeignet, Verkehrsverlagerungen zum Nachteil eines Mitgliedstaats hervorzurufen, so kann dieser die Kommission ersuchen, den anderen Mitgliedstaaten vorzuschlagen, ~~dass~~ **die erforderlichen Abhilfemaßnahmen** ~~vorzuschlagen~~ **vorkehrungen getroffen werden.**

Artikel 186 ¹¹⁵

Option A - Übergang zur Regelung des Artikels 187 EGV

Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den Ländern und Hoheitsgebieten in den Mitgliedstaaten und der Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten in den Ländern und Hoheitsgebieten durch **Maßnahmen** ~~später zu schließende Abkommen~~ geregelt, ~~diese bedürfen der einstimmigen Billigung aller Mitgliedstaaten~~ **die nach Artikel 187 angenommen werden.**

¹¹⁵ Zueinander alternative Texte, die aufgrund des Zusatzmandats vom 2. April 2003 (Streichung der Rechtsaktsform "Abkommen zwischen Mitgliedstaaten") vorgeschlagen wird.

Option B - Angleichung der Behandlung der Arbeitnehmer an die Behandlung für Selbständige nach Artikel 183 Absatz 5 EGV

Soweit aufgrund des [Artikels 187] nicht besondere Maßnahmen angenommen werden und vorbehaltlich der Bestimmungen über die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und Ordnung ~~wird gelten für~~ die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den Ländern und Hoheitsgebieten in den Mitgliedstaaten und der Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten in den Ländern und Hoheitsgebieten durch später zu schließende Abkommen geregelt; diese bedürfen der einstimmigen Billigung aller Mitgliedstaaten die Bestimmungen und Verfahrensregeln des [Kapitels] über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, unter Ausschluss jeder Diskriminierung.

Artikel 187

Der Rat ~~legt~~ **nimmt von sich aus/ohne Vorlage eines Vorschlags durch die Kommission** ¹¹⁶ aufgrund der im Rahmen der Assoziierung der Länder und Hoheitsgebiete an die ~~Gemeinschaft~~ **Union** erzielten Ergebnisse und der Grundsätze ~~dieses Vertrags~~ ... ¹¹⁷ ~~die Bestimmungen~~ **Maßnahmen** ¹¹⁸ über die Einzelheiten und das Verfahren für die Assoziierung der Länder und Hoheitsgebiete an die ~~Gemeinschaft~~ **Union** einstimmig ~~fest an~~.

Artikel 188

(1) Die Artikel 182 bis 187 sind auf Grönland anwendbar, vorbehaltlich der spezifischen Bestimmungen für Grönland in dem Protokoll über die Sonderregelung für Grönland ~~im Anhang zu diesem Vertrag~~.

(2) *Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 1993 in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind, oder andernfalls am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats.*

¹¹⁶ Nach Ansicht der Experten des Juristischen Dienstes des Rates ist hier die Formulierung "ohne Vorlage eines Vorschlags durch die Kommission" zu wählen (siehe Erläuterung unter Nummer 9 der allgemeinen Bemerkungen am Anfang dieses Berichts). Jedenfalls handelt der Rat in der Praxis im Allgemeinen auf Vorschlag der Kommission. Der Konvent könnte vielleicht prüfen, ob die Maßnahmen - da es um Gemeinschaftsbereiche geht und in Anbetracht der Praxis - nicht auf Vorschlag der Kommission angenommen werden sollen.

¹¹⁷ Siehe Fußnote zu Artikel 182 Absatz 3 EGV.

¹¹⁸ Im Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird nicht festgelegt, welche Rechtsakte in diesem Absatz in Betracht zu ziehen sind.

FÜNFTER TEIL
DIE ORGANE DER ~~GEMEINSCHAFT~~ UNION

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Teil nicht wiedergegeben.

SECHSTER TEIL
ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 wird dieser Teil nicht wiedergegeben.

Teil B

Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union (EU-Vertrag)

**Gemäß dem Zusatzmandat vom 29. April 2003 werden diese Bestimmungen nicht
wiedergegeben.¹**

¹ In den Bestimmungen, die an die Stelle des Titels V EUV treten (Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) sollte eine spezielle Formulierung gewählt werden, um der Tatsache, dass im Artikelentwurf "Ministerrat" (Artikel 17 Absatz 3 in CONV 691/03) die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit als allgemeine Regel vorgeschlagen wird, ebenso Rechnung zu tragen wie der vorgeschlagenen Annahme der Rechtsakte auf Vorschlag der Kommission, falls der Konvent nicht wünscht, dass diese Regeln automatische für die Rechtsakte gelten, die im Rahmen dieser Politik angenommen werden.